

III.

Die Reichstagsession von 1881—1882.

1. Der neue Reichstag vom November 1881.

(Die Kaiserliche Botschaft.)

Die Wahlen für die erste Session der 5. Legislaturperiode des deutschen Reichstages fanden am 27. Oktober 1881 statt; die Session wurde am 17. November auf Befehl des erkrankten Kaisers von dem Reichskanzler Fürsten Bismarck durch die Verlesung einer Allerhöchsten Botschaft eröffnet, aus welcher die für die folgenden Reden des Kanzlers maßgebenden Sätze hier mitgeteilt werden:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w. thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Wir haben den im vorigen Reichstage kundgegebenen Wünschen entsprechend den Reichstag noch im laufenden Jahre berufen, um seine Thätigkeit zunächst für die Feststellung des Reichshaushaltsetats in Anspruch zu nehmen. Der Entwurf wird dem Reichstage unverzüglich zugehen. Derselbe zeigt ein erfreuliches Bild der fortschreitenden

finanziellen Entwicklung des Reiches und der guten Erfolge der unter Zustimmung des Reichstages eingeschlagenen Wirtschaftspolitik.

Die Steigerung der den einzelnen Bundesstaaten vom Reich zu überweisenden Beträge ist erheblich höher als die Steigerung der Matrikularbeiträge. Daß der Gesamtbetrag der letzteren im Vergleich mit dem laufenden Rechnungsjahre eine Erhöhung erfahren hat, findet seine Begründung in Einnahmeausfällen und in Bedürfnissen, welche im Interesse des Reichs nicht abzuweisen sind.

Die Einigung, welche mit der Freien Stadt Hamburg über die Modalitäten ihres Einschlusses in das deutsche Zollgebiet erzielt worden ist, wird der Reichstag mit Uns als einen erfreulichen Fortschritt zu dem durch die Reichsverfassung gesteckten Ziele der Einheit Deutschlands als Zoll- und Handelsgebiet begrüßen. Die verbündeten Regierungen sind der Ueberzeugung, daß der Reichstag den Abschluß der deutschen Einheit nach dieser Seite hin und die Vorteile, welche dem Reich und seiner größten Handelsstadt aus demselben erwachsen werden, durch den Kostenbeitrag des Reichs nicht zu teuer erkauft finden und dem hierauf bezüglichen Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen werde.

In dem Bestreben, die geschäftlichen Uebelstände zu beseitigen, welche sich aus der Konkurrenz der Reichstagsessionen mit den Sitzungsperioden der Landtage ergeben, hatten die verbündeten Regierungen dem vorigen Reichstag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reichs vorschlug, über den aber eine Verständigung nicht hat erreicht werden können. Die geschäftliche Notlage der Regierungen und die Notwendigkeit, den Verhandlungen der gesetzgebenden

Körper des Reichs sowohl wie der Einzelstaaten die unentbehrliche Zeit und freie Bewegung zu sichern, veranlaßt die verbündeten Regierungen, der Beschlußnahme des Reichstags wiederum eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unfre Ueberzeugung aussprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unfre Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage diese Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unfre Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unfern darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Partienstellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstag stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die erneute Beratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation

des gewerblichen Krankenkaffenweſens zur Aufgabe ſtellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidentät erwerbsunfähig werden, haben der Geſamtheit gegenüber einen begründeten Anſpruch auf ein höheres Maß ſtaatlicher Fürſorge, als ihnen biſher hat zu teil werden können.

Für dieſe Fürſorge die rechten Mittel und Wege zu finden, iſt eine ſchwierige, aber auch eine der höchſten Aufgaben jedes Gemeinweſens, welches auf den ſittlichen Fundamenten des chriſtlichen Volkslebens ſteht. Der engere Anſchluß an die realen Kräfte dieſes Volkslebens und das Zuſammenfaſſen der letzteren in der Form korporativer Geſenſchaften unter ſtaatlichem Schutz und ſtaatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Löſung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachſen ſein würde. Immerhin aber wird auch auf dieſem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen ſein.

Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weiſt auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichſteuern hin, um die Regierungen in den Stand zu ſetzen, dafür drückende direkte Landesſteuern abzuschaffen und die Gemeinden von Armen- und Schullasten, von Zuſchlägen zu Grund- und Perſonalſteuern und von andern drückenden direkten Abgaben zu entlaſten. Der ſicherſte Weg hierzu liegt nach den in benachbarten Ländern gemachten Erfahrungen in der Einführung des Tabakmonopols, über welche Wir die Entſcheidung der geſetzgebenden Körper des Reichs herbeizuführen beabſichtigen. Hierdurch und demnächſt durch Wiederholung früherer Anträge auf ſtärkere Beſteuerung der Getränke ſollen nicht finanzielle Ueberſchüſſe

erstrebt werden, sondern die Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindelasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern. Diese Bestrebungen sind nicht nur von fiskalischen, sondern auch von reaktionären Hintergedanken frei; ihre Wirkung auf politischem Gebiete wird allein die sein, daß Wir kommenden Generationen das neu entstandene Reich gefestigt durch gemeinsame und ergiebige Finanzen hinterlassen.

Die Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die erwähnten sozialen und politischen Reformen besteht in der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des Reichs, für welche bisher genügendes und sicheres Material nicht vorliegt. Soweit letzteres im Verwaltungswege beschafft werden kann, wird es in kurzem gesammelt sein. Vollständige Unterlagen aber werden nur durch gesetzliche Anordnung, deren Entwurf dem Reichstage zugehen wird, zu gewinnen sein.

Wenn danach auf dem Gebiete der inneren Reichseinrichtungen weitgreifende und schwierige Aufgaben bevorstehen, deren Lösung in der kurzen Frist einer Session nicht zu bewältigen ist, zu deren Anregung Wir Uns aber vor Gott und Menschen, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg derselben, verpflichtet halten, so macht es Uns um so mehr Freude, Uns über die Lage Unserer auswärtigen Politik mit völliger Befriedigung aussprechen zu können.

Wenn es in den letzten zehn Jahren, im Widerspruch mit manchen Vorhersagungen und Befürchtungen, gelungen ist, Deutschland die Segnungen des Friedens zu erhalten, so haben Wir doch in keinem dieser Jahre mit dem gleichen Vertrauen auf die Fortdauer dieser Wohlthat in die Zukunft geblickt, wie in dem gegen-

wärtigen. Die Begegnungen, welche Wir in Gaſtein mit dem Kaiſer von Deſterreich und König von Ungarn, in Danzig mit dem Kaiſer von Rußland hatten, waren der Ausdruck der engen perſönlichen und politiſchen Beziehungen, welche Uns mit den Uns ſo nahe befreundeten Monarchen, und Deutſchland mit den beiden mächtigen Nachbarreichen, verbinden. Dieſe von gegenseitigem Vertrauen getragenen Beziehungen bilden eine zuverlässige Bürgſchaft für die Fortdauer des Friedens, auf welche die Politik der drei Kaiſerhöfe in voller Uebereinstimmung gerichtet iſt. Darauf, daß dieſe gemeinſame Friedenspolitik eine erfolgreiche ſein werde, dürfen Wir um ſo ſicherer bauen, als auch Unſre Beziehungen zu allen andern Mächten die freundlichſten ſind. Der Glaube an die friedliebende Zuverlässigkeit der deutſchen Politik hat bei allen Völkern einen Beſtand gewonnen, den zu ſtärken und zu rechtfertigen Wir als Unſre vornehmſte Pflicht gegen Gott und gegen das deutſche Vaterland betrachten.

Urkundlich unter Unſrer Höchſteigenhändigen Unterſchrift und beigedrucktem Kaiſerlichen Inſiegel.

Gegeben Berlin, den 17. November 1881.

(L. S.) Wilhelm.

von Bismarck.

2. Die Einverleibung Hamburgs in das Zollgebiet.

28. November 1881.

In ſeiner 4. Sitzung am 28. November trat der Reichstag in die erſte Beratung des Geſetzentwurfs betr. den Beitrag des Reiches zu den Koſten des Anſchlusses der Freien und Hanſeſtadt Hamburg an das deutſche Zollgebiet. Zu dem Geſetzentwurf ſprachen außer dem Finanzminiſter Bitter zunächſt der

Abg. von Minnigerode für, die Abgg. Dr. Hänel und Dr. Barth gegen die Vorlage. Der Abgeordnete Dr. Windthorst wünschte zunächst eine sehr sorgfältige Vorberatung in einer Kommission, obgleich er von vornherein nicht sehr eingenommen für die ganze Sache erschien. „Was wir, so äußerte er, unmittelbar vor diesem Vertrage (über den Anschluß Hamburgs an das Zollgebiet) gesehen haben, war nicht erbaulich und dient nicht dazu, das Vertrauen zum Reich zu stärken. Denn wenn so der Starke gegen den Kleinen vorgeht, dann sieht es schlimm aus.“ Unmittelbar auf diese Wendung Bezug nehmend, erhob sich Fürst Bismarck:

Es war nicht meine Absicht, mich in dieser mehr technischen Frage an der Diskussion in diesem Stadium zu beteiligen, und es ist von meiner Seite gewagt, wenn ich es thue, da ich durch anderweitige dienstliche Beschäftigung verhindert war, den ersten Teil der Sitzung, nämlich die Aeußerungen der ersten Redner zu hören. Indessen ist meine Absicht zu schweigen erschüttert worden durch eine Aeußerung, die der Herr Vorredner that, indem er sagte in Bezug auf die Vorlage: wenn der Starke so vorgeht gegen den Schwachen, dann sieht es schlimm aus; das sieht aus, als ob innerhalb des Deutschen Reiches eine Vergewaltigung eines einzelnen Staates, und zwar eines der schwächeren, durch die Reichsgewalt vorläge, oder, da die Reichsgewalt auf dem Gebiete des Rechts nie als der Stärkere bezeichnet werden kann, da beide auf dem Rechtsboden stehen, als ob etwa die preussische Regierung mit einer Pression gegen die Hamburger, ihr verbündete Regierung vorgegangen wäre, die nicht in der notwendigen Konsequenz der Verfassung und ihrer Einrichtungen gelegen hätte. Aus der Rede des Herrn Vorredners und schon aus der Besprechung der ganzen Frage in den öffentlichen Blättern habe ich ersehen, daß die ganze Angelegenheit, wie mir scheint, zu

sehr von dem einseitigen hamburgischen Standpunkte aus betrachtet wird, aus dem Standpunkt der Frage: ist es für Hamburg nützlich oder nicht? und daß der Herr Vorredner zu der Konklusion kommt, daß, wenn es für Hamburg nützlich wäre, Hamburg auch allein die Kosten tragen möge, wenn es aber für Hamburg nicht nützlich wäre, dann sei es überhaupt nicht nützlich. Auch der Herr Vorredner, einer unsrer scharfsinnigsten Politiker, verschließt daher den Blick für das große Interesse, das das Reich seinerseits daran nimmt und nehmen muß, daß seine größte Handelsstadt von ihm nicht durch eine Zolllinie getrennt sei. Wenn Sie glauben, meine Herren, daß das eine gleichgültige Sache ist, so denken Sie sich doch einmal den Fall, daß alle unsre Häfen in Deutschland durch eine Zolllinie vom Binnenlande getrennt wären. Ich weiß nicht, ob es für die Häfen selbst ein Glück sein würde, ich glaube es nicht, denn ich habe gefunden, daß in ganz Europa diejenigen Hafenstädte, die mit Freihafensprivilegien gesegnet waren, auf die Dauer nicht daran festgehalten, ja, wenn nicht andre politische Vorteile und Bestrebungen sich damit kreuzten, sich bemüht haben, diese Privilegien als onerose mit der Zeit los zu werden. Aber denken Sie sich den Fall, daß auch Stettin, auch Danzig, auch Königsberg, alle unsre Handelsstädte vom Binnenland durch eine Zolllinie getrennt wären, daß alle unsre Handelsstädte Freihäfen im Sinne von Bremen und Hamburg und alle für uns Zollausland wären. Ist wirklich einer unter Ihnen, meine Herren, der behaupten will, daß das für das gesamte Binnenland eine gleichgültige Sache wäre, daß es nicht eine gewaltige Schädigung des Binnenlandes wäre, von dem direkten, unverzollten und durch keine Zolllinie

unterbrochenen Verkehr mit den sämtlichen Hafenstädten abgeschnitten zu sein? So aber liegt in Bezug auf Hamburg die Frage für das gesamte Elbegebiet, zu dem auch unsre Hauptstadt gehört, und noch weiter als für das Elbegebiet, denn der Rayon von Hamburg und die Fühlbarkeit der Blüte oder Nichtblüte des Verkehrs mit Hamburg erstreckt sich bis nach Bayern, tief nach Oesterreich hinein, umfaßt Schlesien, umfaßt mehr als der Stettiner Handel, kurz, das ganze Reich ist bei dem Hamburger Handel interessiert. Ich kann hier in den Beweis dieser Wahrheit nicht eintreten, ich glaube aber, sie liegt ganz offen auf der Hand, und es wird von niemand, wenn die Frage klar gestellt wird, so wie ich sie stelle, bestritten werden, daß das Reich selbst und das ganze Gebiet, auf das der Hamburger Handel sich erstreckt, ein sehr großes Interesse daran hat, mit seiner Haupthandelsstadt zu demselben Zollgebiet zu gehören. Ja, das Elbegebiet, das gesamte Hamburger Handelsgebiet, hat ein Recht darauf, daß die Stadt, deren Blüte auf dem Verkehr beruht, auf der Industrie dieses — ich nenne es einmal Elbegebiets, obschon es sehr viel weiter reicht, — nur auf der Basis dieses Gebiets kann eine Handelsstadt von 300 000 Einwohnern an der Mündung dieses Stromes sich festsetzen und bestehen, es gehört zur Vervollständigung des ganzen Handels- und Wirtschaftssystems dieses gesamten Handelsgebiets der freie Verkehr, der Import und Export seiner Haupthandelsstadt. Ich muß daher bestreiten, daß das Reich kein Interesse hätte, irgend welche Summe zu bezahlen; ob sie zu hoch oder zu niedrig gegriffen ist, darüber kann ich nicht rechten, das sind Details, die sich meiner Entscheidung entziehen, die habe ich auch meinerseits unerwogen so annehmen müssen, wie

sie mir geliefert worden ist. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß uns alle Geldsummen heutzutage zum Nachteil des finanziellen Interesses, seit wir in Mark rechnen, viel höher erscheinen, als sie uns in Thalern erscheinen würden, und auch dadurch, daß man die ganze Summe als Kapital in Ansatz bringt, als Kapital, das angeblich in einer Summe aufzubringen und zu zahlen wäre. Wenn Sie die Rechnung in die uns allen nach langjähriger Gewohnheit noch vertraute Thalerrechnung umsetzen, so finden Sie, daß es sich um die Aufbringung von jährlich etwa einer halben Million Thalern, von 500,000 Thalern Zinsen handelt, 4 Prozent von dem Kapital, welches hier in 40 Millionen Mark ausgedrückt wird. Ist das wirklich ein so ungeheures Opfer für das Deutsche Reich, 500 000 Thaler jährlich mehr aufzubringen, um mit seiner Haupt-handelsstadt in denselben Zollverein zu gelangen, um die Reichsverfassung in einem ihrer wichtigsten und früher immer vorzugsweise betonten Prinzipien, dem Art. 33, endlich auszuführen, ein einheitliches Zoll- und Handelsgebiet zu schaffen, um diese nationale Forderung zu verwirklichen und um diejenigen Zusagen einzulösen, die der Stadt Hamburg bei der Verhandlung über ihren Beitritt gegeben worden sind, daß, wenn sie genötigt sein würde, in Zukunft Entrepoteinrichtungen zu machen, daß dann das Reich einen wesentlichen Zuschuß dafür leisten würde? Ich erinnere mich, daß damals im Jahr 1867, wie hierüber verhandelt worden ist, gar kein Zweifel darüber bestand, daß die Freihafeneinrichtung, die zum Vorteil Hamburgs getroffen werden sollte, eine provisorische sei, durch die ein Uebergangsstadium — als solches betrachtete man es damals ganz zweifellos von beiden Seiten — den beteiligten, bis dahin mit dem Auslande

frei verkehrenden Städten erleichtert werden solle, und daß schon damals Anschläge gemacht wurden, was die Entrepoteinrichtungen ungefähr kosten könnten, ohne deren Herstellung die Einbeziehung Hamburgs in den Zollverein nicht thunlich sein würde, daß damals Summen von 6 Millionen Thalern genannt worden sind, Summen von 10 Millionen Thalern, und daß die Frage urgiert worden ist: werden diese Summen vom Reich allein zu tragen sein? — so lautete damals die Frage — oder wird das Reich zwei Drittel oder die Hälfte und Hamburg das Uebrige tragen? Auch Hamburg faßte damals die Einbeziehung als überwiegend im Interesse des Reichs und unsrer nationalen Entwicklung liegend auf und war der Meinung, daß ein Zuschuß von 6 bis 10 Millionen Thalern dann wohl geleistet werden würde. Es liegt also meinem Gefühl nach eine Art von Ehrenpflicht inmitten, die damals Hamburg gegenüber übernommen worden ist, allerdings in der Voraussetzung, daß auch Hamburg die Ehrenpflicht, die es meiner Ueberzeugung nach damals übernommen hat, halten und seinerseits den ersten Augenblick, wo das Freihafensystem bestand, und die Jahre, die seitdem verflossen sind, dazu benutzen würde, um das Endresultat vorzubereiten, die Zollscheidewand zwischen sich und der übrigen Nation fallen lassen zu können. Diese Pflicht ist allerdings von Hamburg nicht innegehalten. Wenn ich insolgedessen eine Pression mit berechtigten Mitteln geübt habe, und soweit ich sie geübt habe, so, glaube ich, ist es ungerecht, mich dafür anzuklagen; im Gegenteil, ich sollte dafür gelobt werden, wenn ich strebe im nationalen Sinn die nationalen Zwecke des Reichs zu Ende zu führen, und wenn ich dazu diejenigen gesetzlichen Mittel in Anwendung bringe, die

geeignet sind, Hamburg die Voraussetzungen in Erinnerung zu bringen, unter denen die Freihafenqualität damals bewilligt wurde. Wenn ich die außer Anwendung ließe, so würde ich meinerseits kein gutes Gewissen haben, wenn ich irgend eine Arbeit, irgend eine Ueberredung, irgend einen Druck, soweit er mir gesetzlich und verfassungsmäßig gestattet ist, unterlassen hätte, um das nationale Prinzip der Verfassung zur Durchführung zu bringen. Ein solcher Druck, meine Herren, — Sie werden sich erinnern, diejenigen, die politisch alt genug sind, um dabei mitgewirkt zu haben, daß der bei allen deutschen Staaten bis zu einem gewissen Grade zur Herbeiführung der Einigung notwendig war, und daß mit großer Lust und Liebe für die deutsche Einheit sehr wenig Staaten überhaupt derselben näher getreten, noch viel weniger sich den Konsequenzen, die sich aus derselben ziehen lassen, freiwillig und mit Lust und Liebe unterworfen haben. (Sehr richtig!) Verlangen Sie einen Kanzler, der das mit Ruhe ansieht, und der es nicht für seine Aufgabe erkennt, die Einheit des Reichs auch in diesen Beziehungen zu fördern, so müssen Sie einen andern haben, als ich bin, — von mir werden Sie das nie erreichen. Ich werde jede Pression, zu der ich gesetzlich berechtigt bin, um den Art. 33 der Verfassung zur Wahrheit zu machen, mit gutem Gewissen, mit der vollen Ueberzeugung, meine Pflicht zu thun, üben, und keine Mißbilligung von der Seite der Opposition wird mich darin irre machen! (Bravo! rechts.) Ich verlange dafür Anerkennung und nicht Tadel. — Es wäre ja für mich außerordentlich leicht, mir alle diese lästigen Geschäfte fern zu halten, wenn ich nicht von dem kategorischen Imperativ des Pflichtgefühls dahin getrieben würde, daß ich, soviel mir

zu wirken noch vergönnt ist, — ich kann wohl sagen, so lange ich zu wirken noch genötigt bin, denn freiwillig thue ich es nicht, — daß ich meine Schuldigkeit thue, die bestehenden Reichseinrichtungen zu vollenden und zu befestigen, soviel bei meinen schwachen und abnehmenden Kräften ich noch die Mittel dazu habe. In den ersten fünfzehn Jahren meiner ministeriellen Thätigkeit, wenn ich die Konfliktzeit abrechne — oder auch ohne diese abzurechnen — ist meine Thätigkeit wesentlich durch die auswärtigen Aufgaben, in deren Bewußtsein ich mein Amt übernommen hatte, absorbiert gewesen. Ich habe diese Aufgaben als zu einem solchen Abschlusse, den sie in einem Menschenleben überhaupt erreichen können, geführt betrachtet, wie das Reich nicht nur durch seine großen Kriege befestigt, sondern auch durch die zehn Jahre, die darauf folgten, über die sehr gefährlichen und sehr schwierigen Wege, in denen wir von der Gefahr übermächtiger europäischer Koalitionen bedroht sein konnten, hinweggeleitet wurde, so daß diese Gefahr, wie Sie selbst das Gefühl davon haben, jetzt geschwunden ist; sie kann wieder auftreten, aber sie ist einstweilen beseitigt. Es ist uns gelungen, auch da, wo wir durch die Fertigstellung des Deutschen Reichs Verstimmung und Bitterkeit hinterlassen mußten, schließlich freundschaftliche Beziehungen, die weit über das, was wir zur Zeit des Deutschen Bundes besaßen, hinausreichen, herzustellen und zu gewinnen. Also meine Aufgaben, die ich mir vor meinem Dienst- eintritt auf dem auswärtigen Gebiet gestellt hatte, gaben mir in den letzten Jahren keine Berechtigung, keinen Vorwand mehr, meine Augen für die übrigen, für die mir auf dem inneren Gebiet erwachsenden Aufgaben zu schließen. Wenn ich dies ins Auge fasse unter dem Gesichtspunkt

der Frage: was kann ich thun, um bei einem demnächst voranzusehenden Rücktritt oder Aufhören meiner Wirksamkeit das Reich gefestigter und vollendeter zu verlassen? so habe ich diese Aufgabe meines Erachtens niemals suchen können auf dem mir empfohlenen Gebiete, vielleicht eine Anzahl verantwortlicher Minister neben dem Reichskanzler zu schaffen — ich glaube, daß das umgekehrt das Reich wesentlich lockern und die Verantwortlichkeit für die Führung seiner Politik abschwächen würde —, sondern ich habe sie gesucht in der Verbesserung und Vervollkommnung der inneren Reichseinrichtungen, in Verbesserung unsrer wirtschaftlichen Zustände, in Verbesserung unsrer Finanzlage, in Befestigung unsres inneren Friedens und in Vollendung derjenigen Verfassungseinrichtungen, welche überhaupt noch unvollendet sind, und zu denen gehört auf das schreiendste und flagranteste der Artikel 33 der Verfassung, die Wohlthat eines einheitlichen Zoll- und Handelsgebiets, welche bisher der deutschen Nation nicht zu teil geworden ist. Daß ein Kanzler, welcher aus Pflichtgefühl alles thut und keine Anstrengung scheut, um diese Vollendung zu erreichen, im Reichstage einen energischen und die Grenzen des gewöhnlichen Parteikampfes überschreitenden Widerstand findet und gehindert wird, die nationale Aufgabe weiter zu führen, war mir damals unerwartet. Ich fand ursprünglich mehr Unterstützung, nicht bei den Regierungen, wie heut bei der hamburgischen, sondern umgekehrt im Parlament; heutzutage muß ich die Regierungen als die stärkeren Bürgschaften für die Erhaltung und Förderung der deutschen Einheit im Vergleich mit dem Parlament, mit dem Reichstage betrachten. (Oh! oh! links.) In der Durchführung der nationalen Einheit sehe ich mich durch die

Regierungen gefördert, aber durch den Reichstag gehindert, ohne Verschulden des Einzelnen, es liegt das an der Zerfahrenheit unsres Fraktions- und Parteilebens, und in der Neigung, die heutzutage vorherrscht, die Bestrebungen, die ein Reichskanzler zur Vollendung unsrer nationalen Aufgabe macht, als eine Bedrückung des Schwachen, als eine verfassungsmäßig unberechtigte Pression zu bezeichnen. Von dieser Neigung war in der Zeit, als wir zuerst die deutsche Einheit im norddeutschen Bunde sich anbahnen und bilden sahen, ganz und gar keine Rede; wenn damals ein Mitglied solche Schwierigkeiten gemacht hätte, wie sie jetzt in der Hamburger Frage gekommen sind: unter dem allgemeinen Unwillen hätte er schweigen müssen, meine Herren! (Oh! oh! links.) So weit sind wir zurückgeschritten in der Begeisterung für die deutsche Einheit! Und, meine Herren, Sie stellen, wie das Glück von Edenhall, diese deutsche Einheit auf harte Proben und scheinen mir bereit zu sein, sie auf noch härtere zu stellen. Die Folge von dem Parteihader, der uns zerreißt, sehen Sie darin, daß die Fraktionen, die dem Deutschen Reich notwendig ihrer ganzen Tendenz nach entgegenstehen, beispielsweise die polnische, die dänische, die welfische, die franzosenfreundliche, will ich sagen, in ihrer ganzen Ausdehnung wachsen, zunehmen und gedeihen. Das wäre noch vor fünfzehn Jahren nicht möglich gewesen. Es ist sehr leicht, die Regierung anzuklagen, es ist sehr leicht, deshalb zu sagen: nehmt liberale Minister, — nun, meine Herren, wir werden ja, wenn Sie bereit sind, darüber reden können, — dann wird man uns bereit finden! Ich bin überzeugt, es liegt nicht an der Regierung, sondern es liegt an dem Ueberwuchern des Parteihadern und des Fraktionshasses, wie er dem deutschen Charakter

eigentümlich ist. Wir haben ja acht Fraktionen, von denen keine einzige eine Majorität bilden kann, und von denen keine imstande ist, auch nur mit der nächst benachbarten gemeinschaftlich ein positives Programm aufzustellen; in der Negation dessen, was die jetzige Regierung, dessen, was ich in Bethätigung meines Pflichtgefühls und mit Aufopferung meiner besten Kräfte für die deutsche Nation unternehme, das zu verneinen, dazu ist eine große Majorität bald hergestellt; aber was können Sie denn Positives leisten? für welches positive Programm haben Sie eine Majorität in diesem Reichstag? Glauben Sie nicht das, was die Zeitungen irrtümlich von mir behaupten, daß mich in diesem Ausdruck der Besorgnis — ich kann wohl sagen des Unwillens über diese Anschauung der Gegenwart über meine Leistungen das Gefühl leitet, als ob ich persönlich verletzt wäre, als ob ich persönlich etwa einen Dank vermisse, auf den ich Anspruch gemacht hätte. Ich habe nie in meinem Leben auf Dank Anspruch gemacht, ich habe ihn nie erwartet, ich habe ihn auch nicht verdient, denn ich habe niemals um Dank gehandelt, sondern habe einfach meine Schuldigkeit gethan, niemand zuliebe, nichts weiter; und wer seine Pflicht thut, ist ein getreuer Knecht, hat aber keinen Anspruch auf Dank. Ein solcher Anspruch liegt mir außerordentlich fern. Ich habe gelernt, ohne den Dank der Welt zu leben, ich habe ihn erworben und verloren, ich habe ihn wieder gewonnen, ich habe ihn wieder verloren — ich mache mir gar nichts daraus, (Heiterkeit) ich thue einfach meine Pflicht. Wenn Sie irgend jemand für die deutsche Einheit Dank schuldig sind, so ist es der Kaiser und sein Heer: der Kaiser, der als König von Preußen seine Existenz, seine Krone dafür

einsetzte, das Heer, welches unter einer intelligenten Führung, aber auch mit großen Leistungen, wie sie selten sind, sich schlug; diesen sind Sie Dank für die deutsche Einheit und das Deutsche Reich schuldig, mir in sehr geringem Maße, und auf das geringe Maß, was etwa vorhanden ist, verzichte ich. Nehmen Sie an, daß der böhmische Krieg mißlang, daß dieser zur Entscheidung der deutschen Verhältnisse, zur Durchhauung des gordischen Knotens, in dessen Verschlingung wir seit langen Jahrhunderten lagen, leider notwendige Bürgerkrieg für Preußen verloren ging, so war ja ganz klar, daß ich, wenn ich überhaupt nach diesem Vorfall lebendig meine Heimat wiedergesehen hätte, der allgemeine Sündenbock war, der Verbrecher, der das Vaterland leichtfertig ins Verderben geführt hatte, und alle die Ovationen — das habe ich mir beim Einzuge von 1866 gesagt —, wäre es anders gegangen, wären in ihr Gegenteil umgeschlagen. Es drückte sich einer meiner Kameraden auf dem Schlachtfeld so aus: „Die alten Weiber hätten Sie zu Hause mit Besenstielen totgeschlagen.“ Das Verdienst nehme ich also nicht an, ich hatte meine Existenz, meine Ehre und Zukunft, mein Gewissen, möchte ich sagen, eingesetzt gehabt für das Gelingen dessen, was gelungen ist. Ich hatte meinem Herrn denselben Rat erteilt, der zum Guten ausgeschlagen ist, auch wenn er nicht so ausschlug. Nehmen Sie an, woran ich viel unschuldiger war, der französische Krieg mißlang, wie rasch wäre gesagt: daran ist allein der leichtsinnige Kanzler schuld, dessen politische Verirrungen, dessen Ehrgeiz allein hat das Vaterland in das Verderben dieses unglücklichen Krieges gestürzt! das allgemeine Verdammungsurteil wäre sehr rasch gewesen, wie ja jetzt schon die jüngsten Wendungen er-

kennen lassen, dazu kenne ich die öffentliche Meinung genug.

Also mein Verdienst und meine Bemühungen waren in beiden Fällen, wenn diese Kriege gelangen oder mißlingen, ganz dieselben, und mißlingen sie, gewiß wäre ich dann dem allgemeinen Haß und der Verfolgung, vielleicht Schlimmerem, zum Opfer gefallen. Nun sind sie gelungen, meine Herren, das ist das Verdienst des Heeres, mir ist niemand Dank schuldig, und wer von mir behauptet, ich erwarte ihn, der verleumdet mich, — ich habe meine Pflicht gethan und weiter nichts! (Bravo! rechts.)

3. Fürst Bismarck und die Fraktionen; der Dank der Nation.

28. November 1881.

Nach der vorstehenden Rede des Reichskanzlers nahm der Abg. Lascker das Wort: „Wenn der Herr Reichskanzler vor der Nation einen Rückblick auf seine Vergangenheit wirft, Anklagen der schwersten Art gegen die Nation und gegen den Reichstag erhebt, so ist es unsre Pflicht, darauf eine offene Antwort zu geben. Der Herr Reichskanzler beklagt sich, oder vielmehr er erwähnt es nur, daß er für seine große Thätigkeit keinen genügenden Dank erhalten habe. (Fürst Bismarck: Im Gegentheil!) Dann muß mich meine Niederschrift und mein Gehör getäuscht haben, lassen Sie mich dann unabhängig hiervon und vielleicht im Sinne mit dem Herrn Reichskanzler übereinstimmend feststellen, daß ich keinen lebenden Staatsmann kenne und vielleicht auch in der Geschichte keinen andern Staatsmann weiß, der so mit der Dankbarkeit der Nation überhäuft worden ist, wie der Herr Reichskanzler. Aber was wir nicht können, meine Herren: unsre gewissenhafte Pflicht dürfen wir nicht einen Augenblick beiseite setzen, um dadurch dem Herrn Reichs-

kanzler größere Befriedigung zu bieten, sozusagen eine Partei „Bismarck sans phrase“ zu bilden. . . . Der Herr Reichskanzler hat sich beklagt, die ganze „Degeneration“ des Reichstages in nationaler Beziehung rühre von dem Parteihader, der Zersplitterung der Parteien und der Anreizung der Leidenschaften her. Sollte der Herr Reichskanzler nicht selbst einen Teil der Schuld davon tragen, daß Festigkeit nur bei denen geblieben zu sein scheint, welche ihm Opposition leisteten? Der Herr Reichskanzler selbst hat die positiv wirkenden Parteien, die seine Unterstützung bildeten, auseinander getrieben, in der Hoffnung, eine liberal-konservative Mehrheit zu bilden. Hat nicht der Reichskanzler den Bann der Reichsfeindlichkeit zuerst über die große Partei des Zentrums ausgesprochen, belegte er nicht eine andre große Partei im Reich mit dem Namen einer republikanischen? Wenn man einer solchen Methode sich befleißigt, darf man sich nicht wundern, daß alles, was positiv und fest zusammenhält, im Laufe der Zeit zerbröckelt. Und diese Taktik geht immer weiter. Dagegen wollen wir eine positive Gestaltung, eine große liberale Partei. Der Reichskanzler erklärt jede Opposition für antinational. Was die mannigfachen und komplizierten Bedürfnisse des inneren Staatslebens betrifft, so kann der Herr Reichskanzler die Ordnung dieser Verhältnisse nicht aus seiner Person allein schöpfen; ein Mann allein ist nicht imstande, die Bedürfnisse des Landes ganz zu entwickeln, und die beste Weise ihrer Befriedigung zu bestimmen. . . . Möge mir der Herr Reichskanzler ein offenes Wort nicht verübeln: Was die deutsche Nation an Macht braucht, was sie an Klugheit braucht, um die Gelegenheit zu benutzen und Günstiges daraus zu ziehen, ist bei dem Herrn Reichskanzler sehr wohl vertreten, aber die ungeheure Summe sittlicher Momente, welche eine Nation nicht entbehren kann, um zu der ganzen Höhe ihrer Fähigkeiten zu gelangen, die kann nicht aus einem Kopfe genommen werden, sondern die Vertreter der Nation in ihrer Gesamtheit sind berufen, ein Spiegelbild von den ethischen Ansprüchen des Volkes zu geben. . . . Der innere Friede ist geschädigt, und nicht mit genügenden Bürgschaften versehen. Seine Wiederherstellung erwarten wir dadurch, daß die positiv wirkenden Parteien, auch die liberale Partei in ihrer Gesamtheit diese Arbeit in ihre Hand nehmen. Sind Irrtümer gemacht, so müssen wir dieselben wieder gut machen, vor allem sind die Grundlagen

deſ ewig leitenden Rechts auch als Richtſchnur für die Geſetze aufzuſuchen.“ Der Reichskanzler Fürſt B i s m a r c k hielt hierauf folgende Rede:

Der Herr Vorredner hat unſrer Diſkuſſion noch eine weitere Unterlage untergeſchoben, als ſie, glaube ich, durch meine Rede hatte, und mich dadurch genötigt, auf einige ſeiner Anführungen noch zu erwidern.

Er fing an mit dem Irrtum, den er, wie ich hoffe, eingesehen hat, als hätte ich mich über Mangel an Dank beklagt, der mir zu teil geworden wäre für die einfache Erfüllung meiner dienſtlichen Pflicht, während ich im Gegenteil hier glaube in den unzweideutigſten Worten, die der Herr Vorredner überhört haben muß, erklärt zu haben, daß mir viel mehr Dank zu teil geworden iſt, als ich beanspruchen konnte und als ich je erwartet, ja ich kann wohl ſagen gewünscht habe; es hat darin eine gewiſſe Uebertreibung ſtattgefunden und man hat viele Verdienſte, die anderswo lagen, bei mir geſucht und bei mir anerkannt; aber ich weiß nicht, was der Herr Vorredner unter dem Danke, der mir im reichen Maße zugefloſſen ſein ſollte, überhaupt verſteht. Wenn er darunter materielle Güter verſteht, die ich der Huld Seiner Majeſtät des Kaiſers verdanke — (oh! links) — gut, ich entnehme hieraus, daß das ausgenommen iſt, was mir ſehr angenehm iſt. Wenn er darunter Ehrenbezeugungen verſteht — ich habe in Blättern, die dem Herrn Vorredner nahe ſtehen, unter andrem angeführt geſehen, ich wäre „mit Ehren und mit Gütern“ überhäuft worden, — die „Kölniſche Zeitung“ ſagte das (hört! hört! links), man hätte „mir Statuen geſchaffen“. Meine Herren, meine Ehre ſteht in niemandes Hand, als in meiner eigenen, und man kann mich damit nicht überhäufen; die eigene,

die ich in meinem Herzen trage, genügt mir vollständig (Bravo! rechts), und niemand ist Richter darüber und kann entscheiden, ob ich sie habe. Meine Ehre vor Gott und den Menschen ist mein Eigentum, ich gebe mir selbst so viel, wie ich davon glaube verdient zu haben, und verzichte auf jede Zugabe. Was aber die „Statuen“ anbelangt, so muß ich ihm doch sagen, daß ich für diese Art von Dank gar nicht empfänglich bin. Ich wäre in der größten Verlegenheit, wenn ich beispielsweise in Köln wäre, mit welchem Gesicht ich an meiner Statue vorbeigehen sollte (Heiterkeit); ich erlebe das mitunter in Rissingen, es stört mich in Promenadenverhältnissen, wenn ich gewissermaßen fossil neben mir dastehe. Ich glaube, man könnte ebensoviel von Orden sprechen u. s. w.

Der Herr Vorredner hat ferner behauptet, ich könne nicht verlangen, daß die Herren von der Opposition mir „ihr Gewissen und ihre Ueberzeugung“ opfern sollten. Wer verlangt denn das von Ihnen? Umgekehrt, Sie verlangen es von mir. Wie ist denn unser Verhältnis? Ich mache Vorlagen, und Sie sind in der Berechtigung, sie abzulehnen. Anstatt sie einfach abzulehnen, machen Sie mir die heftigsten Vorwürfe darüber, daß ich diese Vorlagen mache. Ich kann doch nur Vorlagen nach meiner Ueberzeugung machen. Sie verlangen also von mir, ich soll meine Ueberzeugung verleugnen und mich in irgend welchen Fraktionsdienst begeben und ich solle meine Vorlagen so einrichten, wie sie bestimmten Fraktionen willkommen sind, — und schreien über Gewalt, über Kanzlerdiktatur und Absolutismus, Kanzlerabsolutismus, Ministerialdiktatur und was dergleichen mehr ist, während ich mich doch auf das verfassungsmäßige Recht, ich kann wohl sagen, die verfassungsmäßige Pflicht be-

schränke, Ihnen Vorlagen nach Ueberzeugung zu machen, und Ihr Recht, sie zu kritisieren, zu amendieren, abzulehnen, zu verwerfen, noch niemals in Zweifel gezogen habe. In diesen Uebertreibungen über unsre Zustände, in diesen Redensarten von Absolutismus, von allen diesen Worten, die sich ja einstellen, wo Begriffe fehlen (oho! links), wie Reaktion, Absolutismus, Hausmeier und dergleichen (Heiterkeit), da fehlt bloß noch die gewöhnliche Litanei dahinter: Junker und Pfaffen, Erbunterthänigkeit, Jagdfrohnden und was dergleichen mehr ist, kurz und gut, die ganzen fossilen Ueberreste der — ich möchte sagen — Liasformation, um mit Scheffels Gedichten zu sprechen, des deutschen Liberalismus und des deutschen Philistertums in kleinen Städten, alle die Ungeheuerlichkeiten, die denen als möglich vorschweben, die werden mir gleich auf den Leib geredet, wenn ich einfach nach meiner Ueberzeugung Vorlagen mache, mit der bescheidenen Bitte, sie in Erwägung zu ziehen und, wenn sie Ihnen gefallen, sie anzunehmen, wenn sie Ihnen nicht gefallen, sie abzulehnen, und wenn Sie glauben, daß sich daraus etwas machen läßt, sie zu amendieren. Meine Ueberzeugungen soll ich aufgeben Herrn Lasfer zuliebe. Ich gebe die Tendenz zu Absolutismus, zu Vergewaltigung fremder, verfassungsmäßig berechtigter Ueberzeugungen dem Herrn Vorredner einfach zurück. Die liberalen Fraktionen, oder besser die freihändlerischen Fraktionen wollen mir einfach verbieten, nach meiner Ueberzeugung Vorlagen zu machen, sie wollen, ich soll mit meinen Vorlagen als Knecht in Parteidienste treten von irgend einer Fraktion. Sie sind alle meine lieben Freunde (Heiterkeit), sobald ich einen Pakt mit ihnen schließen will und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion stelle. Sie

haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen, sobald ich ihnen den Willen nicht thue; ich habe mit allen Fraktionen in meinem Leben, wie ich glaube, in Vertretung der Einheit und des Fortschritts der deutschen Nationalentwicklung zu kämpfen gehabt und bis aufs Messer — kann ich wohl sagen. Es ist mir kein Vorwurf, der mich persönlich kränken oder politisch diskreditieren könnte, von irgend einer Fraktion erspart worden, mit der ich gerade im Kampfe gelebt habe. Der Herr Vorredner hat also auf das Publikum den Eindruck machen wollen, als übte ich irgend einen Gewissensdruck dadurch, daß ich hier Vorlagen machte — ist der Ton unserer Vorlagen etwa drohend, vergewaltigend mit irgend welchen verfassungswidrigen Mitteln? Sind Sie nicht vollständig im Genuße Ihrer Rechte, Ihre Kommissionen zu wählen, zu prüfen, zu verwerfen? ja, im Genuße des deutschen Urrechts, von den Ministern so schlecht zu sprechen, wie Sie wollen bei der Gelegenheit? es werden Ihnen ja gar keine Schranken gezogen.

Der Herr Vorredner führt als ein Moment gegen meine Bestrebungen den Ausfall der Wahlen an. Ja, meine Herren, auch wenn die Wahlen wirklich eine liberale Majorität an die Sonne gefördert hätten, so könnte ich deshalb doch meine Ueberzeugung nicht ändern, ich könnte zurücktreten, ich könnte fragen, ob die Herren nun bereit seien sich mit Seiner Majestät dem Kaiser darüber zu einigen, und ihr Programm selbst durchzuführen, aber meine Ueberzeugung würde doch dieselbe bleiben, und Sie könnten in der That eine wirkliche große Majorität gewonnen haben, so würde ich dennoch, solange ich Reichs-

kanzler bin, es für meine Pflicht halten, Ihnen dieselben Vorlagen zu machen, die ich Ihnen in dieser Session gemacht habe im Namen des Kaisers oder machen werde, und Ihren Ausspruch darüber, Ihre Anschauung in Ruhe zu gewärtigen; aber zur Beruhigung meines Gewissens brauche ich immer die Quittung Ihrer Ablehnung, und die können Sie mir ja geben, ich werde nicht einmal böse darüber sein. Aber ich glaube, der Herr Vorredner überschätzt die Bedeutung der Wahlen — ich meine die letzten — in ihrer Tragweite, und ihm sind die Ergebnisse nicht in allen ihren Phasen genau bekannt, sonst würde er sich doch darüber nicht täuschen, daß, ganz abgesehen von dem zufälligen Gesamtergebnat von mehr als hundert Stichwahlen, wobei eine Zwangslage für die Wählenden geschaffen ist — ganz abgesehen von dem zufälligen Resultat der definitiven Wahlen doch auch ein kleines Gewicht darauf zu legen ist: wie viel Wähler haben denn bei der ersten Wahl, wo die Ueberzeugungen völlig frei zum Ausdruck kamen, sich für die eine oder andre Richtung ausgesprochen? Der Vorredner hat gemeint, die wirtschaftlichen Vorlagen wären von „der Nation“ — ich weiß nicht, was er damit meint, vielleicht die Meininger Wähler, die ihn gewählt haben, — wären von „der Nation“ verurteilt worden. Liegt denn in irgend einer Wahl eines Centrumsgliedes, eines Konservativen, eines Freikonservativen, ja selbst eines Nationalliberalen notwendig eine Verurteilung der wirtschaftlichen Stellung der Regierung? In dieser liegt der politische Schwerpunkt. Eine solche Verurteilung liegt nur in den sezeSSIONistischen Wahlen, weil die Herren dieser Fraktion ja den Freihandel und alle Gegensätze der Reformen, die ich anstrebe, an die Spitze ihres Pro-

gramms gestellt haben. Wenn wir prüfen, wie viele Wähler haben sich am 27. Oktober für die eine oder andre Seite ausgesprochen, so kommen wir zu dem merkwürdigen Resultat, daß die einzige größere Fraktion, die überhaupt einen Zuwachs an Stimmen erhalten hat, die deutschkonservative ist (Heiterkeit links). — Ja, meine Herren, lachen Sie nachher; wer zuletzt lacht, lacht am besten; warten Sie nur noch ein wenig. Ich kann Ihnen hier eine vergleichende Uebersicht der Abstimmung vom 27. Oktober geben. Es gibt wahlberechtigte Wähler im Deutschen Reich 9 Millionen rund. Von denen haben 1878 gestimmt 5 760 000; im Jahre 1881 trotz der leidenschaftlichen Agitation $\frac{2}{3}$ Million weniger; 666 000 Wähler mehr als im Jahre 1878 haben sich der Wahl überhaupt enthalten, sie konnten also bei keiner Fraktion gezählt werden. Von den zur Vergleichung kommenden Parteien will ich zuerst die zahlreichste erwähnen, die große liberale Partei; sie hat im Jahre 1881 am 27. Oktober 54 000 Stimmen weniger bekommen als 1878. Da sehen Sie die Stimme der „Nation“. Die Nation, wo es sich um Majoritäten handelt, entscheidet auch mit einer Mehrheit von 1 gegen 1000 Stimmen. Die große liberale Partei ist also um 54 000 Stimmen zurückgegangen in der Schätzung der „Nation“. Nach den amtlichen Nachrichten haben für das, was früher National-liberale, Fortschrittspartei und liberale Gruppe hieß, im Jahre 1878 54 000 Wähler mehr gestimmt, als im Jahre 1881 für die liberale Gesamtheit, die heutzutage gebildet wird aus der liberalen Gruppe, den National-liberalen, den Sezessionisten und dem Fortschritt. Es ist also hier das Resultat nur das, daß die Nation der liberalen Partei in Erinnerung gegeben hat, sie möge

sich weniger mit politischen und mehr mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen, indem sie ihr 54 000 Stimmen weniger gegeben hat als das vorige Mal. In Bezug auf die Gesamtheit der Konstellation machte dies keinen Eintrag, es hat nur eine Verschiebung innerhalb der großen liberalen Partei nach links stattgefunden.

Die Möglichkeit, eine konservativ-liberale Majorität zu bilden, die ich zu meinem Ruhme erstrebt habe, und welchen Bestrebens ich mich nicht schäme, wie der Herr Vorredner anzunehmen schien, hat sich wesentlich verringert, indem das Schwergewicht innerhalb der großen liberalen Partei zu weit nach links hin ausgeschlagen ist. Ich will auf die Wahlen und auf die Einflüsse, die hierbei stattgefunden haben, heut nicht eingehen; die werden ein andres Mal besprochen werden, das wird sich finden. Die „liberale Gruppe“ ist zurückgegangen von 156 000 auf 153 000 Stimmen in der ersten Abstimmung, also unbedeutend, die Nationalliberalen sind zurückgegangen von 1 330 000 auf 640 000. Da liegt hauptsächlich der Umschlag. Die Sezessionisten, die sich aussonderten aus den Nationalliberalen, weil ihnen die Nationalliberalen vielleicht zu national und nicht liberal genug waren, die bilden ja einen Teil dieses Ausfalles, ein anderer Teil mag anders weggegangen sein. Die Sezessionisten haben bei den Wahlen im Jahre 1878 noch nicht existiert und haben diesmal 370 000 Stimmen bekommen, die früher in den nationalliberalen Stimmen enthalten waren. Der Fortschritt hatte 385 000 Stimmen und hat jetzt 653 000, also mehr 268 000 auf Kosten seiner liberalen Kollegen. Die liberale Gesamtpartei hat gehabt das eine Mal, wo allerdings kleine Zifferirrunge n möglich sind in den Einern, aber nicht weiter, rund 1 750 000 Stimmen vor 3 Jahren

und dieses Jahr 1 664 000, sie sind also in ein niedrigeres Hunderttausend gekommen, und, meine Herren, ich möchte Sie bitten, die Liberalen, diese Stimme der Nation doch wohl zu beherzigen, die Ihnen ans Herz legt, in sich zu gehen und zu überlegen, ob der Weg, den Sie wandeln, der richtige sei. Sie haben diesmal trotz einer gewaltigen Agitation in der Gesamtheit an Stimmenzahl 54 000 verloren; Ihren Hauptgegnern, den Deutschkonservativen, sind 120 000 Stimmen zugewachsen, sie sind von 13 Prozent der Wähler im Jahre 1878 auf 17 Prozent Wähler im Jahre 1881 gekommen. Und das ist die Partei, die der Herr Vorredner belehren will, sie solle die Stimme der „Nation“ ihrerseits beherzigen und von dem Weg ablassen, auf dem sie wandelt! Das Zentrum, so blühend seine Macht ist, hat auch von der einen Wahl zur andern einen Verlust von 142 000 Urwählern zu verzeichnen; die Polen, die 4 Stimmen mehr hier unter uns haben, als sie früher hatten, haben 15 000 Urwählerstimmen verloren, sie hatten 210 000 vor 3 Jahren und haben jetzt 194 000. Die Sozialdemokraten — und da möchte ich die Herren doch bitten, zu erwägen, ob nicht eine kleine Vermutung dafür spricht, daß einerseits das Sozialistengesetz, andererseits das Entgegenkommen der Regierung, um denjenigen, die der Verführung, der sozialdemokratischen Aufwiegelung ausgesetzt sind, ihre Existenz zu erleichtern, ob die beiden Elemente nicht zusammen etwas dabei thätig gewesen sind, wenn die Sozialdemokraten von 437 000 auf 311 000 gekommen sind; sie haben also 125 000 Stimmen verloren und haben noch 311 000, sie haben also $\frac{5}{12}$ dessen verloren, was sie jetzt noch haben, — doch ich will mich hier in Rechnungen nicht einlassen — sie haben jetzt 311 000 und haben verloren

125 000. Die Volkspartei ist eine wesentlich neue Einrichtung, sie hat 37 000 Stimmen gewonnen. Im übrigen aber sind die einzigen, die aus der Wahl Schlacht mit dem gehobenen Gefühl ihrer Anerkennung durch die Nation hervorgegangen sind, die Deutschkonservativen. (Heiterkeit links.) — Ja, Sie lachen darüber, aber das sind sehr schlagende Wahrheiten, denn die Ziffern sind amtlich, sie liegen unantastbar vor, es haben in der That bei der jüngsten Wahl 120 000 Urwähler mehr für die Deutschkonservativen gestimmt als bei der Wahl von 1878, die Partei hat also einen eminenten Fortschritt gemacht. Die gesamten Liberalen haben einen zwar kleinen, aber immerhin einen Rückschritt gemacht, und Sie wissen, daß eine Majorität von 10 050 gegen 10 049 immer Majorität bleibt; die Liberalen aber sind um 54 000 Stimmenlängen in der letzten Wahl geschlagen. Das konstatirt amtlich.

Das wollte ich auf die „Stimme der Nation“ erwidern, mit solch pomphaften Redensarten muß man nicht zu freigebig sein, wenn man nur an der Spitze von einigen Tausend Meininger Wählern steht.

Der Herr Vorredner hat ferner verstanden, ich hätte behauptet, im Jahre 1867 hätte niemand wagen dürfen, mit einem solchen Widerstand gegen nationale Bestrebungen aufzutreten, wie ich es im vorigen Jahre hier in der Diskussion über die Bervollständigung der nationalen Zollpolitik gefunden habe. Das habe ich nicht gesagt, ich habe behauptet, man hätte es nicht gewagt, dieses „dürfen“ ist eine kleine Verschärfung meiner Aeußerung, die ich nicht annehmen will. Die Hamburger Debatte im vorigen Jahre, — der Widerstand, den ich gegen die nationalen Zollbestrebungen, gegen die Zolleinheit im vorigen Jahre bei den Debatten gefunden habe mit den

Mitteln, die dabei angewandt sind, wäre 1867 nicht möglich gewesen, der wäre bei dem damals heiß brennenden nationalen Gefühl erstickt und beseitigt worden, das behaupte ich auch noch heute. Wir sind zurückgegangen, wir sind heruntergekommen und wissen, wenigstens viele von uns, selber nicht wie. Mir aber ist es klar, daß wir heruntergekommen sind; das, was das Schwert uns Deutschen gewonnen hat, wird durch die Presse und die Tribüne wieder verdorben.

Der Herr Borredner hat ferner wiederholt die Andeutung eines andern Borredners, als hätte ich eine „Pression“ gegen Hamburg ausgeübt, als ob Hamburg mit Gewalt gemäßigelt wäre. Ja, welche Gewalt denn? Dergleichen Worte sind leicht lanciert, und man glaubt dann, daß irgend etwas Unrechtes passiert ist. Die Gewalt, die ich geübt habe, die ich pflichtmäßig geübt habe, besteht darin, daß ich dem Staate Hamburg erklärt habe: sobald ihr das nach unsrer ersten Abrede provisorische Abkommen als ein definitives behandeln wollt, dann müssen alle diejenigen Gutmütigkeitskonzessionen, die wir euch in der Rechnung gemacht haben, daß dies ein Provisorium sei, und daß ihr uns freiwillig und ehrlich mit dem Definitivum entgegenkommen würdet, um Art. 33 der Verfassung zur Wahrheit zu machen, die müssen dann in Wegfall kommen. Das ist auch noch heute meine Ueberzeugung, daß solche anomalen Einrichtungen, wie wir sie in Hamburg provisorisch getroffen haben, nicht bestehen können, sobald es sich um definitive Einrichtungen handle. Das Reich und der größte Staat im Reich, Preußen, können nicht die Verantwortlichkeit übernehmen, eine unvollkommene Ausführung der Verfassung durch ihre Konnivenz zu unterstützen, und wenn die Verfassung

dieser Konnivenz oder der Fortsetzung dieser Konnivenz eine „Pression“ ist, dann bleibe ich stets bereit, sie zu üben. Ich erinnere nochmals daran, daß die Pressionen in den Jahren 1866 und 1867 ganz anderer Natur gewesen sind; wenn die geheimen Akten darüber mal zu Tage kommen würden, so würden Sie dies daneben eine sehr unschuldige Sache finden gegen das, was notwendig war, um die deutsche Einheit überhaupt zu schmieden. Zur Beseitigung dieser vorübergehenden Erleichterung des Uebergangszustandes ist das Reich vollkommen berechtigt, und ich protestiere gegen den Ausdruck „Pression“, gegen den Ausdruck „starke und schwache“. Ich thue auch in dieser Frage einfach meine Schuldigkeit als Reichskanzler, und die werde ich auch künftig nach vollen Kräften thun, um den Art. 33 zum Abschluß und zur Erfüllung zu bringen. Es ist mir eine Freude, dabei die Unterstützung der hamburgischen Regierung gefunden zu haben, die ihrerseits einsichtig genug ist, um den Vorteil und die Interessen ihres Staates richtig zu beurteilen, und deshalb sagte ich vorher, ich habe in der Förderung der deutschen Einheit in den letzten Jahren mehr Unterstützung bei den Regierungen als beim Reichstage gefunden. Vergewärtigen Sie sich nur den Kampf über Hamburg im vorigen Jahre hier; der hat mich eigentlich viel mehr entmutigt als die letzten Wahlen. Wenn ich sah, welche Leute und mit welchen Argumenten sich dagegen wehrten, daß eine ganz zweifellos nationale Einrichtung ihrer Vollendung entgegengeführt werde, so kann ich sagen, das war ein trauriger niederschlagender Eindruck, den ich aus diesen Reichstagsverhandlungen damals mitgenommen habe, wo die Fraktionslandsmannschaft weit über die deutsche Landsmannschaft ging.

Der Herr Vorredner hat geklagt über diplomatische Geheimnisse, er hat angenommen, daß das, was ich vorhin über die Hamburger Verhandlungen bei Einrichtung der Verfassung gesagt hätte, nicht öffentlich gemacht worden wäre, und der Herr Vorredner hat daraus, daß das nicht öffentlich wäre, eine Berechtigung geglaubt ableiten zu können, die Regierung ohne Sachkenntnis, ohne Kenntniss dieser Vorgänge angreifen zu können. Meine Herren, es ist das ein Prinzip, welches ich nicht zugeben kann; über Dinge, die man nicht weiß, soll man lieber schweigen, nicht aber sagen: hätte ich das gesagt, würde ich nicht so gesprochen haben. Es hat keine Geheimniskränerei von unsrer Seite stattgefunden. Ich glaube mich vielmehr zu erinnern, daß ich dasselbe, was ich heute darüber sagte, und was Herr Lasker nicht kannte, schon einmal auf dieser Stelle gesagt habe, — ich meine, daß ich bei der vorjährigen Hamburger Debatte davon gesprochen habe und außer mir andre, auch 1867; ich glaube sogar, daß ich die Summen von sechs und zehn Millionen schon damals genannt habe, — ich werde Recherchen darüber anordnen; aber ein Geheimnis lag nicht vor. In vielen Recueils hätte der Herr Vorredner das lesen können: wenn er nicht genug liest, dann sollte er auch weniger reden. Es ist das kein Geheimnis gewesen.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, daß ich die Fraktionen in ihrem soliden Bau zerstört hätte. Ja, ich habe jede Fraktion schon bekämpfen müssen, jede Fraktion, sobald ich mich ihrer Unterstützung bedient habe, hat bald die Neigung gehabt, die kaiserliche sowohl wie die königlich preussische Regierung in ihren Dienst zu nehmen. Die konservative Fraktion hat damit angefangen und hat mir die Bundesgenossenschaft aufgesagt, als ich ver-

langte, daß die Politik im Räte des Königs und nicht in der Fraktion gemacht werde. Mit der Zentrumsfraktion bin ich durch die historische Entwicklung, weniger durch meine Schuld, als die Herren annehmen, wesentlich durch die Polonisationsversuche in unsern polnischen und schlesischen Landesteilen, in einen Kampf geraten, der an Bitterkeit nichts zu wünschen übrig läßt, der aber sofort besänftigt worden wäre, sobald ich mich erboten hätte, in den Dienst der Fraktion zu treten. Von seiten der nationalliberalen Fraktion habe ich wesentliche Unterstützung gehabt, bis die Herren fanden, ihres Unterstützens der Regierung wäre nun genug, sie wollten, ich sollte nun die Fraktion unterstützen. So drehte sich die Sache im Jahre 1878. Ich will diesen dolorem heute nicht erneuern, das führte uns zu weit in der späten Stunde, aber ich konstatiere nur vor dem Lande: nicht ich habe die nationalliberale Fraktion angegriffen, sondern sie hat mir das Bündnis aufgekündigt und hat mich erst dilatatorisch, dann kühl, dann abwehrend und feindlich behandelt. Dabei ist es namentlich der Führer, der letzte Vorredner, der Herr Abgeordnete Lasfer gewesen, der wesentlich meine Beziehungen zur nationalliberalen Partei untergraben hat durch die Art seiner Opposition, durch die Tragweite seiner Opposition, durch den Ton, den er öffentlich hier gegen mich anschlug — ich erlaubte mir damals den Ausdruck „abkanzeln“, den ich nicht wiederholen will, sondern nur als historische Reminiscenz, — und demnächst ist ein Blatt, was ich den Totengräber der Partei nenne, die „Nationalzeitung“, an der Entfremdung schuld. Ich habe schon einmal über den verderblichen Einfluß dieser Zeitung hier geklagt, aber bei den Herren, deren Interessen sie zu vertreten vorgab,

keinen Anklang damit gefunden. Der Bruch vollzog sich damals, als mir im preussischen Landtag die natürlichsten Dinge abgeschlagen wurden, die nachher andern mit Leichtigkeit bewilligt wurden, lediglich um auf mich einen Druck zu üben, damit ich mich fügen sollte; als man mir damals auch jeden Beistand bei der Neubildung des Ministeriums versagte und ein gewisses Fraktionsverbot ausgegangen war, mit mir in Verhandlungen zu treten (Heiterkeit); als man mir die erste sozialistische Vorlage ablehnte und als man, sobald die Wahlen eröffnet waren, aus Zorn über die Auflösung, mich feindlich angriff, wogegen ich mich natürlich wehrte. Die Herren sind darin noch gerade, wie alle Menschen sind: jedermann glaubt, sein Schlag sei erlaubt, aber daß der andre sich wehrt und widerschlägt, gilt nicht. Ich bin nur defensiv verfahren gegen die nationalliberale Fraktion. (Heiterkeit.) Ich bin mit derselben in eine mir nicht erwünschte, von mir nicht erstrebte Stellung gekommen. Die Gefälligkeit, daß ich durch die Auflösung eine Rücksicht auf diejenigen Herren nahm, die gegen die erste Sozialistenvorlage gestimmt haben, ist unverstanden geblieben. Ich konnte dem Anstandsgefühl nicht zumuten, daß dieselben Herren, ohne durch die Läuterung einer Neuwahl gegangen zu sein, nun wenige Monate später gerade das Gegenteil von ihrer Abstimmung bethätigen sollten, nachdem inzwischen nur der Unterschied vorlag, daß von zwei Mördern der zweite Erfolg gehabt hatte und der erste nicht. Ich konnte doch nicht glauben, daß dieser rein äußerliche Erfolg die Ueberzeugung der abstimmenden Herren hätte ändern können. Ich mußte annehmen, daß die Ueberzeugung in der Erkenntnis unsrer Situation, wie sie sich bei der Hödel'schen Vorlage ausgesprochen hatte, den

Herren überhaupt und bleibend eigentümlich war. Es war von meiner Seite ein Entgegenkommen, für das ich Dank verdient hätte, wenn ich ihnen Gelegenheit gab, geänderte Ansichten durch die Neuwahl und die Meinung der Wähler zu motivieren. Ich habe das schon damals in den Konseilsitzungen ausgesprochen, daß ich den Herren Gelegenheit gab, sich durch das Bad einer Neuwahl die Möglichkeit des Wechsels ihrer Ansicht anzuschaffen, — das liegt in den Akten vor. Ich habe damals erklärt, es sei eine Zumutung, die man den Herren nicht machen kann, daß sie, ohne daß sie ihre Wähler befragen konnten, nun das Gegenteil von dem votieren sollen, was sie bei der Hödelschen Vorlage mit großer Majorität votiert hatten; — es war eine Minorität von nur 75 damals, die für die Annahme des Sozialistengesetzes stimmte. — Für diese Gefälligkeit, die ich hatte, Ihnen das Geschäft der Zustimmung zu erleichtern, habe ich allerdings wenig Dank gefunden.

Wenn ich mit dem Fraktionswesen im Kampf gewesen bin, dann ist es immer in Vertretung des Reichs gegen die Fraktionen, des nationalen Patriotismus gegen den Fraktionspartikularismus gewesen. Nach meiner Ueberzeugung — Sie mögen ja eine andre haben — sucht jeder bisher die Nation nur in seiner Fraktion und hat die Ueberzeugung, daß die Nation nur von seiner Fraktion gut regiert werden würde. Dabei hat aber keine Fraktion die Möglichkeit, eine Majorität zu bilden, auch keine hat hinreichende Bundesgenossen, mit denen sie ein positives Programm aufstellen könnte. Es wäre unter solchen Umständen jede patriotische Rücksicht dafür sprechend, daß Sie den Besitzstand des Reichs, für den Sie keinen Ersatz bieten können, einstweilen respektieren

und nicht in der Weise, wie es in der Presse, in Wahlen und Wahlprogrammen geschehen ist, versuchen, mich persönlich zu diskreditieren in meiner Stellung und dieselbe zu untergraben und mir zu verleiden.

Wenn ich vorhin sagte, ich mache auf Dank keinen Anspruch, so habe ich damit doch nicht sagen wollen, daß ich nicht ein gewisses Wohlwollen in der deutschen Nation erwartet hätte, eine nachsichtige und wohlwollende Beurteilung; auch die Statue, die mir in Köln gesetzt ist, hatte mir durch den Ausdruck des Wohlwollens, der darin lag, einen angenehmen Eindruck gemacht. Nachdem mir aber dieses Wohlwollen in Wegfall gekommen, und vielmehr diese Leistung mir vorgehalten worden ist als eine Quittung dafür, daß ich meinen Dank weg hätte, da hat eine Statue für mich auch keinen Wert mehr, und ich würde kein gutes Wort geben, um deren Abbruch zu widersprechen. Und so geht es auch mit den Eindrücken, die ich von den Wahlen gehabt habe — nicht das Ergebnis der Wahlen hat mich entmutigt, denn auf dergleichen war ich gefaßt. Es war ja für mich ein außerordentlich günstiges (Heiterkeit), daß die Leute, die mich unterstützen, um 120 000 Stimmen zunahmen, und diejenigen, die teils entschieden, teils ab und zu mich bekämpfen, um 54 000 Stimmen abnahmen; mehr kann man in dieser schlechten Zeit wohl nicht verlangen, und nicht das ist es, was mich schmerzt. Aber die Art von bitterer Bosheit, von Geißer, Gift und Galle, die über mich ausgeschüttet ist in den Wahlprogrammen und Wahlreden, das hat mir einen verletzenden und, ich darf wohl sagen, niederschlagenden Eindruck gemacht. Ich bin auf so viele verleumderische Hezereien meiner Person gegenüber nicht gefaßt gewesen, wie sie ausgesprochen worden

sind, und zwar nicht bloß von Leuten niederen Bildungsgrades, sondern von solchen, die hoch in der Bildung und auf andern Gebieten hoch in Ansehen stehen und die mich verleumdten, als ob ich dem Absolutismus zustrebte, und die mir Verfassungsbruch — also Lügen, Heuchelei — öffentlich vorwerfen, recht gebildete Leute, die über eine zweitausendjährige Vergangenheit ein historisches Urteil sich beilegen, was doch einigermaßen an Glaubwürdigkeit verliert, wenn man sieht, wie sie blind für die Erscheinungen der Gegenwart sind.

Der Herr Abgeordnete Lasfer hat also meine Thätigkeit auf dem auswärtigen Gebiet auch anerkannt, hat mir aber die Befähigung auf dem Gebiet der inneren Politik gänzlich abgesprochen und hat seine Befriedigung darüber geäußert, daß ich ja bereit wäre, mich auf das Altenteil des Auswärtigen zurückzuziehen. Ich möchte doch bitten, darüber nicht mit so voller Sicherheit schon einen Schluß zu ziehen (Heiterkeit); — ich warte ab, wie sich die Abstimmungen bei uns gestalten werden, denn auf bloße Wahlprogramme und Wahllisten hin kann ich keine definitive Entscheidung fassen und dem Kaiser die Unterlage für solche machen. Ich muß abwarten, wie sich die Abstimmungen hier gestalten, dann erst werde ich mich über die Zukunft äußern können. Aber ich möchte doch wissen, warum mir der Herr Abgeordnete jedes Urteil über innere Politik abspricht. Er hat gesagt, ein Mann kann nicht alles beurteilen. Ja, das möchte ich ihm zurückgeben; es giebt keine Sache, über die wir nicht sichere und kompetente Urteile von dem Abgeordneten Lasfer hier schon gehört hätten. Sollte ich nicht das auch können, was der Herr Abgeordnete Lasfer kann? Ich halte mich nicht für begabter als den Durchschnitt der Menschen,

aber auch nicht für unbegabter. Ich glaube, was eure Alba können, das kann auch Karl, nicht mehr. Der Herr Abgeordnete möge mir die Vergleichung seiner mit Alba verzeihen; allein er glaubt alles beherrschen zu können, er giebt hier ein sicheres Urtheil als Abgeordneter über jede Frage, innere und äußere; seine Reden sind schneidig und vernichtend für den andersdenkenden Gegner, er hat ein Urtheil über alle inneren Angelegenheiten und auch noch dazu auf einem Gebiete, auf dem ich mir niemals angemacht habe mitzureden, auf dem juristischen Gebiet, — sein umfassender Geist stellt damit den meinigen in Schatten; ich aber bin seit 20 Jahren als Ministerpräsident und Kanzler genötigt, mich mit allen inneren Fragen zu beschäftigen, meine Unterschrift dazu zu geben und sie also, soviel ich Zeit hatte, zu prüfen; da möchte ich ihn doch um die Rücksicht bitten, daß auch meine gegen die seinige weit zurückstehende und von Hause aus geringer veranschlagte Befähigung durch diese zwanzigjährige Schulung und Disziplin eine gewisse Gewohnheit des Urtheils über diese Dinge erlangt hat, und daß ich sein Verdikt über meine Unfähigkeit, mit der ich geboren bin, ja vollständig annehme, aber doch durch mein Amt ein Menschenalter hindurch gezwungen gewesen bin, mich mit manchen Dingen auch im Innern vertraut zu machen; ich habe manches gehört, ich lese mit Nutzen (Heiterkeit), — kurz ich habe mich gezwungenerweise etwas vorgebildet, auch für die Beschäftigung mit der inneren Politik; ich bin auch durch meine Vergangenheit in der Lage gewesen, Landwirtschaft und Fabriken zu betreiben, ich habe die Welt von sehr vielen verschiedenen Seiten sehen können, von oben und aus der ländlichen Einsamkeit her, der Herr Abgeordnete kennt sie nur aus der Studierstube,

und ich möchte bitten, daß er mir geſtattet, auch wenn ich zu weiter nichts brauchbar bin, doch der Anwalt des praktiſchen Lebens bei ihm zu ſein. Grau, möchte ich ihm ſagen, iſt die Theorie, und grün allein des Lebens goldner Baum, unter dem ich meine Erfahrungen geſammelt habe. Außerdem kann niemand über ſein Vermögen und ſeine Kräfte hinaus; wenn ich unzulänglich bin, ſo ſchaffen Sie mir meinen Abſchied, aber „in Gnaden“, vom Kaiſer, dann laſſe ich Sie Ihre ganze innere Politik ſelbſt beſorgen. Es handelt ſich bei uns nur um Meliorationen, um keinen notwendigen Zwang der Aenderung. Die Meliorationen, die ich vorſchlage, wenn Sie ſie nicht wollen, wenn Sie keine Vollendung unſres Zollſystems wollen, wenn Sie keine Verbeſſerung der Armenpflege wollen, keine Erleichterung von Gemeindefaſten und von direkten Abgaben, wenn Sie die Zölle abſchaffen wollen und dafür die Klaſſenſteuern verdoppeln und verdreifachen, ſo thun Sie es doch, ich werde ſie hoffentlich bezahlen können und ich werde den status quo aushalten, ich mag Miniſter ſein oder nicht Miniſter ſein. Wenn Sie unſre Vorlagen ablehnen, ſo werden die Meliorationen, die die Reichsregierung nach dem Willen Seiner Majeſtät des Kaiſers anſtrebt, unterbleiben müſſen; dabei iſt von Tyrannie und Abſolutismus nicht die Rede; aber die Verantwortung dafür, daß dieſe Meliorationen unterbleiben, weiſe ich von mir ab, und meine ganze öffentliche Thätigkeit wird dahin gerichtet ſein, die Verantwortlichkeit dahin abzulenken, wohin ſie gehört. (Bravo! rechts.)

Der Abgeordnete Laſker erwiderte in perſönlicher Bemerkung: „Der Herr Reichskanzler hat unter Bezugnahme auf die Kölniſche Zeitung, welche mir ‚nahe ſtehe‘, wie er ſich ausdrückte, an-

genommen, ich hätte mir einen Ausdruck der Kölnischen Zeitung aneignen wollen, daß die Nation an Gütern und Ehren den Reichskanzler reich bedacht habe. Ich erkläre zunächst, daß ich in keiner Beziehung zur Kölnischen Zeitung stehe, und wenn der Herr Reichskanzler die politischen Verhältnisse genau kenne, würde er wissen, daß die Kölnische Zeitung vermutlich ihm viel näher steht als mir. Und sachlich wäre ich nicht imstande, jenen Satz mir anzueignen; es würde meinem Gefühl nicht entsprochen haben, an derartiges zu denken, als ich vom Danke der Nation sprach. Alsdann hat der Herr Reichskanzler in längerer Ausführung sich dagegen gewandt, daß ich ihm in Angelegenheiten der inneren Politik jedes Urteil abgesprochen hätte, und hieran anknüpfend hat der Herr Reichskanzler in humoristischer Weise seine Ueberlegenheit dargestellt. Ich habe weder jene Worte gebraucht, noch den untergelegten Sinn mit meinen Worten verbinden wollen."

Der Gesetzentwurf über den Hamburgischen Zollanschluß wurde zunächst an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

4. Ueber Wahlstatistik und Parteiverhältnisse.

29. November 1881.

In der 5. Reichstagsitzung am 29. November wandte sich bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern der deutschfreisinnige Abgeordnete Rickert gegen die Aeußerungen des Reichskanzlers (vgl. die vorige Rede) zur Wahlstatistik, welche das wunderbare Ergebnis habe, daß die einzigen, die aus der Wahlschlacht siegreich hervorgegangen, und zwar, wie der Herr Reichskanzler sagte, „mit dem gehobenen Gefühl der Anerkennung durch die Nation“, die Deutschkonservativen seien. Er, der Abgeordnete Rickert, bestreite nun die Authentizität der vom Reichsanzeiger und der offiziellen Presse gegebenen Wahlzahlen, welche vielmehr manche Unrichtigkeiten aufwiesen. Unter andern hätten die sogenannten Sezessionisten nicht 370 000, sondern 430 000 bis 450 000 Stimmen erhalten. „Beiläufig gesagt, wäre es gut, wenn dieser uns gegebene Spottname keinen Eingang in die Akten des Reichstages fände; wir sind liberale Männer, und heißen in den Akten des

Reichstages Mitglieder der liberalen Vereinigung. Ich möchte wohl, daß dieser vom Volke wenig verstandene Name nicht auch in unsre Diskussionen geworfen werde, und würde mir daher die höfliche Bitte erlauben, daß für uns hier wenigstens dieser Spottname nicht gelte." Während dieser Rede war der Reichskanzler in den Saal getreten und hatte seinen Platz am Tische des Bundesrats neben dem Staatssekretär v. Bötticher eingenommen. Der letztere führte darauf zunächst aus, daß die amtlich mitgetheilten Wahlzahlen des Reichsanzeigers auf Grund der Berechnungen des statistischen Amtes erfolgten; die Parteibezeichnung „Sezessionist“ sei in verschiedenen Publikationen von den Parteifreunden des Abgeordneten Rickert selbst angewendet worden. Hierauf nahm Fürst Bismarck das Wort:

Ich erlaube mir die Aeußerung meines Herrn Nachbarn noch in einem Punkte zu vervollständigen, in Anknüpfung an die wenigen Worte, die ich von der Aeußerung des Herrn Vorredners gehört habe. Derselbe zog die Authenticität des Reichsanzeigers in Zweifel. Das mag dahingestellt sein. Es handelt sich hier nicht um die, sondern, wie wir soeben gehört, um die Authenticität der Angaben der Wahlkommissarien, resp. des statistischen Bureaus. Er behauptete, daß die Partei, für welche er den Namen „Sezessionisten“ perhorresziert — ich habe aber nicht genau vernommen, wie die Herren eigentlich künftig genannt zu werden wünschen, ich bin gerne bereit, jeden Namen zu gebrauchen, — also er behauptet, daß seine Fraktion seinen Nachrichten zufolge über 400 000 Stimmen gehabt hätte und nicht 370 000. Meine Herren, ich bitte doch sich zu erinnern, daß ich gestern einmal gesagt habe: in Bezug auf die Details bis in die Einer hinein kann ich nicht einstehen, — ich habe runde Summen überhaupt gegeben; aber daß ich außerdem ausdrücklich bevormortet habe die Wahlen vom 27. Oktober. Es haben hundert Stichwahlen stattgefunden. In den

Stichwahlen befindet sich aber der Wähler in einer Zwangslage, er kann nicht frei für den Mann seiner Wahl stimmen, er ist genötigt, für einen von zweien zu stimmen, von denen ihm der eine weniger als der andre unlieb ist, aber vielleicht beide unlieb. Die Stichwahlen fälschen deshalb das ursprüngliche Bild der Stimmung der Gesamtheit der Wähler; ein solches kann nur entnommen werden aus der Wahl, die am 27. Oktober stattgefunden hat, und über die lautet die amtliche Ziffer, welche auf die Herren von der Partei des Herrn Redners gefallen ist, 370000. Sie ist nachher durch die Notlage der Wähler in den Stichwahlen auf 420000 gewachsen. Auch diese Statistik habe ich hier vollständig. Das ist aber etwas ganz andres, da haben eine Menge vielleicht für die Sezessionisten gestimmt, weil diese Partei ihnen noch vorzuziehen schien im Vergleich zu der andern, für die allein sie die Wahl hatten, aber durchaus nicht, weil sie von Hause aus dieser — freihändlerischen Partei, wie ich sie nach meiner Auffassung einmal nennen will, zugehan waren und für dieselbe gestimmt haben würden, wenn sie freie Wahl gehabt hätten.

Ich möchte Sie bitten, solche amtliche Angaben nicht so ohne weiteres anzuzweifeln und als der Verifikation bedürftig hinzustellen. Sie haben es mir im vorigen Jahre hier und in der Presse vorgeworfen, wenn ich die Amtsführung in verschiedenen Städteverwaltungen kritisiert und angezweifelt habe; aber von Ihnen werden doch auch die amtlichen Wahlkommissäre, die ihrerseits amtliche Berichte erstattet haben, so hingestellt, als ob ihre Nachrichten an und für sich verdächtig wären und nicht so ohne weiteres angenommen werden könnten, als ob das statistische Bureau eine politische Tendenz hätte, die

bei der Reichsstatistik nie vorgekommen ist, — bei andern Statistiken mag dies allerdings der Fall gewesen sein. (Hört, hört! links.) In die Reichsstatistik hat sich diese Neigung nie eingeschlichen, und ich bitte daher, bis auf weitere Feststellungen diese Angaben als amtliche anzunehmen und die amtlichen Leistungen bei der Reichsbehörde nicht in dieser Weise in Zweifel zu ziehen, ohne weitere Unterlagen dafür zu haben, als die Verdrießlichkeit über die Resultate. (Geiterkeit.)

5. „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt“;
 Fortschrittspartei — Hemmschuhpartei.

29. November 1881.

Der Abgeordnete *Rickert* bemerkt nach der vorstehenden Rede u. a.: „Der Herr Ministerpräsident beliebte uns mit einem andern Ausdruck zu bezeichnen: Die freihändlerische Partei — ich für meine Person lehne diesen Ausdruck gar nicht ab; es hat eine Zeit gegeben, in welcher der Herr Ministerpräsident als Vorkämpfer für unsre Freihandelspolitik mit Herrn von Minnigerode zusammen eingetreten ist, und wir sind nicht in der Lage gewesen, unsre Meinungen und Ueberzeugungen so schnell zu ändern. Wenn die Bitte, welche wir an Sie gerichtet haben, von dem Ausdruck „Sezessionisten“ Abstand zu nehmen, keinen Anklang findet — wir heißen im offiziellen Verzeichniß des Reichstages „liberale Vereinigung“ — so ist das Ihre Sache, ob Sie dieselbe erfüllen wollen oder nicht. Ich habe für jetzt nur noch den Wunsch, daß es uns ermöglicht werde, durch unser Bureau eine Unterlage für die Wahlstatistik zu schaffen, wie das preußische Abgeordnetenhaus es sich nicht hat nehmen lassen, eine solche durch sein Bureau aufstellen zu lassen. Ich habe kein Mißtrauen gegen die amtliche Statistik, sondern wünsche nur, daß uns die Möglichkeit der amtlichen Kontrolle gegeben

werde, und nehme an, daß es dem Herrn Reichskanzler nicht bekommen werde, uns diese Kontrolle zu versagen.“ Der Reichskanzler:

Ich kann nur die Versicherung wiederholen, daß dieses Material dem Reichstag vorgelegt werden und alles darüber mitgeteilt werden wird, was wir haben. Ich ergreife nur nochmals das Wort, um den Herrn Vorredner und den Reichstag darauf aufmerksam zu machen, daß selbst diese kurze inzidentelle Debatte nicht vorübergehen kann, ohne daß sie benutzt wird, um gegen mich persönlich (Lachen und Widerspruch links) und gegen meinen politischen Charakter Insinuationen zu richten. Sie haben eben gehört, der Herr Vorredner hat mir vorgehalten, er gehöre im Vergleich mit mir nicht zu den Leuten, die ihre Ueberzeugung rasch wechseln. Er hat gesagt, ich sei früher Freihändler gewesen; er macht mir den Vorwurf, daß ich meine Ueberzeugung mit leichtfertiger Schnelligkeit wechselte, — ist das etwa kein persönlicher Vorwurf? weshalb also diese unartikulierten Töne, mit denen Sie meine Beschwerden darüber soeben begrüßten? Der Vorwurf ist höchst persönlich und sachlich vollständig überflüssig. Es kommt nicht darauf an, was für eine Sorte Mensch ich bin, ob ich leichtfertig oder zuverlässig bin, es kommt darauf an, ob meine Vorlagen gute und richtige sind; die haben Sie zu prüfen. Ich muß aber seit zwanzig Jahren immer hören: „der Herr Ministerpräsident hat gesagt“. — Nun, mag er Unsinn geredet haben, es fragt sich immer nur, ob seine Vorlage gut ist; sachliche Diskussion ist beinahe nie gewesen. Es ist immer bei der Kritik meiner Person verblieben, bei dem Versuch, mich in Widerspruch zu bringen mit meiner Vergangenheit. Ich könnte dem Herrn

Vorredner darauf antworten: *delicta juventutis meae ne memineris!* denn es iſt ſchon lange her. Aber ich will lieber wiederholen, — waß ich in Bezug auf dieſen Punkt ſchon öfter geſagt habe, und waß damit endlich abgethan ſein könnte, ſo daß ich bitten darf, doch der Verſuchung zu widerſtehen, die Debatte immer wieder auf daß perſönliche Gebiet zu lenken und an mir ſelbſt herumzumäkeln und herumzunörgeln. Ich habe ſchon geſtern wiederholt, ich habe ſchon oft geſagt: ich bin die erſten fünfzehn Jahre meiner miniſteriellen Thätigkeit von der auswärtigen Politik abſorbiert geweſen und habe es gar nicht für meinen Beruf gehalten, mich um die innere Politik deß Reichs weſentlich zu bekümmern, auch nicht die Zeit dazu gehabt, ich habe angenommen, daß daß Innere in guten Händen wäre. Nachher bin ich, da mir die Hände, die ich für gut hielt, abhanden kamen, genötigt geweſen, mir die Sache ſelbſt anzusehen und habe gefunden, daß, wenn ich biß dahin in *verba magistri* geſchworen hatte, die thatſächlichen Reſultate den Vorausſetzungen nicht entſprechen, die unſrer Geſetzgebung zu Grunde gelegen hatten. Ich habe den Eindruck gehabt, daß wir unter dem ſeit 1865 eingeführten Freihandelſyſtem der Auszehrung verfielen (ſehr richtig! recht), die durch den Blutzuß der Fünfmilliardenkontribution einige Zeit aufgehalten wurde, und daß es notwendig ſei, hier eine Remedur eintreten zu laſſen. Meine Herren, ich will Ihnen wünſchen — Sie werden vielleicht einmal eine fortſchrittliche Regierung haben, — daß Sie dann Staatsmänner finden, die nie mit ſich ſelbſt in Widerſpruch getreten ſind, auch wenn Sie zwanzig Jahre weit zurückgreifen, und die mit einer übermenſchlichen Sicherheit und Weiſheit von Hauß aus vor zwanzig Jahren ſchon

erkannt haben, wie sie nach zwanzig Jahren über die Dinge, wie sie dann liegen, denken würden. Das würden aber eben Leute sein, die mit ihrer Zeit nicht fortgeschritten sind, die aus ihrer Zeit nichts gelernt haben, (sehr richtig! rechts) wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß die Fortschrittspartei — und die ihr nahe verwandte, für die ich immer die richtige Bezeichnung vergesse — ihren Namen des Fortschritts mit Unrecht trägt; die Reichspolitik schreitet fort, geht mit ihrer Zeit; die Fortschrittspartei würde eher den Namen Hemmschuhpartei verdienen (Heiterkeit), sie negiert, was die Regierung bringt, und bringt ihrerseits nichts, weil sie nichts weiß. (Bravo! rechts.)

6. Weitere Bemerkungen zu den Wahlen.

29. November 1881.

Der Abgeordnete Richter (Hagen) bezeichnete die letzten Worte des Reichskanzlers als „so allgemeine Redensarten“, die vielleicht vor den Wahlen einen gewissen Zweck gehabt haben möchten, auf welche aber nach denselben zu antworten eigentlich überflüssig wäre. Der Reichskanzler zuerst habe die Worte „Freihandel“ und „freihändlerisch“ in diese Frage hineinpointiert und dadurch die Aufmerksamkeit auf allgemeine Gesichtspunkte hingeleitet. . . . Er selbst, der Kanzler, gibt zu, sich früher nicht eingehend mit der wirtschaftlichen Frage beschäftigt zu haben. Hat er erst nach 1875 mit dem Studium derselben begonnen? (Fürst Bismarck: Ja!) Dann beweist gerade die rasche auffallende Wandlung der Ansichten, daß auch der Herr Reichskanzler einem Wechsel derselben unterworfen ist. Vielleicht ist es daher nicht vergeblich, von dem jetzt gut informierten an den in Zukunft noch besser zu informierenden Reichskanzler zu appellieren. . . .“ Was die Sache selbst betreffe, so seien die Schlüsse, welche der Reichskanzler namentlich zu Gunsten der Deutschkonservativen aus den Wahlen ge-

zogen habe, falsch. Denn er begehe den großen Irrtum, diejenigen Stimmen, etwa 30 000—40 000, welche das Zentrum gutmütigerweise in einigen Wahlkreisen den Deutschkonservativen zugewendet habe, nun den letzteren als direkten Zuwachs anzurechnen. Es komme das aber, wie gesagt, nur von der Gutmütigkeit der Zentrumsparthei, die beschlossen habe, in für sich selbst aussichtslosen Wahlkreisen von der Aufstellung eigener Kandidaturen Abstand zu nehmen. Der Hauptfehler in der Rechnung des Reichskanzlers liege darin, daß er seiner besten Truppe, der Freikonservativen, der Reichspartei, gar nicht gedacht habe. (Dieselbe hatte im ersten Wahlgange von 49 Wahlkreisen 24 verloren.) Die beiden konservativen Parteien aber seien so verwandt miteinander, daß sie sich in ihrer politischen Stellung dem Reichskanzler gegenüber nur unterschieden, wie Füsiliere und Musketiere in Bezug auf das Lederzeug. Was aber würde man sagen, wenn sich ein General nach einer Schlacht freue, daß er bei den Füsiliern wenig Verlust gehabt habe, während doch die Musketiere beinahe aufgerieben seien? Der Redner hat schließlich den Herrn Reichskanzler zur Vervollständigung seiner gestrigen Mitteilungen um Angabe der „Verlustlisten“ für die freikonservative Partei. Auf diese unverkennbar spöttische Anzapfung erwiderte der Reichskanzler:

Ich möchte zuvörderst, um auf meine Beschwerde von vorher zurückzukommen, an den Reichstag appellieren, ob in der eben gehörten Rede vom Anfang bis zum Ende — mit Ausnahme des Schlusses allenfalls — etwas anderes als eine Kritik meiner Person und ausdrückliche Absehung von dem Sachlichen, von dem wir reden, vorhanden war. Ich weiß wirklich gar nicht, wovon Sie reden werden, wenn ich plötzlich in einer Versenkung verschwinde. (Heiterkeit.) Dann bietet die Diskussion kein Objektiv; der Kugelfang, zu dem ich gewissermaßen diene, an dem jeder seine üble Laune ablagert in persönlicher Kritik gegen mich, fällt dann fort, und die Herren werden dann genötigt sein, aufeinander Feuer zu geben, wenn niemand mehr zwischen ihnen steht, während sie

sich jetzt an die Person des Reichskanzlers halten dafür, daß er nicht gerade bei der Fraktion des Redners Dienste nimmt. Die Vertretung sachlicher Vorlagen, die sachliche Vertretung der eignen Ansichten, der eignen Pläne, der eignen Ziele, kommt dabei ganz zu kurz. Man hat über die positiven Ziele, zu denen die Fortschrittspartei schließlich hinauskommen will bei dieser Art zu verfahren, niemals etwas erfahren; sie hat von Hause aus, wie es scheint, über keine Sache eine feste positive Meinung, über kein Ziel, das sie verfolgt, sondern sie bildet sich eine Meinung erst im Widerspruch gegen die der Regierung, — es ist immer die entgegengesetzte; wenn die Regierung ihre Meinung verschweigt, dann werden die Herren in einiger Verlegenheit sein, was für eine Meinung sie ihrerseits haben. Ich will nur konstatieren, daß auch diese Rede wieder vom Anfang bis zum Ende sich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt, und werde Gelegenheit nehmen, das noch öfter zu konstatieren, wo ich es wieder finde, daß die Aufgabe der Redner hier darin besteht, bloß weiter zu verfahren auf der Basis, die mir seit achtzehn Jahren in der Stimme des Herrn Professor Virchow vor den Ohren gegenwärtig ist: „Der Herr Ministerpräsident hat gesagt!“ Darauf basiert dann die ganze Rede. Nun gut! Sie werden unter Umständen einen Ministerpräsidenten oder einen Reichskanzler haben, der gar nichts sagt, und das wird vielleicht günstig sein, damit Sie sich weniger mit der Person beschäftigen.

Ich habe ausdrücklich gesagt: fünfzehn Jahre hat mich die auswärtige Politik absorbiert; die Ziffer des Jahres 1877, die ich genannt habe, habe ich aus Gründen, die mir bekannt sind, ausdrücklich als eine entscheidende, einen Abschnitt bildende betrachtet für meine

diplomatischen Aufgaben, aber zugleich als eine solche, wo mir die Not des Landes, das Ausblasen aller Hochöfen, das Zurückgehen des Lebensstandes, der Industrie, der Arbeiter, das Darniederlegen aller Geschäfte äußerlich so nahe trat, daß ich mich um diese Dinge bekümmern mußte. Wenn der Herr Vorredner meint, daß ich seit der Zeit, also in vier Jahren, darüber nicht so sehr viel gelernt haben könnte, so muß ich ja in meiner Bescheidenheit das zugeben, ihm gegenüber ebenso gut wie gestern dem Herrn Abgeordneten Lasker gegenüber, daß ich nicht die angeborene Sicherheit habe, alles von Hause aus zu wissen; aber mit vierjähriger ehrlicher Arbeit kann man, wenn man an der Spitze der Geschäfte steht, sich immer einige zutreffende Ansichten bilden, namentlich wenn man vorher fast lebenslang auch in der Mitte des praktischen Lebens gestanden hat, was von den Herren nicht gesagt werden kann, deren Lebensaufgabe es ist, ihre Meinung in Schrift und in der Presse und auf der Tribüne zwar zu vertreten, aber sie nicht dadurch zu berichtigen, daß sie selbst im Volke leben, — ich verstehe darunter, daß sie selbst produzierend mitwirken, daß sie die Leiden und Freuden des arbeitenden und produzierenden Volkes an sich selbst mitempfunden haben, — dabei erkennt man mehr als aus der bloßen Büchergelehrsamkeit, was dem Volke fehlt.

Der Herr Vorredner hat ferner den Wunsch ausgesprochen, die Wahlziffer der Freikonservativen zu kennen. Ich werde diesen Wunsch sofort erfüllen, berichtige aber doch zuerst die Tendenz meiner ganzen gestrigen Aeußerung, daß die Deutschkonservativen gewonnen haben. Das war ja nur eine beiläufige Bemerkung von mir, meine Hauptabsicht war nur, dem Selbstgefühl, welches

bei den Liberalen den Ausdruck fand in der Rede des Herrn Abgeordneten Lasfer: wir sprechen hier im Namen der Nation, wir vertreten die Nation, wir wissen, was die Nation will, ihr übrigen habt also stille zu sein, die Nation will dies und das — einen kleinen Dämpfer aufzusetzen, indem ich den Liberalen nachwies, daß sie 54 000 Stimmen verloren haben. Das werden auch die amtlichen Untersuchungen bestätigen in der Gesamtheit der Ziffern der Wahlen am 27. Oktober. Daß daneben die Freikonservativen ebenfalls verloren haben, thut mir außerordentlich leid, ändert aber nichts daran, daß die Liberalen in ihrer Gesamtheit auch verloren haben. Die deutsche Reichspartei hat in der Wahl von 1878 gehabt 785 000 Stimmen und in der Wahl vom 27. Oktober 347 000, sie ist also von 14 Prozent der Wählerschaft von 1878 auf 7 Prozent der Wählerschaft von 1881 zurückgegangen. Ja, meine Herren, das zeigt Ihnen nur, daß im parlamentarischen Leben die Mittelparteien auf der Defensive stehen und deshalb im Nachteil sind. Ja, im Festungskrieg — denn was ist das parlamentarische Leben anders als die Belagerung dieser Festung hier? — (Heiterkeit) sind die defensiven Parteien immer zuletzt im Verlust, wie bei jeder Festung von dem Ingenieur berechnet wird, wann sie kapitulieren wird müssen; — daß wir werden kapitulieren müssen, das ist nun glücklicherweise nicht der Fall, wegen der Fehler in der Belagerung (Heiterkeit); aber daß die Mittelparteien verlieren und die extremen gewinnen, lehrt die Geschichte überall. Die Leitung der liberalen Partei gleitet immer und überall mehr und mehr nach links hinüber und wird auch bei uns noch mehr nach links gleiten; es wird sich immer noch einer finden, der Herrn Richter noch überrichtet

und der dann die Führung haben wird, weil er sozusagen auf der Bank noch einen höheren Sprung ausführt, und so werden Sie allmählich dem sehr nahe kommen, was Sie mit so vieler Entrüstung von sich weisen: der Lösung der ganzen Entwicklung, die wir in Frankreich ja schon mehr als einmal erlebt haben und der Sie, wie ich gestern aus Ihrer Entrüstung ersehen habe, unbewußt entgegengehen, aber meines Erachtens unaufhaltsam zugleiten, der Lösung, die in Frankreich stattgefunden hat, weil die Mittelparteien allmählich ausgemerzt werden. Wenn z. B. die ganze parlamentarische Situation mehr nach rechts hinüberglitte, so wäre die größte Gefahr meines Erachtens, daß schließlich die Führung den extremen Rechten anheimfallen würde, wie wir das zuzeiten auch schon gehabt haben, also etwa denjenigen „Konservativen“, die ich auch, wie ich gestern sagte, in die Diasformation verweisen muß, die in einem mir früher nicht bekannten Blatte — ich glaube, es heißt „konservative Monatschrift“ — unter der Leitung eines Verwandten des früheren Kreuzzeitungsredakteurs Nathusius ihr Wesen treibt. Auch die würde, wenn die Konservativen in einer kämpfenden Opposition wären, allmählich die Führung erlangen als die extremste Partei. Es ist ein großer Schaden für die Zukunft des Reichs, für die Befestigung desselben, daß die beiden Mittelparteien, die freikonservative und die nationalliberale, so viel an ihrem Bestande verloren haben, so viel weiter links hin abgegeben haben; das kann ich als Reichskanzler und als Patriot nur bedauern. Wenn der Herr Vorredner angeführt hat, in der Zahl der Konservativen sei eine erhebliche Anzahl von Zentrumsstimmen mit eingegriffen, weil viele Gesinnungsgenossen des Zentrums

für die Deutschkonservativen gestimmt hätten, so mag das ja der Fall sein. Aber ich möchte fragen, — ich kenne die Transaktionen so genau nicht —: hat denn nicht auch eine erhebliche Anzahl Deutschkonservativer für die Zentrumsandidaten gestimmt? Es sind Transaktionen gemacht, die wahrscheinlich auf Gegenseitigkeit beruhen. Ich weiß nicht, wer besser dabei weggekommen ist, aber wahrscheinlich hätten die Transaktionen von einer Seite nicht stattgefunden, wenn diese Seite gefürchtet hätte, dabei zu kurz zu kommen. Es wird erlaubt sein, dies anzunehmen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß in den Stichwahlen manche Konservative für die Sozialdemokraten gestimmt hätten, so ist nach meinen statistischen Nachrichten von diesem Vorwurf jede Fraktion betroffen, keine ist ausgenommen, sie haben alle unter Umständen für Sozialdemokraten gestimmt, respektive deren Stimmen für sich in Empfang genommen. (Zuruf.) Ich habe darüber noch Aktenstücke, die ich noch vervollständigen werde, über die Natur der Geschäfte, die dabei gemacht sind in bestimmten Lokalen. Wir werden darüber weiter sprechen können.

Also die Wirkung meiner gestrigen Ausführungen in Bezug auf die Zifferangabe ist auch durch den Herrn Vorredner nicht mit Recht in Zweifel gestellt, wohl aber nehme ich Akt davon — und werde jede weitere Rede darüber wiederum kontrollieren —, daß er sich auch in dieser Rede lediglich mit meiner Person und nicht mit der Sache beschäftigt hat. (Bravo! rechts.)

7. Fürst Bismarck ein Monarchist, kein Absolutist.

29. November 1881.

Die Fortschrittspartei mochte den langwierigen Kampf noch nicht beendigen. Der Abgeordnete Dr. Hänel warf dem Reichskanzler vor, er habe wiederum den Angriff gegen die Fortschrittspartei und die Freihändler vom Zaune gebrochen, ohne daß ihm jemand Veranlassung dazu gegeben habe. „Wenn der Herr Reichskanzler diese Methode verfolgt, wenn wir sehen, wie sein mächtiger Einfluß auf die offiziellen und offiziellen Blätter wirksam ist, in welcher Weise er persönlich durch Briefe und Telegramme in das Parteigetriebe eingreift, wenn er auf Grund seiner Stellung nichts anders so scharf pointiert wie den bewußten oder unbewußten Republikanismus der Fortschrittspartei, wie die Schädigung, welche diese Fortschrittspartei dem Kaiser und Reich zugefügt — ja, meine Herren, dann muß ich einfach sagen: Aug' um Auge, Zahn um Zahn! . . . Wieder hat uns der Herr Reichskanzler eine schöne Prophezeiung gemacht: wir würden von Extrem zu Extrem getrieben und schließlich französische Zustände anbahnen, d. h. in Deutschland und Preußen die Republik zu begründen suchen. Diese Prophezeiung aber ist so alt wie der Gedanke des konstitutionellen Systems und von allen Feinden des letzteren stets gemacht worden. Jeder Absolutist, jeder Diktator, jeder Imperator, jeder großdastehende Staatsmann, der diktatorische Gelüste hat, hat behauptet, wie das konstitutionelle System im allgemeinen, so müsse auch notwendig seine Durchführung im einzelnen zum Republikanismus führen. Schon als der Freiherr vom Stein die Städteverordnung einführen wollte, waren es die Absolutisten, die Junker vom reinsten Wasser, welche erklärten: Das ist der reine Republikanismus, mit welchem die preußische Monarchie nicht bestehen kann. Dieser diktatorische Geist macht dem Herrn Reichskanzler jeden wahren Konstitutionalismus verdächtig, und niemals hat sich dieser diktatorische Geist klarer gezeigt als gestern. . . . Ich klage den Herrn Reichskanzler an, daß er es versucht, das Ohr des Monarchen andern Parteirichtungen zu verschließen. Das thut er, indem er durch seine Organe Angriffe gegen uns in Formen schleudert, welche beweisen, daß er gerade dieses und kein anderes Ziel verfolgt. Ich klage ihn an, daß er das Ohr des

Monarchen uns, den wahrhaft Liberalen verschließt, indem er dieselben einer Schätzung unterzieht und diese Schätzung öffentlich, sogar in diplomatischen Aktenstücken vertritt, die allerdings, wenn sie irgend wahr wäre, geeignet wäre, uns das Ohr des Monarchen zu entfremden, die aber in sich unwahr ist. Wir haben so gut wie jede andre Partei das Recht auf das Ohr des Monarchen, weil wir sicher sind, ausschließlich auf der Verfassung zu stehen, ausschließlich zu stehen — soweit das Gemütsleben hier in Betracht kommt — auf der Treue gegen unsern Kaiser!“ Reichskanzler Fürst Bismarck:

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Ansicht, daß die Fortschrittspartei unbewußt republikanischen Zielen entgegengleite, dieselbe irrtümliche Prophezeiung ausgesprochen hätte, wie sie zu jeder Zeit, wo sich das, was er „wahres konstitutionelles Leben“ nennt, entwickelt hatte, von seiten der Reaktion, des Absolutismus, ausgesprochen worden sei. Ich bin weder Reaktionsär, noch Absolutist, ich halte den Absolutismus für eine unmögliche Sache; aber ich halte mich an unsre geschriebenen Verfassungen, die wir in Deutschland und in Preußen besitzen, die mir genügen, die aber von dem parlamentarischen System, wie es dem Herrn Vorredner vorschwebt, nichts enthalten. Die preussische Verfassung behandelt die drei Faktoren der Gesetzgebung auf gleichen Fuß, nicht etwa die Regierung und die beiden Häuser, sondern den König und die beiden Häuser, und die Reichsverfassung gibt nicht der Reichsregierung, von der hier immer die Rede ist, sondern dem Kaiser ganz bestimmte Rechte. Die Politik, die da getrieben wird im Reiche, ist von mir als Reichskanzler zu verantworten, aber sie bleibt deshalb doch die Politik des Kaisers; ich vertrete die Politik des Kaisers, bin verantwortlich für dieselbe, und der sachliche Kampf gegen

die Politik des Kaiſers wird mich immer bereit finden, dieſe Vertretung zur Wahrheit zu machen und die Verantwortlichkeit für die Politik des Kaiſers zu übernehmen. Ihr Prinzip aber iſt inſofern nicht das monarchiſche, als dem, was der Herr Vorredner unter „wahrem Konſtitutionalismus“ verſteht, zur erſten Grundlage das kluge Wort dient, welches die engliſche Ariſtokratie nach der großen Revolution, um ihre Herrſchaft zu befeſtigen, erfunden hat: *the king can do no wrong*; dann kann der König aber gar nichts thun, wenn er kein Unrecht thun kann; den König mundtot zu machen, den König als eine Waffe für die Erhaltung der Herrſchaft der engliſchen Ariſtokratie zu ihrer Verfügung zu behalten, ihn zu ſequeſtrieren, das iſt der Sinn davon; ſeine Beziehungen zum Volk in ihrer Gewalt zu haben, ſie nicht zu ſtark und mächtig werden zu laſſen, ſich möglichſt zwiſchen König und Volk zu ſchieben, über ſeine Unterſchrift zu diſponieren, — denn die braucht das engliſche Volk, um zu gehorchen: noch heute glaubt es nicht, wenn nicht „Victoria“ darunter ſteht; die Unterſchrift iſt unentbehrlich. Das war vom Standpunkte der herrſchſüchtigen Ariſtokratie eine weiſe Einrichtung, daß ſie den König obſolet werden ließ, ſeine Unterſchrift aber zur Verfügung behielt. In England hat ſich dieſe Tradition entwickeln können; bei uns aber iſt es nicht möglich. Wir unterſcheiden uns von England dadurch, daß wir eine geſchriebene Verfaſſung haben, die ganz klar die Rechte des Königs und Kaiſers in Deutschland und Preußen, in Bayern und Sachſen, in Württemberg und in allen übrigen Staaten definiert, und daran allein habe ich mich zu halten. Danach muß ich erklären, daß ich auf dem Standpunkte durchaus nicht ſtehe, als ob der Kaiſer im

Deutschen Reich nicht zu seinem Volke sprechen dürfte, nicht zur Nation. Daß ich mich mit meiner Namensunterschrift als verantwortlich einstelle, daß ich bereit bin, die Meinung, die der Kaiser ausspricht, zu vertreten, das ändert an der Thatsache gar nichts, daß dies die berechnete, verfassungsmäßige Aeußerung des Kaisers ist. Es heißt in der Verfassung: der Kaiser macht Anordnungen und Verfügungen, und in solchen besteht eben die kaiserliche Politik im ganzen, und für diese habe ich die Verantwortlichkeit zu tragen und trage sie gern, weil meine Ueberzeugungen mit denen meines hohen Herrn durch langjähriges Zusammenleben und von Hause aus, schon vor dem Vereinigten Landtag von 1847, wesentlich zusammenfielen. Es bedurfte für mich nicht einmal des Gefühls des Unterthanen gegenüber seinem hundertjährig angestammten Herrscher, um mich dem kaiserlichen Gedanken zu beugen. Das Verhältnis ist durch die Verfassung das, daß die Politik des Kaisers nicht ins Leben treten kann, wenn der Kanzler nicht durch seine Kontratsignatur die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, also entweder sein Einverständnis oder seine Bereitwilligkeit, sie zu vertreten, aus andern Gründen, weil er es nicht für tanti hält, um deshalb dem kaiserlichen Willen zu widersprechen, dadurch dokumentiert. Wenn der Kaiser einen Kanzler hat, der das, was die kaiserliche Politik ist, nicht kontratsignieren will, so kann er ihn jeden Tag entlassen. Der Kaiser hat eine viel freiere Verfügung als der Kanzler, der von dem Willen des Kaisers abhängig ist. Der Kanzler kann ohne die kaiserliche Genehmigung keinen Schritt thun, und wenn er einen Schritt thäte, so würde er nach unsern dienstlichen Begriffen eine Art Prävarikation treiben, eine Art Mißbrauch des Amts,

indem er der Kenntniß des Kaiſers etwas entzieht, um eine von der kaiſerlichen unabhängige Politik zu üben. Das würde bei uns dienſtlich bis zu dem Grade gemißbilligt werden, daß es bei den ſtrengen Anſichten des Kaiſers vielleicht die Entlaſſung des Kanzlers nach ſich ziehen würde. Also während der Kaiſer eine freie Bewegung in der Politik hat, indem er den Kanzler wechſeln und die monarchiſche Autorität ihm gegenüber eintreten laſſen kann, namentlich wenn ein Kanzler etwa lebhaft an ſeinem Poſten hängen ſollte, kann der Kanzler ſeinerſeits auch nicht einen einzigen Schritt thun, kann ich hier keine Meinung vertreten, für die ich nicht des Einverſtändniſſes Seiner Majestät ſicher bin oder es vorher eingeholt habe. Ich kann keinen Antrag einbringen, für den ich nicht die kaiſerliche Unterſchrift habe; und wenn Sie glauben, daß dieſe Unterſchrift immer leicht zu haben iſt, ſo ſind Sie in einem großen Irrtum. Ich vertrete die kaiſerliche Politik, und ich bin bei den vielen Aeußerungen, die über die kaiſerliche Botſchaft gefallen ſind, nicht zum Wort gekommen, deſhalb konſtatire ich erſt hier meine Ueberzeugung: es wird Ihnen nicht gelingen, dem Kaiſer Wilhelm im Deutſchen Reich zu verbieten, daß er zu ſeinem Volke ſpricht. Den Kaiſer Wilhelm nach zwanzig Jahren unſrer Geſchichte mundtot zu machen, — das iſt ein ganz vergebliches Beginnen. Wie wollen Sie dem Monarchen, der auf ſeine Verantwortung und Gefahr die große nationale Politik gemacht hat, die Möglichkeit abſchneiden, eine eigne Ueberzeugung zu haben und, wenn er ſie hat, ſie auszusprechen; wie wollen Sie einem Könige verbieten, über die Geſchicke des Landes, welches er regiert, eine eigene Meinung zu haben und ſie zu äußern! Wenn die andre Anſicht richtig

wäre, so wäre es gleichgültig, wer regierte. Wo kommt es denn in Preußen her, daß die Regierung des hochseligen Königs nach ganz andern Prinzipien geleitet wurde als die des jetzigen, wenn nicht eine königliche, eine monarchische Politik der ganzen Sache erst den Trieb und Stempel aufdrückte? In demselben Sinne will ich gleich eine meiner Notizen antizipieren, die ich mir gemacht habe erst am Ende der Rede des Herrn Vorredners. Er sagt, der Monarch ist der feste Punkt. Nun, meine Herren, glauben Sie doch nicht, daß ich Ihnen diene! Ich diene dem Kaiser, dem festen Punkt, den Sie anerkennen; das ist das Motiv, welches mich 1862 unter sehr schwierigen Verhältnissen, unter großen Bedrohungen meiner persönlichen Sicherheit, meines Vermögens — ich meine gesetzlichen Bedrohungen — in den Dienst gezogen hat, daß ich sah, mein angestammter Herr brauchte einen Diener, und fand ihn nicht; da habe ich gesagt: hier bin ich. (Bravo! rechts.) Ich fand keinen, der es mir vormachen wollte, und sehr wenige, die es mit mir haben versuchen wollen. Es ist dasselbe Prinzip der angeborenen Unterthanen- und Vasallentreue und Dienstbereitschaft, die mich vor zwanzig Jahren bewog, alle übrigen Rücksichten beiseite zu lassen und dem König mich zu Diensten zu stellen. Das ist auch noch heute die Basis meiner Politik. Diese Gesinnung — ich hoffe nicht, daß sie mit mir ausstirbt, aber so lange ich lebe, wird es einen Royalisten und einen sicheren Diener des Kaisers geben. (Bravo! rechts.) Der Herr Vorredner sagt, ich hätte dem Volk das Ohr des Kaisers verschlossen. Glauben Sie doch nicht, daß der Kaiser ein Mann ist, der sich die Ohren zuhalten läßt von einem andern; der Kaiser kennt vollkommen die Situation, kennt vollkommen

die Gefahren, die ihm von der extremen Entwicklung des Liberalismus drohen; er hat mit zu offenen Augen die 85 Jahre seines Lebens die Verhältnisse beobachtet. Wäre aber die Möglichkeit vorhanden, daß Sie das Ohr des Kaisers finden könnten mit Gedanken, die ich für gefährlich halte für die Monarchie, so wäre es meine Pflicht, Sie daran nach Möglichkeit zu verhindern. Ich wüßte aber nicht, wie ich es anstellen könnte; sollte ich Seiner Majestät die Zeitungen vorenthalten? Außerdem, meine Herren, haben Sie ja das große Sprachrohr hier; warum, — wie der Herr Abgeordnete Windthorst mit Recht sagte — anstatt meine Person zu kritisieren, stellen die Herren denn nicht Anträge öffentlich? Sie könnten eine Adresse an Seine Majestät beantragen, Sie könnten einen Antrag hier einbringen, der Kaiser möge diesen unheilvollen Kanzler, der seine, des Kaisers, Ohren dem Volke verschließt, entlassen. Ich will den Antrag mit Vergnügen befördern; will einer der Herren eine Adresse einreichen, ich will sein Introdукteur sein, Sie sollen meiner Unterstützung nicht entbehren, wenn Sie glauben, daß der Kaiser die Wahrheit nicht erfährt. Ja, in der öffentlichen Presse da macht sich das ganz schön: „das Ohr des Kaisers dem Volke zu verschließen“. Ich habe allerlei Reminiscenzen aus der Zeit der ersten revolutionären Bewegungen im Jahre 1830 und 1848; da schwirrte es mir vor den Ohren, daß die Minister angeklagt wurden, daß sie dem Volke „das Ohr des Monarchen verschlössen“. Das sind Dinge, die ich als Student erlebte; ich habe sie auch in späterer Zeit, 1848, gehört. Meine Herren, das gehört in unsre Zeit wirklich nicht mehr hinein, das sind unpraktische Worte, die keinen Wert mehr haben (Heiterkeit), so lange Sie nicht

entsprechende Anträge hier, wo Sie dazu berechtigt sind, ausdrücklich stellen, die Ihrer Meinung Ausdruck geben. Der Kaiser liest die Verhandlungen, — da reden Sie doch nicht davon, daß ich dem Kaiser das Ohr verschließe; so weit reicht meine Macht nicht.

Der Herr Vorredner erklärte jene Prophezeiungen bezüglich des Nachlinksgleitens in immer beschleunigterem Tempo, die früher wohl ausgesprochen sind, für falsch. Ja, dem Herrn Vorredner kann doch nach seiner Stellung zur Universität und zur Wissenschaft unmöglich unbekannt sein, wo diese Prophezeiungen sich auf das glänzendste bewahrheitet haben: es sind stets die Girondins gewesen, die den Staatswagen bis an den Rand des Abgrundes schoben, sie haben überall die konstitutionelle Entwicklung fördern wollen in demjenigen liberalen humanen Sinne, wie es dem Herrn Vorredner vorschweben mag, sind aber schließlich immer über ihr Ziel hinaus geraten. Es sind immer Leute gewesen, die sich beispielsweise auf einen Potsdamer Zug gesetzt haben, während sie nur bis Kohlhasenbrück wollten, und denen der Schaffner sagt: der Zug hält da niemals; so meinen sie: er hat bisher da zwar nie gehalten, wird aber vielleicht heute da halten. So werden sie nicht nach Kohlhasenbrück gelangen, sondern darüber hinaus nach Potsdam. So ist es auch in der Politik; der Liberalismus gerät immer weiter, als seine Träger wollen. Sie können die Wucht von 40 Millionen, einmal in Bewegung, nicht anhalten, wo Sie wollen. So ist es in Frankreich gegangen. Ist denn nicht in Frankreich eine erbliche, tausendjährige, solid erbaute Monarchie mit manchmal sehr verständigen Verfassungen, die das Ergebnis von 1789 und später waren, vorhanden gewesen mit allen möglichen Sorten der

Monarchie, mit dem Kaiſertum, mit der Reſtauration? Iſt der Weg aber nicht unaufhaltſam an der Hand der äußerſten konſtitutionellen Linken in die republikaniſche Bahn geglitten? Und haben Sie irgend welche Vorauſſicht, daß in nächſter Zeit eine Monarchie dort wieder möglich ſein werde? und halten Sie das Untergehen einer erblichen, angeſtammten Monarchie für das franzöſiſche Land und das franzöſiſche Volk nicht für ein Unglück? Ich weiß nicht, ob Sie es thun. Ich halte es dafür.

In andern Ländern, außer Frankreich, haben wir allerdings das gleiche geſchichtliche Experiment, ich möchte ſagen die konſtante Praxis der Vorſehung, nicht in gleichem Maße ſich verwirklichen ſehen, weil nicht alle Länder ſo ſelbſtändig und unbeeinflußt ſich entwickeln, wie Frankreich. Nehmen Sie unſre beiden kleineren Nachbarſtaaten Belgien und Holland. Ja, wenn dieſe von der Größe Frankreichs wären, von gleicher Selbſtändigkeit in ihrer politiſchen Entwicklung, dann weiß ich nicht, ob ſie noch innerhalb des Stadiums der Monarchie ſich befinden würden. Nehmen Sie Italien: haben wir da nicht die Republik vorübergehend teilweise — ich weiß nicht ob im Einverſtändniß der Geſamtheit — ſchon gehabt? Jedenfalls ſpukt ſie in vielen Köpfen, und man iſt dort dem deutſchen Fortſchritt ſchon voraus. Können Sie irgend welche Garantie für die Zukunft übernehmen, namentlich wenn Gott die Dynaſtie, die auf wenigen Augen ſteht, nicht im Leben erhielt? ſind Sie gewiß, daß die Prophezeiungen, die der Herr Borredner für falſch erklärt, dann ſich dort nicht verwirklichen könnten? Das iſt unmöglich vorherzuſagen. Iſt der Weg, den Italien ſeit zwanzig Jahren gegen dieſes Ziel hin zurückgelegt hat,

nicht erkennbar, und ist nicht der Endpunkt — ich will nicht behaupten, daß es ihn erreicht — ist dieser Endpunkt nicht erkennbar? Ist dort nicht von Ministerium zu Ministerium der Schwerpunkt immer mehr nach links geglitten, so daß er, ohne ins republikanische Gebiet zu fallen, nicht mehr weiter nach links gleiten kann? Haben Sie nicht in Spanien temporär die Republik gehabt, ja sogar verschiedene Arten von Republiken, die sich unter einander bekämpften? Haben Sie denn nicht in Deutschland, in Baden, sobald der Fortschritt sich selbst überlassen war, und so lange der preussische Militarismus dem nicht einen Damm entgegensezte, — haben Sie nicht in Baden zur Zeit von Struve und Hecker dieselbe Bereitwilligkeit gesehen, die liberalste Monarchie über Bord zu werfen und die Republik zu proklamieren?

Also so ganz windig und unberechtigt sind die Prophezeiungen, die der Herr Vorredner in seinem Ton der sichersten Ueberzeugung als frivol und unhaltbar hinstellte, doch nicht. Die Geschichte spricht für mich. Die Doktrinäre der Wissenschaft hat sich durch den Mund des Vorredners gegen mich geäußert. Ich halte mich an die Geschichte. Und, meine Herren, über diese Dinge — ich kann Ihnen ja das nicht beweisen, ich bin auch nicht hier, um in die Beweisführung einzutreten, sondern um Zeugnis zu geben; ich lege Zeugnis für meine Meinung ab. Ich bin in einer Stellung, wo ich beobachten kann, ich habe wenigstens in der auswärtigen Politik, wie Sie mir zugestanden haben, zwanzig Jahre lang den Beweis geliefert, daß meine Augen nicht ganz blind sind für die Eventualitäten, denen die Geschichte uns entgegenführen kann. Also mit dem Gewicht meiner Erfahrung und Stellung spreche ich als Zeuge mich dahin aus, daß meiner

Ueberzeugung nach die Politik der Fortschrittspartei uns der Republik langsam näher führt, — nicht die jetzigen Herren, ich bin weit entfernt, die Herren dessen zu beschuldigen, ich glaube, sie bleiben der Monarchie treu; aber die Stellung, die sie sich für Minister denken, ist nicht die Art Stellung, die die Monarchie von ihren Ministern verlangt und verlangen muß, wenn sie bestehen will. Darum zweifle ich Ihren aufrichtigen Willen, die konstitutionelle Monarchie in ihren äußersten liberalen Grenzen zu verwirklichen, noch in keiner Weise an; ich glaube nur, Sie beherzigen die Lehren der Geschichte nicht, Sie drücken die Augen denselben gegenüber zu; Sie werden nicht imstande sein, die Maschine aufzuhalten, wenn sie da angekommen ist, wohin Sie sie geleitet haben, — der Weg wird abschüssig, und Sie sind nicht imstande, der gewaltigen Last von 45 Millionen auf Kommando Halt zu gebieten, — das können Sie nicht, es wird Sie überwältigen und fortreißen. Es wird, wie ich hoffe, so nicht kommen, — es könnte aber sein, ich spreche nur das Ergebnis meiner politischen Erfahrung und Beobachtung aus, — dazu bin ich berechtigt, es kann ein irrtümliches sein, aber es ist meine Ueberzeugung.

Dann hat der Herr Vorredner auch wieder Worte der Kritik meiner Persönlichkeit und meiner Bestrebungen gesprochen — es ist also, wenn ich nicht irre, die Rede Numero 4, die ich in meine Sammlung aufnehmen kann —, indem er mich anklagte, daß ich eine Diktatur anstrebte oder übte. Ich habe gestern schon gesagt: für Sie, meine Herren, ist Nicht herrschen immer schon Unterdrückung durch eine Diktatur, und wenn ich mich darauf beschränke, Vorlagen zu machen, die Ihnen nicht gefallen, heißt es Diktatur. Wenn ich von meiner Zunge denselben

Gebrauch mache, wie Sie, und meine Meinung auch verteidige, welche der Ihrigen widerspricht, so heißt es Diktatur. Das heißt doch mit andern Worten: wer nicht will, was wir wollen, ist ein Diktator, der alle freie Ueberzeugung unterdrückt, denn wir allein besitzen das Monopol der freien Ueberzeugung, und unsre Ueberzeugung nicht anerkennen, sich unsrer Herrschaft nicht unterwerfen, das ist Diktatur. Ja, womit soll ich mich denn beschäftigen, wenn ich Ihnen keine Vorlagen mache? Müssen die immer gerade so beschaffen sein, wie es Ihnen gefällt? Ich habe neulich noch im kleineren Kreise eine Reminiscenz aus meinem Leben erzählt, daß ein wigiger alter Herr, der Baron Rothschild in Paris, von einem Geschäftsfreunde gefragt wurde: Herr Baron, was denken Sie über amerikanische Häute? Rothschild drehte sich um und sagte über die Schulter: Herr Meyer, was ist meine Meinung über amerikanische Häute? Soll ich nun vielleicht auch, wenn ich Steuervorlagen mache, fragen: Herr Bamberger, was ist meine Ansicht über Zölle? (Heiterkeit.) Das können Sie nicht von mir verlangen, ich kann nur meiner Meinung Ausdruck geben, und wenn Sie einen Kanzler brauchen, der gar keine hat, — ja, meine Herren, Sie können ja die Entwicklung der Geschäfte zur vollständigen Stagnation bringen, Sie brauchen nur zu allem Nein zu sagen; gut, dann wird die Regierung sich auf die Vorlage des Budgets beschränken können, und wenn wir das Budget vereinbart haben, werden wir nicht weiter zusammen kommen und lassen dem Reichstage Ruhe bis zum Februar 1883; dann wird eben Ruhe, Sie werden gar keinen Streit haben, Sie werden nicht den Verdruß haben, daß ich vor Ihnen hier abweichende Meinungen entwickle, es wird eben eine Stagnation in

den Reichsgeschäften eintreten. Ob das für die Entwicklung des Reichs nützlich ist, das überlasse ich Ihnen, — meiner Gesundheit wird es jedenfalls nützlich sein.

Der Herr Vorredner hat mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich nicht die Parteien zu nützen wüßte zum Heil des Ganzen, — ich glaube, er sagte, die großen Strömungen in der öffentlichen Meinung oder in den Fraktionen nicht zu pflegen wüßte, in der Nation, die großen Strömungen. Ja, meine Herren, ich sehe von diesen großen Strömungen nichts, ich sehe nur eine Masse von kleineren. Eine große kann ich nur eine solche nennen, die das Maß einer Majorität überschreitet. Ich sehe, glaube ich, acht oder zehn größere oder kleinere Fraktionen: Sie haben da die Konservativen, die Freikonservativen, Sie haben das Zentrum, Sie haben die Nationalliberalen, Sie haben die Partei, die der Herr Abgeordnete Windthorst nicht liberal nennen wollte (Heiterkeit), Sie haben den Fortschritt, — dies sind sechs, Sie haben dann eine recht beträchtliche Zugabe noch, die bei diesen schwankenden Majoritäten die Zunge der Wage in der Hand halten: da sind die Polen, das sind sieben; da sind die Elsäßer — das sind acht. Wir haben das aufgehende Gestirn der Volkspartei noch nicht erwähnt — die könnte man sehr wohl als die neunte ansehen —, und die Sozialdemokratie, die recht stark ist und jeder einzelnen liberalen Fraktion die Wage hält, das wäre die zehnte. — Wie soll ich denn diese großen Strömungen nun pflegen? Ja, der Anspruch steht mir wohl gegenüber, und ich bin ja nicht kurzsichtig genug, um den nicht zu erkennen. Die stärkeren Fraktionen stellen an mich den Anspruch, ich soll ihnen nicht nur meine Person, sondern das kaiserliche Gewicht zur

Verfügung stellen für ihre Fraktionszwecke, dann würden sie wohl auskommen können und mit mir zusammen wirtschaften. Ja, wenn das meine Ueberzeugung wäre, wenn meine Ueberzeugung mit einer dieser Fraktionen vollständig übereinstimmte, so würde ich mich gern der Fraktion anschließen und würde aus meinem Herzen keine Mördergrube machen, vorausgesetzt, daß ich voraussähe, mit dieser Fraktion kann ich mein Jahrhundert in die Schranken fordern, und die ist stark genug, um das Deutsche Reich mit ihrer Hilfe zu festigen, auszubilden, zu regieren. Wo ist denn aber die Fraktion, an deren Spitze, oder, wie Sie sagen würden, in deren Gefolge ich dies leisten könnte? Zeigen Sie mir die, und dann will ich sie als große Strömung behandeln, ich würde sie studieren und mit ihr in Beziehung treten. Jetzt ist mir aber die schwierige Aufgabe zu teil geworden, zwischen allen Parteien, die sich gegenseitig ohne Sieg bekämpfen bis aufs Blut, zu balancieren und zu laviieren und die Regierung in solcher Lage, ohne besondere Krisen, so lange zu führen, wie ich sie geführt habe. Das ist eine Leistung, der Sie Anerkennung zollen sollten. Ich habe schon vor recht langer Zeit, im Jahre 1847 auf dem Vereinigten Landtage, einmal meine Ueberzeugung ausgesprochen, daß das englische System der Majoritätsregierung ein ganz zweckmäßiges sei, so lange es nur Whigs und Tories, so lange es nur zwei Fraktionen in der Hauptsache gegeben habe, die untereinander abzählen, wer die Majorität hat, und sobald abgezählt ist, heißt es „Ablösung vor“, und das Ministerium geht ab, und das andre tritt vor. Das spielt sich leicht ab und ist, was die Franzosen nennen „le jeu de nos institutions“. Ich habe schon gesagt im Jahre 1847, warten wir ab,

bis wir verschiedene Parteien in England haben. Schon wenn Sie drei Parteien haben, ist das Rezept nicht mehr durchführbar; wenn Sie aber fünf haben, wie sie eine Zeitlang bestanden haben, so wird es ganz unmöglich; ich sagte damals, dann sind nur Koalitionsministerien möglich; solchen sind dann weite Gebiete der Politik, die der Regelung bedürfen, zu betreten verboten, weil auf ihnen die Koalition sich löst. Solche Koalitionsregierungen sind also notwendig schwache. Bei uns aber liegt eine Notwendigkeit dafür nicht vor, weil es ganz unmöglich ist, eine Majorität zu bilden; auch die Koalition würde dazu nicht führen. Sie glauben vielleicht, durch Neuwahlen, wenn also ein liberales Ministerium jetzt ans Ruder käme und auflöste und mit dem ganzen Hochdruck des Einflusses der Wahltechnik, deren Geheimnis die Herren besitzen, nun auf die Wahlen wirkte, daß Sie dann eine volle und große liberale Majorität haben würden. Es ist ja möglich. Sie haben den Beweis aber noch nicht geliefert, und ich glaube, Sie überschätzen den Regierungseinfluß. Die Herren sind darin im Irrtum: Wenn einige aus ihrer Mitte Minister würden, so würden sie zunächst den Widerstand derjenigen ihrer eignen Fraktion, die nicht Minister geworden sind, zu bekämpfen haben. Sie irren sich, wenn Sie glauben, daß Sie die Majorität, wenn Sie dieselbe überhaupt erreichen, was ich nicht glaube — die Maschine ist dazu nicht stark genug — wenn Sie im Volk Majorität erreichten, so würden Sie dieselbe doch nur so lange besitzen, wie Sie in der Opposition sind; Sie würden mit derselben das Ministerium, so lange es sich dazu hergiebt, bedrücken und beeinflussen können, das ist ja wohl möglich. Aber sobald Sie Minister werden, würden diejenigen von Ihnen

die Minister geworden sind, sofort mit der nota levis oder mehr behaftet werden, die nach dem Begriffe eines deutschen Liberalen jedem Minister anklebt. (Widerspruch links.) Ihre bisherigen Genossen würden es für Schmach halten, eine ministerielle Partei zu sein; sie würden von der Unmöglichkeit, eigne Ueberzeugung aufzugeben, reden, von Byzantinismus, Adulation, — was ist da alles zu hören gewesen, — das würde sofort in der eignen Partei ihren alten Führern der Bruder dem Bruder vorwerfen. Die Meinung, daß ein Parteiführer glaubt, er könne seine Fraktion als Minister mit in die Regierung nehmen, und sie werde ihn auch da unterstützen, ist eine ganz irrtümliche, und wer das glaubt, der kennt die Deutschen nicht, und mag er achtzig Jahre alt sein. Ich habe darüber meine Erfahrung, da ich mit allen Fraktionen über das Thema in Kampf gewesen bin. Wenn ich mit zehn Fraktionen und in den schwierigsten Verhältnissen, häufig mit Sturm und Wind, so lange zu kämpfen gehabt habe, und wenn ich da die Regierung zwischen zehn Fraktionen im Kampf habe führen können, ohne daß es zu weiteren Zwistigkeiten als zum Auswechseln böser Worte gekommen ist, meine Herren, das hat man mir wenig gedankt. Es war das eine angreifende Arbeit. Diese hätte ich aber nicht leisten können, wenn ich mich einer Fraktion so zu Diensten hätte geben wollen, wie es ab und zu von der einen wie von der andern beansprucht worden ist. Denn der Anschluß an die eine Fraktion involviert den Bruch mit der andern, und die Schmach, ministeriell zu sein, wird jedem vorgeworfen, der mit dem Minister stimmt. Dieses Vorurteil findet ja auch an meinen besten und nächsten Freunden in der konservativen Partei, der mein eigener Bruder angehört

und meine nächsten Verwandten angehören, vollen Anklang; sie sagen mir: glaube doch nicht, daß wir ministeriell seien, eine solch demütigende Meinung von uns muß man nicht haben, wir sind unabhängige Leute, die eine eigne Meinung haben. Wo es für eine Schande gilt, ministeriell zu sein, da ist eine konstitutionelle Regierung eine vollständige Unmöglichkeit. Ich habe oft Engländer gesprochen, die dem Parlament angehörten, und die mir sagten in Bezug auf irgend eine bestimmte Maßregel: ich halte diese Maßregel für thöricht, für gefährlich und für unglücklich, aber der Minister, der die Partei führt, der Führer der Partei hat es gewollt, er muß die Verantwortung dafür übernehmen, — ich glaube, er begeht eine Thorheit. Ja, meine Herren, zu dieser Entfagung werden Sie den deutschen Partikularismus, der sich in dynastischen Ländern, in Reichsdörfern wie in Reichsstädten, in Häusern, in Farben, in Fraktionen verkörpert oder Dorf gegen Dorf abschachtelt, wo jeder in seiner stolzen Unabhängigkeit allein die Meinung sich nach seinem Kopfe bildet, — dazu werden Sie es bei uns nie bringen, und deshalb glaube ich, daß wir nicht zu der Regierungsform, die dem Herrn Abgeordneten Hänel vorschwebt, befähigt sind. Ich habe in allen diesen Kämpfen nur eine einzige Magnetnadel gehabt, die mich leitete. Das war das: was ich in jedem Falle für das Reichsinteresse erkannte, das habe ich vertreten, mochte die Fraktion, die ich dabei bekämpfen mußte, mir nahe stehen oder nicht; eine andre Aufgabe kann ich mir auch künftig nicht stellen. Daß ich dabei meine Position habe wechseln müssen, war natürlich; das lag aber nicht an einem Wechsel meiner Ueberzeugungen, sondern an der Notwendigkeit, zu thun, was unter so oder so veränderten

Umständen für das Reich zu thun war. Die Versatilität lag auf der Seite der Fraktionen, nicht bei mir; sie sind alle allmählich weiter nach links geglitten, so daß sie mit dem, womit sie im Jahre 1866 noch zufrieden waren, heute nicht mehr zufrieden sind, sie verlangen heute mehr. Seitdem haben wir einen weiten Weg zurückgelegt. Sie haben jede einzeln den Punkt, bis zu dem ich mit ihnen gehen konnte, überschritten, und jetzt suche ich zu hemmen und zu halten. Es liegt also die Versatilität nicht an mir, sondern an den Fraktionen. Denken Sie zurück, was war früher Liberalismus? Zu den Zeiten, wo wir alle schon im Parlamente waren, da waren Fraktionen wie Camphausen und Beseler, die sogenannten Altliberalen, schon der schärfste Ausdruck der Opposition, vor deren Blick jeder Minister, der zu den Höflingen der Majorität gehörte, den seinigen niederschlug. Wo ist die Herrlichkeit geblieben? Jetzt gelten die Altliberalen für Reaktionäre, für einen überwundenen Standpunkt der großen liberalen Partei gegenüber, und so werden hinter dieser immer wieder neue Größen aufstauen, die das, was Sie, meine Herren, schließlich als Aeußerstes erreicht haben, als Ausgangspunkt für neue Forderungsbestrebungen betrachten. Das können Sie nicht ändern, und deshalb seien Sie doch mit dem Vorwurf, daß ich veränderlich in meiner Ueberzeugung wäre, etwas sparsamer. Es kommt mir das gerade so vor, als wenn man meinem verehrten Freunde, dem Grafen von Moltke, hier vorwerfen wollte: warum haben Sie nicht in der Schlacht von Sedan dasselbe Manöver wie in der Schlacht von Mars la Tour ausgeführt? Das ist auch eine Inkonsequenz, die man von einem so einsichtigen Strategiker nicht erwartete. Er wird sagen: der Fall lag eben anders,

der Feind stand anders, er schoß mit andrem Material. So ist es auch bei mir, verlangen Sie von mir keine Konsequenzmacherei, sondern ich führe die Regierung nach meiner Ueberzeugung, die immer auf seiten des Reichs und nie auf der Seite einer Fraktion stehen wird. (Bravo! rechts.)

Nach verschiedenen Bemerkungen mehrerer Abgeordneter, namentlich des Abgeordneten Richter, welcher den Ausdruck vom „Hausmeiertum des Reichskanzlers“ wiederholte, das aber nicht aufgenommen würde, wurde diese Debatte endlich geschlossen und das Kapitel des Stats, an welches sie sich geknüpft hatte: Gehalt eines Direktors im Auswärtigen Amt, bewilligt.

8. Die Beziehungen des Reiches zum römischen Stuhl.

30. November 1881.

Bei der Beratung des Stats für das Auswärtige Amt am 30. November 1881 stellte der Abgeordnete Virchow an den Reichskanzler eine Anfrage über das Verhältnis der Verhandlungen mit Rom. Mit Vergnügen sähe man, daß der Herr Reichskanzler den Frieden nicht bloß in Europa, sondern in der Welt im allgemeinen fördere, eine lebhafte Unruhe bestehe für die Zukunft gegenwärtig nur über einen Punkt, und es scheine ihm, dem Abgeordneten Virchow, im Interesse des Landes zu liegen, wenn der Herr Reichskanzler, in Beziehung auf das, was die Stellung des Papsttums und den Papst speziell betreffe, einiges mitteilen wollte. Fürst Bismarck erteilte hierauf folgende Auskunft:

In dem Budget, über das wir diskutieren, befindet sich eine Position, welche zu einer Interpellation über Beziehungen des Reichs zum Papst Anlaß geben könnte, nicht. Ich kann jedoch dessenungeachtet die Anfrage des Herrn Vorredners dahin beantworten, daß Verhand-

lungen des Deutschen Reichs mit dem römischen Stuhl überhaupt nicht stattfinden. Ich kann seine Ansicht nicht teilen, daß es dem Lande oder dem Reiche nützlich wäre, die Beziehungen, in denen beispielsweise das Königreich Preußen, auch andre Bundesstaaten, zu Rom steht, hier zum Gegenstand der Diskussion zu machen. Die konfessionellen Fragen gehören nicht zu den unter Art. 4 der Reichsverfassung aufgeführten, und ich halte es für nützlich, den Streit darüber auf diejenigen Grenzen zu beschränken, in die er sachlich möglicherweise eingegrenzt werden kann. Die Beziehungen, die dem Herrn Vordredner vorschweben, sind wohl nicht die des Reichs, sondern die Preußens, und ich wäre gern bereit, näher auf die Frage einzugehen, wenn er mir im preußischen Landtage eine ähnliche Anfrage vorlegte; dann würde ich über die Absichten der preußischen Regierung dort Auskunft geben. Der König von Preußen sowohl, wie andre Mitglieder des Reichs — ich meine wie andre Bundesstaaten — haben ein wesentliches Interesse oder fühlen die Pflicht, können sie fühlen, und der König von Preußen fühlt sie, jedenfalls die Interessen ihrer katholischen Unterthanen in Rom auch vom Standpunkte der weltlichen Gewalt wahrzunehmen, und deshalb ist die Absicht, demnächst in das preußische Budget eine Position einzufügen, die den Zweck hat, direkte Beziehungen und Verhandlungen über die vielen Personal- und andern Fragen, die vorkommen, über viele Lokalfragen, auch über wichtigere und prinzipiellere Fragen, wieder direkt möglich zu machen. Die Aufhebung derjenigen Gesandtschaft, die von Preußen auf den Norddeutschen Bund und dann noch auf das Deutsche Reich übergegangen war, die früher in Rom bestand, hat an und für sich prinzipielle Gründe, die mit

dem, was man Kulturkampf in Preußen nennt, in einem logischen Zusammenhange ständen, nicht. Sie werden sich aus den Verhandlungen erinnern, daß wir damals empfindlich berührt wurden durch die Tonart der Sprache, die von Rom aus in Bezug auf die preußische Regierung, respektive den Kaiser, der ja gleichzeitig König von Preußen ist, geführt wurde, und daß das der Grund war, warum wir zuerst die Verhandlungen abbrachen und demnächst die Gesandtschaft nicht wieder in Ansatz brachten. Dieses Motiv der Verstimmung unsrerseits ist seitdem weggefallen. Wir stehen in den höflichsten und freundlichsten Beziehungen mit dem jetzigen Inhaber des römischen Stuhles, und es liegt kein Grund mehr vor, die Interessen der katholischen Unterthanen der einzelnen Staaten nicht wahrzunehmen. Wenn diese Aufgabe nach meiner Auffassung zunächst durch den preußischen Staat mehr als durch das Deutsche Reich zu erfüllen ist, so leitet mich dabei kein prinzipielles Bedenken, sondern nur die Logik der geschäftlichen Lage. Das Reich hat die konfessionellen Fragen und den Schutz der Eingewanderten der einzelnen Länder, die Vertretung und Befürwortung ihrer Interessen in Rom, die ja von evangelischen und katholischen Staaten seit Jahrhunderten immer stattgefunden hat, in einer eingestandenen oder officiösen Form, — das Reich hat sie unter seinen Attributionen in der Verfassung nicht aufgezählt. Es würde das an sich kein Hindernis sein, da auch andre Landesinteressen, die mehreren Bundesstaaten gemeinsam sind, wie diese, unter Umständen durch Beamte des Reichs wahrgenommen werden, und das Interesse, mit dem höchsten Priester der katholischen Kirche, welcher ein so wesentlicher Teil der deutschen Unterthanen angehört, direkt zu verhandeln, ist

geschäftlich nicht nur in Preußen vorhanden, es ist in allen deutschen Staaten vorhanden, welche katholische Unterthanen haben. Von Bayern wird es durch einen eignen bayerischen ständigen Gesandten wahrgenommen, und logisch zunächst lag mir die Lösung der Sache in der Form nahe, daß der König von Preußen die Interessen seiner Unterthanen selbst wahrzunehmen habe. Das würde nicht hindern, wenn beispielsweise, was bisher nicht der Fall gewesen ist, in Sachsen, in Württemberg, in Baden, in Hessen die gleiche Auffassung der Dinge bestände, daß dieselbe Vertretung auch von seiten des Reichs stattfinden könnte, nicht als eine Vertretung bei einer auswärtigen Macht, sondern als eine Vertretung bei dem Haupte einer Kirche. Ich habe mir dabei die Frage vorgelegt: Kann ich die katholische Kirche in Deutschland als eine ausländische Institution betrachten, die dem rein diplomatischen Verkehr unterworfen ist? Ich habe geglaubt, diese Frage verneinen zu sollen. Ich rechne die Befenner der katholischen Kirche zu unsern gleichgestellten Landsleuten und die Institution der katholischen Kirche in Deutschland mitsamt der päpstlichen Spitze, die zu ihr gehört, für eine einheimische Institution der deutschen Bundesstaaten, respektive des Deutschen Reichs, und insofern komme ich infolge der Logik der Thatfachen, nicht durch irgend ein Prinzip, immer nur dahin, daß ich die Einzelvertretung zunächst indiziert halte, daß ich aber die Gesamtvertretung derjenigen Bundesstaaten, die hierin ein gleiches Interesse haben, durch das Reich nicht ausgeschlossen finde. Die schwebenden Verhandlungen haben bisher keine Tragweite, die selbst den Herrn Borredner beunruhigen könnte. Wir wünschen, daß nicht bloß im Reiche, welches keinen Kulturkampf hat, sondern auch in den einzelnen Bundesstaaten

wir dem Frieden näher und näher kommen und so nahe kommen, wie es irgend mit der traditionellen und seit Jahrhunderten den Gegenstand des Kampfes bildenden staatlichen Unabhängigkeit, auf die der Staat bestehen muß, verträglich ist. Diese Quadratur des Kreises wird sich in Vollkommenheit niemals lösen lassen und hat sich nie lösen lassen, aber wir hoffen, daß ein für beide Teile annehmbarer modus vivendi durch eine direkte Vertretung bei Rom möglich und nützlich ist. Wir haben bisher diese Vertretung im Sinne und im Namen des Einzelstaates Preußen ins Auge gefaßt; wir könnten aber von dort, wenn es der Wunsch der übrigen Regierungen notabene ist, die darüber doch zuerst zu befinden haben, wie sie ihre Interessen vertreten sehen wünschen, — wir könnten aus dieser Situation, wie wir sie erstreben, in jedem Jahre und an jedem Tage leicht in die der Reichsvertretung übergehen.

Ueber den materiellen Stand der Verhandlungen mit dem römischen Stuhle hier Auskunft zu geben, beabsichtige ich nicht; ich teile, wie gesagt, die Ansicht des Herrn Vorredners nicht, daß es dem Reiche oder dem Lande nützlich wäre, wenn ich es thäte.

9. Die Beilegung des Kulturkampfes.

30. November 1881.

Der Abgeordnete Birchow beklagte sich nach der vorstehenden Rede des Reichskanzlers, er komme ganz unwillkürlich zu der Rolle eines „Säemannes von Unfrieden“. Er habe geglaubt, durch die Gelegenheit, die er dem Kanzler bot, sich über die Sache auszusprechen, den Frieden im Lande auszubreiten. Früher bezeichnete es der Herr Reichskanzler als eine der schlimmsten Ge-

fahren, daß das Centrum religiöse und politische Tendenzen vermische — gegenwärtig, und zwar gerade in dem Augenblick, wo die Heißsporne von der protestantischen Seite dazu übergehen, sich mit den Herren vom Centrum zu verbinden, scheine die Erinnerung des Kanzlers in dieser Beziehung etwas schwächer geworden zu sein. Allerdings werde das ganze politische Leben mit diesen Religionskämpfen vergiftet, und keine Debatte könne mehr geführt werden, ohne Berührung des Kulturkampfes, bloß weil es der Zentrumsparthei gefalle, sich als kirchliche Partei im politischen Leben geltend zu machen. Für die Folgen, welche der Kulturkampf angenommen habe, könnten die Freisinnigen nicht verantwortlich gemacht werden, wenn sie auch für die Kulturkampfsgesetze gestimmt hätten. Auch er, der Redner, habe dafür gestimmt, aber freilich in dem Glauben, der Reichskanzler würde konsequenter sein, als er es gewesen sei, würde auf das Zivilstandsgesetz auch Gesetze über die wirkliche Befreiung von Schule und Kirche folgen lassen, so daß im Deutschen Reiche sich alle Religionsbekenntnisse friedlich neben einander entwickeln könnten. Aber nicht nur diese Hoffnung sei zu nichte geworden, man gehe jetzt schon so weit, die diplomatische Vertretung Deutschlands beim Papste wieder herzustellen, ja, es sei sogar die Aussicht eröffnet worden, den Papst mit der ganzen Kurie ins Land zu bekommen. — Fürst Bismarck antwortete:

Der Herr Vorredner hat ja vollständig recht, wenn er sagt, daß dieser Kampf, den er selbst Kulturkampf genannt hat, seine wesentliche politische Seite hat. Die römische Kirche ist von jeher nicht bloß eine geistliche und kirchliche, sondern auch eine politische Macht gewesen, und der Herr Vorredner hat uns darüber nichts Neues gesagt, die wir unsre deutsche Geschichte tausend Jahre rückwärts kennen. Das Papsttum ist, wie jede Kirche gelegentlich, eine sehr starke politische Macht gewesen. Rein konfessionelle Kämpfe würde ich überhaupt nicht führen; wenn der politische Beisatz, die Machtfrage, nicht wäre, eine Machtfrage, die auch in der vorchristlichen Zeit sich zwischen Königen und Priestern kenntlich gemacht

hat, — wenn die nicht da wäre, würde ich ja mit einer solchen Entschiedenheit in diesen Kampf nicht eingetreten sein, da ich konfessionelle Stellungen nicht bekämpfe.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen und hat auch darin wieder den üblichen Mangel an Konsequenz bei mir entdeckt, daß ich diesen Kampf nicht fortgesetzt hätte, daß ich ihn eine Zeit hindurch mit Lebhaftigkeit betrieben und nachher fallen gelassen hätte. Nun, jeder Kampf hat seine Höhe und seine Hitze, aber kein Kampf im Innern zwischen Parteien und der Regierung, kein Konflikt, kann von mir als eine dauernde und nützliche Institution behandelt werden. (Heiterkeit links.) Ich muß Kämpfe führen, aber doch nur zu dem Zweck, den Frieden zu erlangen; diese Kämpfe können sehr heiß werden, das hängt nicht immer von mir allein ab, — aber mein Endziel ist dabei immer doch der Friede. Wenn ich nun glaube, in der heutigen Zeit diesem Frieden mit mehr Wahrscheinlichkeit näher zu kommen, als in der Zeit, wo des Kampfes Hitze entbrannte, so ist es ja an sich meine Pflicht, dem Frieden meine Aufmerksamkeit zuzuwenden und nicht weiter zu fechten, bloß um zu fechten gleich einem politischen Raufbold (Heiterkeit), sondern ich fechte, um den Frieden zu erlangen. Kann ich ihn haben, kann ich auch nur einen Waffenstillstand, wie wir deren ja gehabt haben, die Jahrhunderte hindurch gedauert haben, erlangen durch einen annehmbaren modus vivendi, so würde ich pflichtwidrig handeln, wenn ich diesen Frieden nicht acceptieren wollte. Aber selbst wenn ich händelsüchtiger wäre und den Kampf fortsetzen wollte, so würde ich das haben aufgeben müssen, nachdem die Bundesgenossen, mit denen ich in Gemeinschaft damals gefochten habe, mich verlassen haben oder für ihre weitere Unter-

stützung Preise gefordert haben, die ich im Rückblick auf das Reich und das Land Preußen nicht gewähren konnte. Es berührt das ja dieselben Fragen, über die wir gestern reichlich diskutiert haben. Wenn ich zuletzt durch die Bewegungen und Verschiebungen, welche innerhalb der liberalen Parteien vorgehen, die mir damals beistanden, jetzt aber nicht mehr, in die Alternative gestellt werde, zwischen einer Annäherung an das Zentrum und einer Annäherung an den Fortschritt zu optieren, so wähle ich aus staatsmännischen Gründen das Zentrum. (Hört! links.) Das Zentrum kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich, wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann, (Unruhe links) — wenigstens in den deutschen Provinzen nicht, in Polen ist es anders. Da wähle ich als Politiker, der zu einem Urtheil, zu einer Meinung verpflichtet ist, notwendig das kleinere Uebel, wenn es eins ist — ich will damit keine unhöfliche Bezeichnung verbinden — was mir das kleinere erscheint. Ich will sagen, ich wähle die Seite, durch welche meiner Ansicht nach das Staatsschiff weniger periklitirt, sondern nur in seiner Steuerung einigermaßen geniert und gehemmt wird, ohne geradezu Gefahr zu laufen. — Sie sehen, ich lege auch hierin meine Ansicht offen dar, und ich bitte, Sie an das gestrige Bild erinnern zu dürfen, daß, wenn ich im Kampf gegen die Parteien und gegen die ununterbrochen sich drehenden Strömungen und Wirbel der Parteien am Steuerruder des Staates stehe, ich nicht alle Jahre, alle Tage und in jedem wechselnden Moment wie ein theoretischer Narr dasselbe thun kann, was ich vor fünfzehn Jahren etwa gethan habe, während eine vollständig veränderte Situation da ist, und der Kampf, den ich pflicht-

mäßig vielleicht, ich weiß nicht wieviel Jahre und, ich gestehe gern ein, mit der mir eignen Lebhaftigkeit geführt habe, jetzt meines Erachtens nicht mehr notwendig ist. Ich ordne diese meine Lebhaftigkeit, wie ich glaube, immer, vielleicht nach meinem gestern getadelten Temperament mitunter nicht schnell genug, doch dem mich beherrschenden Gesetz der *salus publica* bereitwillig unter. (Bravo rechts.)

10. Das Centrum und die Fortschrittspartei in ihrer Stellung zur Regierung.

30. November 1881.

Den Vorwurf der Inkonsequenz erhob auch der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Hänel gegen den Reichskanzler. „Wenn, führte er aus, der Herr Reichskanzler uns versichert hat, daß ihm aus allgemeinen politischen Erwägungen die Unterstützung des Centrum's wertvoller sei als die unsrige, so ist das eine Thatsache, die wir seit einem Jahre wissen; seit einem Jahre wissen wir, daß gerade in diesem Punkte die Politik des Reichskanzlers eine wesentlich veränderte ist.“ Fürst Bismarck:

Ich muß mich von neuem gegen den ungerechten Vorwurf eines willkürlichen oder schnellen Wechsels meiner Ueberzeugungen verwahren, der in keiner Rede von jener Seite gestern und heute mir erspart geblieben ist, und den ich in keiner Rede vorübergehen lassen werde, ohne ihn zu berichtigen. Der Herr Vorredner hat gesagt, meine Stellung zu den Parteien sei von mir wesentlich verändert worden. Er hat das mit Bezug auf meine Aeußerung gesagt, daß ich von den Bundesgenossen, die ich gehabt hätte, verlassen worden sei. Zu diesen Bundesgenossen habe ich nun die Fortschrittspartei niemals

zählen können. Der Herr Vorredner wird wohl nicht von mir behaupten können, daß in meinem ganzen politischen Leben ein Moment existierte, wo ich mich in irgend einer Intimität mit der Fortschrittspartei befunden hätte, die ich hätte aufgeben können. In allen meinen Bestrebungen, und zum Teil erfolgreichen, im preussischen Landtag und im deutschen Reichstag habe ich immer und unwandelbar die Fortschrittspartei zu Gegnern gehabt. Sie hat immer versucht, das zu verhindern, was ich erstrebt habe; ich habe sie immer auf der gegnerischen Seite gefunden. Ich kann mich also in der Beziehung nicht geändert haben; Sie haben mich die Farbe der Unterstützung, die ich aufgegeben haben soll, nie kennen lernen lassen. Der Herr Vorredner hat also unrecht, zu sagen, ich hätte erklärt, oder es läge überhaupt vor, daß ich, zwischen der Unterstützung der Fortschrittspartei und der Unterstützung des Zentrums wählen sollend, die des Zentrums vorzöge. Ich darf gar nicht sehr wählerisch sein in den Unterstützungen; ich bin verpflichtet, wenn ich das Wohl des Reichs erstrebe oder zu erstreben glaube, die Unterstützungen anzunehmen, die mir gewährt werden. Ich sage nur, wenn ich mich in einem gewissen Maße zu einer Heeresfolge mit einer Fraktion engagieren soll, daß ich dann die Wege des Zentrums für weniger reichsgefährlich halte, als die der Fortschrittspartei, weniger gefährlich für unsere monarchische Ordnung. Die Unterstützung des Zentrums habe ich selten gehabt, aber doch in einer sehr wichtigen Frage, in der Zollfrage, und von da ab wurde die Aenderung in der Haltung der liberalen Fraktionen zu mir definitiv, die im Frühjahr 1878 begann, wo man mich für die Unfolgsamkeit strafte und mir Suffurs entzog, mich politisch auszuhungern bemüht war,

um mich folgsam zu machen. Das wurde dadurch besiegelt, daß im Jahre 1879 mit den Liberalen über diese Zollsache nicht zu verhandeln war, ohne, wie ich vorhin sagte, einen Preis dafür zu zahlen, den ich nicht geben wollte, während das Zentrum auf bloß sachlichem Grunde seine Unterstützung anbot (Widerspruch links), ohne andre Bedingungen, als formelle zu stellen. Ja, meine Herren, man gewinnt auf eine Regierung nicht Einfluß dadurch, daß man sie bekämpft, reizt, beschimpft, sondern man gewinnt Einfluß dadurch, daß man sie unterstützt. Diejenigen Regierungen, die für den Druck, für Grobheit, möchte ich sagen, empfänglicher sind, als für Unterstützungen, taugen überhaupt nicht viel. (Heiterkeit.) Das sind, wie ich sie gestern nannte, die Höflinge der Majorität, die Registratoren der Majorität. Solche Leute können Sie in untergeordneten Schichten finden, die bloß fragen: wie fällt die Majorität aus, der werden wir gehorsam sein ohne Kopfzerbrechen; es wird abgezählt: 150 gegen 140, — was nun dem Staate nützlich ist, darüber bildet man sich kein Urteil, das hängt allein von der Majoritätsfrage ab. Es wird abgezählt, das ist so ungemein bequem, dazu brauchen Sie keine Männer von Fähigkeit, von Dienstleister oder von derjenigen Sachkenntnis, die auch an mir von Ihnen so sehr vermist wird, dazu brauchen Sie mich nicht, dazu brauchen Sie einfache Protokollführer der Majorität, denn der Byzantinismus ist in unsern Zeiten nie so weit getrieben worden, als in der Anbetung der Majoritäten (sehr wahr! rechts); und die Leute, die der Majorität unter Umständen fest ins Auge sehen und ihr nicht weichen, wenn sie glauben im Rechte zu sein, die finden Sie nicht sehr häufig, aber es ist immerhin nützlich,

wenn der Staat einige davon in Vorrat hat. (Bravo! rechts.)

Wenn ich vorher von der Unterstützung gesprochen habe, die ich früher hatte, und die ich verloren habe, so habe ich damit gar nicht die Fortschrittspartei gemeint, sondern die nationalliberale Partei. Allmählich ist in ihr der linke Flügel der stärkere geworden, vielleicht ist er auch der beredamere, und die Beredsamkeit hat ja ein viel größeres Gewicht, als sie eigentlich in politischen Dingen verdiente; denn es ist nicht immer geschrieben, daß der beste Redner auch der beste politische Urteiler wäre. Ich habe das schon im vorigen Jahre zu sagen Gelegenheit gehabt, und ein Ministerium, zusammengesetzt aus lauter Leuten, die auch nur so viel sprechen, wie ich, würde schon dadurch unbrauchbar sein. (Heiterkeit.) Ich fühle, daß ich darin sündige; ich verlasse keine Sitzung ohne eine gewisse Beschämung, daß ich eine erhebliche Zeit meiner und anderer mit Reden, die die Sache selbst weiter nicht fördern, verbracht habe. Aber, meine Herren, Sie können von mir als Minister doch nicht verlangen, daß ich hier dabei sitze — und hier bleiben muß ich, weil mein Stat zur Beratung steht — und nun ruhig mit anhöre, daß jeder Redner seine sachlichen Darlegungen mit einigen Hieben gegen den Reichskanzler, seine Vergangenheit, das, was er gesagt hat, das, was von ihm zu erwarten ist, verbindet, und ich soll mich ruhig schlagen lassen! Das bin ich nicht gewohnt; ich schlage wieder, wenn ich geschlagen werde. (Heiterkeit.) Dann heißt es in den Blättern, der Reichskanzler allein habe — darüber ist alles einig — die Debatte von dem sachlichen Gebiete auf das persönliche geführt. Ich muß dagegen sagen: dazu habe ich mich nicht vermietet, daß

ich mich injuriieren lasse, sondern ich wehre mich und antworte; aber dann suchen Sie die Ursache, warum die Sachlichkeit aufhört, in den Spizen und Hieben, die gegen mich eingeflochten werden in den sachlichsten Debatten. Lesen Sie doch den Ursprung unsrer dreitägigen Debatte hier nach! Wie bin ich denn hereingezogen? Immer durch die Spizen, die gegen mich geschleudert werden; ehe ich wußte, was die Tagesordnung war, habe ich schon solche Angriffe abzuwehren gehabt. Das werde ich immer thun. Sie können mich bis zu einem gewissen Grade ermüden und aufreiben, aber so lange meine Kräfte reichen, fechte ich, und ich bitte Sie doch auch, daß Sie nicht bloß die Leistungen der Abwehr und der Verteidigung zählen und öffentlich besprechen, sondern auch die Angriffe. Das ist ja bei den Kämpfen unter erwachsenen Leuten zwar seltener als unter den andren Teilen unsrer Familien der Fall, daß jeder sich nur der Schläge erinnert, die er empfängt, aber nie derer, die er gegeben hat. (Sehr richtig! rechts.)

11. Zur Entstehung des Bivilehegesetzes.

30. November 1881.

Auf die Bemerkung des Abgeordneten v. Kleist-Neukow, daß Bivilehegesetz sei seiner Zeit dem Reichskanzler gerade von fortschrittlicher Seite „aufgedrungen“ worden, erwiderte dieser:

Ich will nur eine faktische Angabe meines verehrten Freundes, welcher soeben die Tribüne verläßt, richtig stellen.

Die Bivilehe, sagte er, sei mir durch eine Fraktion aufgedrängt worden. So hängt es faktisch nicht zusammen, und der Herr Vorredner würde den richtigen Zu-

sammenhang erfahren haben, wenn nicht etwa damals — wie er schon darauf anspielte — die politischen, die diplomatischen Beziehungen zwischen uns abgebrochen gewesen wären. Ich bin nicht durch eine Fraktion, sondern durch meine damaligen Kollegen im preussischen Ministerium zu diesen Konzessionen bewogen worden, — (hört! hört! rechts) die mir erklärten, sie würden zurücktreten, (hört! hört! hört! rechts) wenn ich die Unterzeichnung weigerte. Da ich in Warzin krank lag, zum Teil krank über den damaligen Konflikt, den ich mit der konservativen Partei hatte und nicht im Stande war, Seiner Majestät dem Könige von dort aus ein anderes Ministerium zu bilden, so mußte ich sagen, in diesem Augenblick halte ich das Uebel eines Ministerwechsels für ein größeres, und habe so, nachgebend, meine von Berlin aus wiederholt urgierte Zustimmung erteilt.

Die berührten Vorgänge beziehen sich auf das Jahr 1873; das Zivilhegesetz wurde dem preussischen Landtage am 10. Dezember 1873 vorgelegt, am 20. resp. 24. Februar 1874 vom Herrenhause und Abgeordnetenhaus angenommen und im März 1874 publiziert.

12. Die Vorbildung zum Konsulardienst.

30. November 1881.

Bei der Beratung des Etats der Gesandtschaften und Konsulate, ebenfalls in der 6. Sitzung des Reichstages, sprach der Abgeordnete Sonnemann bezüglich der Vorbildung zum Konsulatsdienste den Wunsch aus, die Konsulatskandidaten, wenn sie ihre akademische Ausbildung vollendet und die erste Prüfung bestanden haben, sollten dann zwei Jahre an einem Fabrikort oder in einer Hafenstadt praktisch in einem Geschäft thätig sein, um sich praktisch mit dem Geschäftsleben bekannt zu machen, ähnlich wie die

Referendare zwei Jahre bei den Gerichten arbeiten müßten; auf diese Weise würde man bald tüchtig vorgebildete Konsuln bekommen. Fürst Bismarck ging bereitwillig auf diesen Gedanken ein:

Ich bin zu überrascht über die seltene Thatsache, mich mit dem Herrn Borredner über eine Frage in voller Uebereinstimmung zu befinden, um nicht dieser Ueberraschung Ausdruck zu geben.

Der Vorschlag, den er am Schlusse seiner Rede machte, ist von mir bereits vor Jahr und Tag für den Reichsdienst überhaupt angeregt worden. Ich bin nur durch Krankheit und Ueberhäufung mit andern Geschäften verhindert worden, ihm soweit Folge zu geben, daß er in die Oeffentlichkeit zu bringen war, vielleicht auch dadurch, daß, außer mir, der Gedanke keinen sehr lebhaften Anklang in den amtlichen Kreisen gefunden hat; aber ich werde ihn nicht aufgeben und ihn in der Art verfolgen, daß im Reichsdienst für dasjenige, was ich im allgemeinen die Assessorenqualität nenne, für welche sich im auswärtigen Dienste Korrelate befinden, eine zeitweise Beschäftigung im praktischen Leben notwendig wird, und fast gerade mit den Worten, wie der Herr Borredner, habe ich diesem meinem Gedanken Ausdruck gegeben, daß in einem kaufmännischen Geschäft, in einem industriellen oder Bankgeschäft, in einem überseeischen Konsulat, in einer Landwirtschaft, kurz in einem Zweige der praktisch produzierenden Lebenshätigkeit die Beamten mindestens ein Jahr lang beschäftigt gewesen sein sollen, bevor sie sich zum Examen melden, und daß dieses Stadium, diese Form der praktischen Vorbereitung in die Bestimmungen aufgenommen werden, die bisher darüber gelten, sollte auch deshalb die eigentliche Bureauarbeit, die bisher zur Vorbereitung erforderlich ist, um ein Jahr

vermindert werden. So viel ich weiß, — und das hat mich eben ermutigt — habe ich bisher auf dem Reichsgebiet darin ziemlich freie Bewegung, welche im preussischen Dienst für das Ministerium nicht vorhanden ist, und ich glaube deshalb, daß die Herren in kurzer Zeit wenigstens Entwürfe als praktisches Ergebnis der seit Jahr und Tag von mir angeregten Vorbereitungen kennen lernen werden.

In demselben Sinne wie der Abgeordnete Sonnemann gab der Abgeordnete Rochmann (Landsberg) die Frage zu erwägen, ob es nicht gut wäre, daß geeignete Persönlichkeiten, welche technische Hochschulen besucht haben, den deutschen Konsulaten in New-York, London und Antwerpen oder noch weit besser unsern großen Gesandtschaften in Washington, Brüssel, Paris und London zugeteilt würden. Ihnen würde die Aufgabe obliegen, über alle neuen Erfindungen und Entwicklungen auf industriellem Gebiet sofort Bericht zu erstatten, und diese Mitteilungen müßten dann in geeigneter Form zur Kenntnis des größeren Publikums gelangen. Auch diesem Gedanken erteilte der Reichskanzler seine Zustimmung:

Ich teile die Auffassung des Herrn Vorredners und bemerke, daß ich nach dieser Richtung hin über das Stadium dieser Anregung bereits hinausgegangen bin, und wenn Gesundheit und Zeit es gestatten, hoffe ich auch, damit ins Leben treten zu können, ehe der Reichstag wieder zusammentritt, und ich betrachte die Äußerungen der letzten beiden Vorredner zugleich als eine Aufforderung an mich und alle meine Mitarbeiter, die Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu aktivieren. (Bravo!)

Einer abfälligen Bemerkung des Abgeordneten Bamberger zu den Äußerungen des Reichskanzlers stellte der Staatssekretär v. Bötticher nachfolgende Ausführung entgegen: „Gewiß ist es ganz richtig, daß jemand, der zwei Jahre in einem industriellen Geschäft thätig ist, dadurch noch nicht befähigt wird, die Leitung

des Geschäfts zu übernehmen und alle Ereignisse und Wege, welche in der Praxis beobachtet werden müssen, richtig zu berechnen und ihnen folgen zu können. Gleichwohl aber ist es von großem Werte, wenn jemand, der, sei es an der Zentralstelle, sei es auf einem Posten, auf welchem es der Wirkungskreis seines Amtes mit sich bringt, berufen ist, die Bewegungen des Verkehrs zu beobachten und zu beurteilen, in der Praxis, wenn auch nur zeitweise, gestanden hat. Ich glaube, dies wird von keiner Seite verkannt werden, und ich hoffe, daß wir dazu übergehen werden, ein solches praktisches Vorbildungsstadium im Reiche obligatorisch zu machen. Es ist auch schon die Rede davon gewesen, daß man in der preußischen Verwaltung gleiche Bahnen wandeln will." (Beifall.)

13. Die Errichtung des Volkswirtschaftsrates für das Deutsche Reich.

1. Dezember 1881.

Der Reichskanzler hatte in dem am 27. Januar zusammengetretenen preußischen Volkswirtschaftsrat die Errichtung einer entsprechenden Institution für das Reich in Aussicht genommen (vgl. die Rede unter Nr. 1) und dieselbe während des Jahres so weit gefördert, daß bereits in dem nächsten Reichshaushaltsetat die Summe von 85000 Mark für denselben eingesetzt werden konnte. Die Position gelangte in der 7. Sitzung am 1. Dezember 1881 zur Plenarberatung; Abgeordneter v. Benda als erster Redner sprach sich im Namen der nationalliberalen Partei gegen die beabsichtigte neue Reichseinrichtung aus; die Partei sei bereit, wenn die Regierung für die Vorbereitung der Gesetzgebung Informationen durch Vernehmung von Sachverständigen wünsche, die Mittel dazu für alle gegebenen Fälle und einzelnen Fragen zu bewilligen, die Partei sei aber gegen die Institution als eine dauernde und organische, wie sie durch die Aufnahme in den ordentlichen Etat begründet werde. Man sei dabei keineswegs von der Voraussetzung ausgegangen, als könne eine mißbräuchliche Verwendung stattfinden, aber es herrsche auf Grund vielfacher Erfahrungen die Ueberzeugung, daß eine solche Versammlung ansehnlicher Personen, denen

man das Gefühl einer großen Bedeutung ohne die Empfindung der Verantwortlichkeit für ihre Beratungen und Beschlüsse beilege, sehr leicht und fast unaufhaltsam auf Abwege gerate, und daß sich sehr leicht ein gewisser Kastengeist ausbilde, der nicht nur für die Gesetzgebung, sondern auch für die Regierung selbst unbequem und störend werde. Er, der Redner, erinnere in dieser Beziehung an Erfahrungen aus andren Ländern, z. B. aus Frankreich, ja sogar aus Preußen, wo das Landesökonomiekollegium dem Minister Friedenthal, als es über seine Kompetenzen hinausging, Veranlassung gab, es in verschiedene Sektionen zu zerlegen und diese in Verbindung mit dem deutschen Landwirtschaftsrat zu bringen. Endlich existierte auch bereits eine große Anzahl von Organen der Selbstverwaltung, insbesondere gerade dieser deutsche Landwirtschaftsrat, welcher unter der vorzüglichen Leitung des Herrn von Wedell-Malchow erhebliche Dienste für die Gesetzgebung geleistet habe, so daß dadurch die Erfüllung der hier beabsichtigten Ziele vollkommen verbürgt sei. Dies seien die einfachen, jeder politischen Färbung fernstehenden, rein sachlichen Gründe, welche den Redner und seine (nationalliberalen) Freunde zur Ablehnung dieser Position veranlaßten. Reichskanzler Fürst Bismarck:

Ich erlaube mir, gegen diesen Antrag auf Ablehnung meinerseits die Annahme nochmals mit denselben Gründen wie das vorige Mal zu empfehlen, und möchte doch davor warnen, daß die Herren nicht hinter einfachen Bestrebungen, die Geschäfte zu erleichtern, stets politische Motive wittern. Der Herr Vorredner sagte, er wiese alle politischen Unterstellungen zurück. Ich thue das meinerseits auch. Der Gedanke, damit das parlamentarische Gewicht zu schwächen, hat uns außerordentlich fern gelegen, als wir in Preußen die analoge Einrichtung ins Leben zu rufen suchten; wir haben einfach gefühlt, daß wir für unsre Vorlagen nicht überall die hinreichende sachliche und vielseitige Vorbereitung gehabt hatten. Es ist uns das ja auch sehr lebhaft hier zu Gemüte geführt worden, daß unsre Vorlagen unvoll-

kommen, unvollständig sind; man hat sie, wie die Lehrer eine Schularbeit kritisieren, hier von Hause aus so bezeichnet: die Arbeit sei schlecht, sie müsse neu gemacht werden. Nun, die Regierung glaubt ja nicht alles zu verstehen. Wenn man so lange wie ich in ihr thätig gewesen ist, so drängt sich einem notwendig mit der Zeit die Ueberzeugung auf, daß die Art, wie Gesetzentwürfe entstehen, eine mangelhafte ist, weil den Regierungsorganen und Ministerien bei der Ueberlastung mit Arbeiten, die aus der alljährlichen Konkurrenz der parlamentarischen und der administrativen Aufgaben entstehen, die Zeit zu genauer Selbstprüfung nicht übrig bleibt, — und außerdem, wenn sie die Zeit dazu hätten, so haben sie nicht immer alle Kenntnisse. Es hat das zur Folge, daß die Gesetzesvorlagen sehr häufig nichts anderes sind, als das Ergebnis der Ueberzeugung eines einzelnen vortragenden Rats, der gerade das Departement unter sich hat, es vorzugsweise pflegt, es wahrscheinlich auch versteht, aber doch einseitig, vom grünen Tisch aus aufsaßt, weil er mit den Arbeiten des praktischen Lebens als Ministerialrat nicht die notwendigen Beziehungen hat. Viele von diesen Herren haben, wenn sie in diese Stellung kommen, irgend ein Lieblingsprojekt in ihrem Fache liegen, und ihr Chef verweigert ihnen, vielleicht mehrere Jahre hindurch, die Gefälligkeit, diesen Lieblingsgesetzentwurf sich anzueignen und in die Deffentlichkeit zu lancieren; schließlich wird er weich, und der Verfasser hat die Freude, sein Werk in die Deffentlichkeit gehen zu sehen. Er ist Spezialist, er hat das Werk mit Sachkunde, aber doch vom einseitigen und theoretischen Standpunkte ausgearbeitet; sein Chef ist nicht einmal Spezialist. Nun wird das Werk beispielsweise in das preußische Staatsministerium

eingebracht, — ja, da ist im allgemeinen in Fachsachen doch bei den Ministern dasjenige kollegialische Vertrauen vorhanden, daß man glaubt, der Ressortkollege wird die Sache hinreichend sorgfältig geprüft haben; die andern Herren — ich spreche rein aus Erfahrung — haben große Pakete von Unterschriften daneben, manche haben ja hunderte von Unterschriften täglich zu leisten, ein Paket schwindet, das andre wächst auf der andern Seite; währenddessen ist in ununterbrochen gleichem Tone der Vortrag des beteiligten Ministerialrats hörbar; der Vorsitzende ist vermöge seiner Pflicht, die Debatte zu leiten, genötigt zuzuhören, kann aber den 120 Paragraphen in ihren Einzelheiten nicht folgen. — Im ganzen wird der Gesetzentwurf im Ministerium angenommen im Vertrauen auf die Sachkunde und die sorgfältige Prüfung des Ressortministers, während dieser wieder überzeugt ist von der Sachkunde seines tüchtigen Rats, der sich jahrelang damit beschäftigt hat. Die Arbeit mag vielleicht vom Standpunkt des einzelnen eine ganz gute sein, aber sie leidet an ihrer Einseitigkeit. Wir glauben im Staatsministerium nicht, daß uns über alle Fragen, die vorkommen können, die Sicherheit des Urteils angeboren ist; wir haben das Bedürfnis, uns zu informieren, und ich möchte doch glauben, die parlamentarischen Versammlungen sollten dieses Bedürfnis auch einigermaßen haben; sie sind ja natürlich von Hause aus, da sie von der Nation gewählt werden, viel erleuchteter als die Minister, die nur von dem Monarchen gewählt werden (Heiterkeit); aber auch Sie können unmöglich in der Kürze der Zeit, in dem Drange der Geschäfte, in dem Ueberwuchern der anderweiten sachlichen Geschäfte, mitunter auch in den Frictionen und Kämpfen mehr politischer Art, wie sie vor-

kommen, — es kann unmöglich jeder einzelne von den vier Hunderten in jede Sache ſo eindringen, daß ein klarer Fingerzeig von wirklich ſachkundiger Seite nicht auch ihm erwünſcht ſein ſollte. Mir ſcheint dies ſo natürlich, daß ich in die Notwendigkeit gerate, politiſche Motive unterzuſchieben und an die Befürchtung zu glauben, als wenn durch die Konkurrenz Sachkundiger die parlamentariſche Autorität gefährdet wäre, als wenn eine Rivalität eintreten könnte, während wir nur ein Hilfsorgan für alle Faktoren der Geſetzgebung damit anſtreben, was Ihnen in gleichem Maße dienſtbar ſein ſoll. Sie können und ſollten unter Umſtänden beſchließen, die Sache pro informatione an eine ſolche Enquete durch Sachkundige zu verweiſen. Daß Sie dazu eine ſtändige Inſtitution haben, halte ich um deßwillen für nützlich, weil nur diejenigen Erwählten oder Ausgeſuchten aus den wirtſchaftlichen Verhältniſſen, welche ſich eingearbeitet haben in ſolche Sachen, nur die, welche auch durch ihre Annahme des Mandats zu erkennen gegeben haben, daß ſie Zeit und Luſt dazu haben, — weil nur diejenigen überhaupt ſich damit ſo befaſſen, daß in der oft kurzen Zeit eine geſchäftlich hinreichend geformte Aeufßerung ohne viel Diſkuſſion abgegeben wird. Sind das eine Zeitlang hintereinander immer dieſelben Leute, ſo werden ſie eine gewiſſe Praxis in der Behandlung dieſer Sachen und dadurch eine Abkürzung ihrer Diſkuſſion haben, die man vermißt, wenn man eine einmalige allgemeine Enquete veranlaßt, wo man ſich beliebig ohne den mindeteſten Fingerzeig jedesmal die Sachkundigen ausſuchen und einberufen ſoll, von denen man gar nicht weiß, ob ſie bereit und geneigt ſind, dergleichen anzunehmen.

Es iſt der Regierungen Wuſch, der Ihnen heute

wieder von uns entgegengebracht wird, und der so dringend auf unsern Ministern lastet, daß er in jeder Session Ihnen wieder entgentreten wird. (Heiterkeit. Hört, hört! links.) — Ja, meine Herren, es handelt sich doch nicht um Ihre Bedürfnisse hier, da Sie alles selbst wissen. Es handelt sich um die Bedürfnisse der Regierung; die weiß nicht alles. Daß Sie uns die Mittel versagen, Ihnen sorgfältig allseitig geprüfte Vorlagen zu bringen, ist in der That eine außerordentliche Härte und eine Hemmung der Staatsmaschine und des einen Gliedes der Gesetzgebung, welches mit Ihnen zusammen arbeiten soll. Sie sollten uns helfen, uns aufzuklären, Sie sollten mit Freuden das Bekenntnis der Regierung ergreifen, daß die Regierung nicht allwissend ist und nicht in bureaukratischer Allmacht vom beschränkten Unterthanenverstand — wie das früher geschehen sein soll — spricht, sondern sich an diesen Unterthanenverstand vertrauensvoll wendet. (Bravo! rechts.) Dieses Vertrauen fehlt Ihnen, meine Herren. Darum liegt eine Verachtung des Volks und des praktischen Lebens in Ihrer Weigerung. (Oh, oh! links.) Sie sollten uns doch dieses Hilfsmittel nicht versagen. Wenn Sie es uns versagen, erwarte ich auch, daß Sie künftig die Kritik über unvollkommen ausgearbeitete Vorlagen — die uns zuerst auf diesen Gedanken gebracht hat, weil wir innerhalb der bureaukratischen Sphäre beim besten Willen und bei der besten sorgfältigsten Besetzung nicht alle die Auskunft haben können, die wir brauchen — daß Sie diese Kritik künftig aufgeben. Sie sollten uns doch entgegenkommen und überhaupt die wirtschaftlichen Ziele mit uns gemeinsam festzustellen suchen und die Wege, die zu diesen Zielen führen, mit uns gemeinsam erwägen und uns helfen,

diese Wege zu ebnen, und sie mit uns wandeln. Thun Sie es nicht, so ist das eine Erschwerung, eine Hemmung des öffentlichen Dienstes, über deren wirkliche vor dem Volk offen zu rechtfertigende Gründe ich mir nicht klar werden kann, und deshalb wiederhole ich: wir können nicht anders, wir müssen Ihnen mit dieser Forderung wieder kommen, wir brauchen diese Institution ganz notwendig. Wollen Sie uns das, was wir erbitten, wollen Sie uns die Mittel, die die Regierung zu ihrer Amtsführung bedarf, versagen, um die Regierung gewissermaßen lahm zu legen, um sie ohnmächtig, unwissend zu machen und sie nachher desto schärfer angreifen zu können, wenn sie unvollkommene Werke vorlegt, — ja, meine Herren, daß wir uns gegen ein solches System wehren durch jedesmalige Wiederholung der Vorlage, können Sie uns nicht verdenken. Sie könnten sonst sagen, daß die einmalige Einbringung eine mutwillige Forderung von uns gewesen wäre, und das Bedürfnis erledigt sei. Es ist nicht erledigt, es ist ein offenes Bedürfnis, auf dessen Erfüllung und Abhilfe die Regierung ebensogut bestehen muß, wie auf die Besoldung der notwendigen Zahl von Beamten und auf sonst notwendige sachliche Ausgaben. Wenn Sie uns dies versagen wollen, ja dann hört das Geschäft auf.

Wir sind in Preußen genötigt gewesen und haben dort unter großem Entgegenkommen der Beteiligten und unter Opfern, materiellen und an Zeit, die Möglichkeit gefunden, uns diese Belehrung zu verschaffen. Für uns ist diese Belehrung, deren wir bedürftig sind, eine erwünschte und nützliche gewesen. Ich erlaube mir, Sie an ein altes Sprichwort zu erinnern; es ist noch länger, ich will bloß den Schluß davon anführen, der da heißt:

„Wer nicht weiß und weiß, daß er nicht weiß, der kommt immer noch sehr viel weiter als der, der nicht weiß und nicht weiß, daß er nicht weiß.“ Zu den ersteren gehören wir. Wir wissen manches nicht und sind uns dessen bewußt, daß wir es nicht wissen, und erkundigen uns deshalb und suchen uns zu belehren. Zur zweiten Kategorie gehören alle diejenigen, die glauben, alles zu wissen, und jede Belehrung sich versagen, wenn sie von Bauern oder sachkundigen Arbeitern kommen kann. Wir haben in Preußen dieses Institut, und da habe ich das Gefühl, daß es eine für den nationalen einheitlichen Gesichtspunkt unerwünschte Situation ist, wenn da über die Vorlage, die der König von Preußen in seiner Eigenschaft als deutscher Kaiser macht, nur preußische Sachkundige gehört werden können, und wir haben das Bedürfnis, unsre süddeutschen resp. sächsischen Landsleute u. s. w. dabei in gleichem Maße vertreten zu sehen. Alle Regierungen haben dasselbe Bedürfnis. Sind denn alle 25 Regierungen so wenig zurechnungsfähig über das, was sie bedürfen, daß sie in einem solchen Verlangen einig sind und sich dennoch so dabei irren, daß sie etwas ganz Ueberflüssiges dabei fordern? Das Bedürfnis bei den Regierungen ist so stark, daß, wenn Sie uns die Mittel versagen, wir an die Opferfreudigkeit des Volkes gegenüber der Versagung des Reichstags werden appellieren müssen und mit den Regierungen uns verständigen, ob sie ihrerseits bereit sind — und ich glaube, sie sind dazu bereit —, den preußischen Wirtschaftsrat, den wir demnächst gerade für die uns zunächst vorliegenden Aufgaben berufen wollen, durch Beschickung von seiten der übrigen bundesstaatlichen Regierungen zu vervollständigen. Dann müssen wir einen vom Reichstag unbewilligten, aber fak-

tisch doch herzustellenden Volkswirtschaftsrat haben, bei dem wir uns Rat holen, um Ihnen etwas besser informiert gegenüber treten zu können, als es sonst der Fall sein würde. Gerade die Aufgaben, die die Regierung sich zunächst gestellt hat, die sozialen Reformen und die finanziellen, erfordern eine ununterbrochene Wechselwirkung mit den praktischen Erfahrungen, die darüber in den wirtschaftlichen Kreisen des Volkes vorhanden sind, weil sie auf die Entdeckung einer für die Regierung und für die bureaukratische Welt so gut wie neuen terra incognita ausgehen, und weil man diese Aufgaben, die ich mir allerdings nicht von Hause aus gleich so weitgreifend denke, wie sie geschildert werden, sondern die allmählich und empirisch vielleicht nie sich vollständig erfüllen werden, aber doch der Erfüllung in jeder Sitzung näher gebracht werden können. Auf diesem Gebiete, das wir neu betreten wollen, neu betreten müssen — wenn es von uns nicht geschieht, so wird das Bedürfnis später darauf dringen — auf diesem Gebiete bedürfen wir mehr denn je des Stabes, der Fühlung, nicht wie ein Blinder sie braucht, aber doch wie einer, der eine Reise in eine bisher unentdeckte Gegend unternimmt. Denn die Wissenschaft, die nach einigen Seiten sehr weit eindringt, ist in die Verhältnisse, welche man zur praktischen Lösung der Aufgaben, die sich das kaiserliche Programm gestellt hat, kennen und erwägen muß, bisher nicht so tief eingedrungen, daß sie uns hinreichend Belehrung gäbe; und wer, wie ich, von seiner Kindheit her das Innere der Arbeitshäuser und ihr Familienleben kennen gelernt hat, wird darin oft Eindrücke und Wahrnehmungen erhalten haben, die er in keinem noch so gelehrten wissenschaftlichen Buche richtig wiedergegeben findet. Ich glaube,

daß gerade diese Fragen sich von den praktischen Industriellen, Landwirten, Kaufleuten, besser beantworten lassen, als von den wissenschaftlich gebildeten und bei uns hauptsächlich das Wort führenden Mitgliedern des Reichstags (Heiterkeit), und selbst besser, als es von Seiten derer möglich ist, die im Reichstag denselben praktischen Kreisen angehören, aber hier immer in einer ziemlich kurzen Zeit, und ohne auf die andern Aufgaben zu verzichten, genötigt werden, sich ein sicheres Urtheil zur Abstimmung über eine, ich kann wohl sagen, riesenhaft ausgedehnte Aufgabe, zu bilden. Ich glaube, Sie können uns auf die Dauer diese Beihilfe, die wir zu unsrer Information fordern, gar nicht versagen; und wie der Tropfen den Stein höhlt, und wie schließlich es schon in der Schrift gesagt ist, daß unablässiges Bitten den Versager doch endlich ermüdet, werde ich in jeder Sitzung wiederkommen und, wenn Sie es uns diesmal abschlagen sollten, was ich nicht hoffe, immer von neuem bitten: geben Sie uns diese Unterstützung zu unsrer Information! (Bravo! rechts.)

14. Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Bamberger.

1. Dezember 1881.

Gegen die Einrichtung eines Volkswirtschaftsrates im Deutschen Reich sprach nach dem freikonservativen Abgeordneten Leuschner in längeren Ausführungen der Abgeordnete Dr. Bamberger. Derselbe erläuterte unter andern: „Wir würden in jedem gegebenen einzelnen Falle, wie ich Herrn von Benda völlig beistimme, bereit sein, die Frage zu untersuchen, wie die nötige technische, sachliche Einsichtnahme in gewisse für die Gesetzgebung vorzubereitende Materien auch für die Regierung besser geschaffen werden kann. Allein dieser Volkswirtschaftsrat scheint uns nicht das richtige Mittel und

zu gewichtigen Bedenken Anlaß zu geben. . . . Der Herr Reichskanzler meinte, es läge vielleicht eine Art politischen Argwohns in dem Gedanken verborgen, der in den Motiven zur Ablehnung der Vorlage mitwirkt. Ich muß ihm darin recht geben, ich geſtehe, daß ich in der Schaffung dieſes Volkswirtschaftsrats etwas ſehe, was geeignet iſt, dem Reichstage eine kleine Nebenkonkurrenz zu machen. Die Art, wie dieſe Vorlage wiederkehrt, hat etwas Auffallendes — mit einiger Rückſicht auf die Volksvertretung und die Stellung, welche ſie in der öffentlichen Meinung beanspruchen darf, wäre hier ein gewiſſes Maßhalten geboten. Es ſind aber kaum fünf Monate verfloſſen, daß dieſe Materie hier in zweimaliger Beſung ſehr eingehend und ruhig beſprochen und zuletzt in namentlicher Abſtimmung mit ziemlich erheblicher Majorität abgelehnt worden iſt. Wohl iſt der gegenwärtige ein neugewählter Reichstag, allein ſchon die Erwägung, daß die Parteien, welche die Vorlage ablehnten, in verſtärkter Anzahl wiedergekehrt ſind, ſollte die Rückſicht empfohlen haben, nicht gleich ſofort wieder eine Abänderung des Verdicts des letzten Reichstages zu verlangen. Gerade aus dieſem Vorgehen ſcheint mir die Mahnung zu erwachſen, daß der Reichstag doch darauf bedacht ſei, ſich nicht durch ein kleines Nebenparlament vielleicht etwas verdrängen zu laſſen, wenn man auch jetzt den Volkswirtschaftsrat als ein ganz harmloſes kleines Konſultationchen hinſtellt. Der Vorſchlag iſt der franzöſiſchen Praxis und Routine entnommen, aber gerade in Frankreich hat dieſe Inſtitution als ein Regierungsinſtrument von den Zeiten Turgots bis zum Kaiſerreich viel Anstoß erregt, das letztere dieſelbe noch 1853 für ſeine Zwecke reformiert. Und unter der Republik iſt die Inſtitution wiederholt, ſeit den Tagen Mac Mahons verändert worden, je nachdem die Regierung freihändlerische oder ſchutzzöllnerische Sympathien hegte. Nur allzuſehr eignet ſich daher ein ſolcher Volkswirtschaftsrat dazu, ein bloßes Inſtrument der Regierung gegen die Volksvertretung zu werden. Nicht ein Mittel, unparteiſche Wahrheit zu erhalten, ſehe ich in dem Volkswirtschaftsrat, ſondern nur Meinung zu machen in dem Sinne, wie die Regierungen es wünſchen. Spezielle Enqueten für ganz beſondere Zwecke, wenn ſie ſorgfältig betrieben werden, führen viel mehr zu dem ins Auge gefaßten Ziele als ein Volkswirtschaftsrat. . . . Der Herr Reichskanzler hat mich öfters zitiert, wenn er etwas aus ſeinem Anekdotenſchatz zum beſten gab, und es kommt

mir, vielleicht mit Unrecht, so vor, als verbinde er meinen Namen mit Dingen, um mich ins Lächerliche zu ziehen. Ich bin dafür nicht sehr empfindlich, kann mich aber, wenn es darauf ankommt, zur Not auch wehren, obgleich es mir sehr lieb wäre, wenn ich mich in meiner Annahme irrte. Der Herr Reichskanzler erzählte die Anekdote von dem alten Baron James Rothschild in Paris (vgl. die vorstehende Rede des Kanzlers), welcher oft einen gewissen Meyer fragte, welche Meinung er, Rothschild, über diesen oder jenen Gegenstand habe. Es lag nicht sehr nahe, meinen Namen dabei zu zitieren. Aber der alte Rothschild war, wie Fürst Bismarck selbst sagte, ein sehr kluger Mann, und der Mann, welchen der Herr Reichskanzler Meyer genannt hat, hat seine Funktionen bis zum Ende des alten Rothschild behalten, dessen Meinung über amerikanische Häute und andre Dinge, von denen er nichts verstand, zu verbessern und zu vervollständigen. Bei diesem Besiz dieses Herrn Meyer ist, so viel ich weiß, Rothschild in leidlichen Verhältnissen gestorben (Heiterkeit). Der Herr Reichskanzler hatte auch einmal einen solchen Meyer, der hieß damals Delbrück, von dem er glaubte sich trennen zu müssen, und ich besinne mich deutlich, daß der Herr Reichskanzler mir manchmal auf Anfragen geantwortet hat: „Davon verstehe ich nichts, wenden Sie sich an Herrn Delbrück.“ Der Volkswirtschaftsrat freilich wird kein solcher Herr Meyer sein, der seine eigne Meinung hat, sondern immer nur diejenige, welche man von ihm verlangt.“ — Herr Bamberger erwähnte weiter im Verlauf seiner sehr langen Rede einen Brief des Reichskanzlers an die Handelskammer in Grünberg, welcher einen „furchtbaren Küffel“ aussprach, weil die Handelskammer sich erlaubt habe, in Zoll- und Handelsverhältnissen eine eigne Meinung zu haben. Die Rede schloß mit den Worten: „Ein neues Volkswirtschaftsparlament mit allen Fehlern eines Parlaments ohne dessen gute Eigenschaften niederzusetzen, dazu kann ich niemals raten!“ Das Wort nahm hierauf der Reichskanzler:

Bevor ich auf die Sache eingehe, will ich dem Herrn Borredner die Erklärung geben, daß es mir, wenn ich ihn gestern oder vorgestern persönlich erwähnte, nicht eingefallen ist, ihn, wie er meinte, damit lächerlich zu machen, es würde mir auch schwerlich gelungen sein,

ſondern ich habe ihn gerade als einen der hervorragenden meiner Gegner zitiert, um dadurch zu zeigen, wie es für mich doch nicht möglich wäre, meine Vorlagen nach den Wünſchen einzurichten, die hier im Reichstage mir gegenüber treten. Dann muß ich aber auch auf ſeine Aeußerungen, was ich leider in der Ausdehnung, in der er geſprochen hat, nicht vermögen werde, doch noch einiges erwidern, weil der Herr Vorredner die Bedeutung, die Tragweite der ganzen Vorlage, wie wir ſie bringen, weſentlich verſchoben hat, vielleicht unabiſichtlich; vielleicht mißverſteht er ſelbſt, was wir erſtreben. Er hat wiederholt den Accent darauf gelegt, er wolle Zeugen zu laſſen, aber ſie brauchten keine Richter. Nun, meine Herren, weiter wie Zeugen über Sachverhältniſſe ſuchen wir ja auch gar nichts. Richter! Mein Gott, worüber ſollten denn dieſe richten! Ein Nebenparlament, das liegt uns ja ganz und gar fern. Ich möchte ſagen, da kommt bei Ihnen das Mißtrauen des argwöhnlichen Alleinherrſchers zum Vorſchein, der keine andre Größe neben ſich dulden will; — uns liegt das aber ſehr fern. Der Herr Vorredner hat geſagt, dieſer Wirthſchaftsrat würde nicht unparteiſch ſein. Das ſoll er auch gar nicht. Die Regierung ſetzt ihn zuſammen, das iſt ja ganz natürlich. Die Regierung ſucht dabei keinen Richter weder über ſich noch über den Reichstag, ſie ſucht ein Hilfsorgan, um ihren eignen Schwächen, ihrem Mangel an Kenntniß zu Hilfe zu kommen, oder, wie der Herr Vorredner ſchärfer geſagt hat, ſie ſucht Zeugen über die wirklichen Thatbeſtände, die durch die Vorlagen der Regierung berührt werden können. Sie beabſichtigt auch nicht, ſich die Meinung machen zu laſſen von dem Volksrat, ſondern ſie will nur ihre Meinung nicht eher feſt-

stellen, als bis sie diese Sachkundigen über die Thatbestände, über die Bedürfnisse, über die Leiden der betreffenden Industrien gehört haben wird.

Der Herr Vorredner hat damit begonnen, daß er mir einen Vorwurf daraus machte, daß ich nach so kurzer Zeit, fünf oder sechs Monate nachdem Herr von Bennigsen zu meinem großen Bedauern diese Vorlage, die gar keinen politischen Charakter hat, was ich schon damals sagte, bekämpft hat, sie wieder einbringe. Ja, meine Herren, wenn wir das nicht thäten, so würden Sie glauben, daß das Bedürfnis, eine solche Institution zu haben, bei uns nicht fortbestehe. Wir müssen Sie mahnen, diesem Bedürfnis abzuhelfen, wir sagen Ihnen, wir, die Regierungen, wir bedürfen der Informationen. Darauf sagt Herr Bamberger: da irren Sie sich, Sie bedürfen deren gar nicht; — je weniger informiert Sie vor uns kommen, desto leichter ist unser Spiel — (Widerspruch links) — mag der Gedanke zu Grunde liegen, — ich weiß es nicht, aber auf mich macht es den Eindruck und im Lande macht es den Eindruck: Sie brauchen diese Informationen nicht, Sie sollen Ihre Informationen allein hier im Reichstag suchen. Meine Herren, der Reichstag kann alles, alles ablehnen, alles amendieren, aber die Vorlagen kann er für die Regierung nicht arbeiten. Darauf kommt es aber an, und das liegt in der ganzen Motivierung, die wir voriges Jahr gebracht haben, und die wir immer wieder bringen. Zur Herstellung unserer Vorlagen brauchen wir den Wirtschaftsrat; da ist von Nichten, von Beschränkung der Kompetenz des Reichstages nicht die Rede, wenn man nicht außerordentlich argwöhnisch und mißtrauisch in dieser Richtung ist, wie ich das zu meinem Bedauern von einem so angesehenen

Parlamentarier, wie der Herr Vorredner ist, heut vernommen habe. Ich glaubte, Sie wären Ihrer Stellung und Herrschaft sicherer, als daß Sie sich vor dem Wirtschaftsrat fürchteten! (Heiterkeit rechts.) Unser Bedürfnis besteht fort, und davon haben wir Ihnen von neuem Kenntniss geben müssen. Außerdem hat der Herr Vorredner darauf doch zu wenig Gewicht gelegt, daß dies ein ganz neuer Reichstag ist. Wenn wir dem unser Bedürfnis nicht wieder anmeldeten, so würde man mit Recht annehmen: Sie sind still, also Sie sind zufrieden, daraus sieht man, es ist eine Quengelei und ein plötzlicher Einfall, einer von den vielen „schenialen“ Einfällen, wie ein Herr sich gestern ausdrückte — ich würde „genialen“ sagen — (Heiterkeit), die in dem Gehirn des Reichskanzlers entstehen und wieder vergehen, je nachdem es phosphoresciert. Den Vorwurf würde man wiederum gemacht haben; ich aber habe die Absicht, an diesem einmal erkannten Bedürfnis, so lange ich lebe, zu beweisen, daß die Meinungswechsel bei mir nicht so häufig sind. Der Volkswirtschaftsrat soll gar nicht, wie der Herr Vorredner sagte, zwischen dem Reichstag und dem Bundesrat stehen, er soll einfach hinter dem Bundesrat stehen, hinter den Regierungen, namentlich hinter der eigentlichen Präsidialinitiative, von der die meisten Vorlagen ausgehen, damit diese durch die Zeugenvernehmung dieser Sachkundigen sich informieren kann, bevor sie mit ihrer Weisheit an das Licht des Tages tritt. Ich erstrebe nicht eine Einrichtung nach Maßgabe der wiederum nicht passenden Berufung des Redners auf die gleichmäßige französische Institution. In Frankreich ist nie irgend ein Parlament — und die französischen Parlamente, ich meine die heutigen, nicht die alten, waren

sehr viel wechselnder und gefährdeter in ihrer Stellung wie unsre — so kleinmütig gewesen, daß es sich vor dem französischen Volkswirtschaftsrat gefürchtet hätte. Daß es Turgot, dem Minister einer absoluten Monarchie, unter Umständen unbequem gekommen ist, das mag sein; mir ist auch nicht alles lieb gewesen, was aus unfrem Wirtschaftsrat herausgekommen ist; aber belehrend sind seine Aeußerungen doch immer, und ich möchte Sie bitten, namentlich von Ihrer Seite, sich nicht dem Verdachte des Absolutismus, der keinen andren Einfluß neben sich duldet, auszusetzen, sondern es uns zu gönnen, wenn wir unsere Lernbedürftigkeit eingestehen, uns belehren zu lassen. Es ist das sonst eine außerordentlich geringschätzige Behandlung der Regierungen, wenn sie alle 25 darüber einig sind, sie bedürfen dessen, und hier wird uns gesagt: nein, Sie irren sich alle 25, Sie bedürfen dessen nicht; Sie sind für unsre Bedürfnisse klug genug, Sie sollen sich nicht besser informieren, als wir; wir werden dafür keinen Groschen bewilligen.

Ich erwähnte schon, daß die Zusammensetzung des Wirtschaftsrats natürlich in den Händen der Regierung liegen muß, sie sucht ihre Information da, wo sie sie zu finden glaubt. An eine Art Richterkollegium dabei sich zu wenden, das fällt ihr nicht im Traume ein, Richter haben wir schon genug in der Welt. (Heiterkeit.) Der Herr Vorredner hat gemeint, wir würden denselben Zweck durch Enqueten ad hoc jedesmal mit weniger Arbeit erreichen. Er hat mir also nicht geglaubt, was ich vorher schon sagte, die Enqueten ad hoc machen ganz zweifellos mehr Arbeit, weil man immer *homines novi* dabei bekommt, von denen jeder einzelne zuerst vielleicht das Bedürfnis hat, den Beweis zu liefern, wie sachkundig

er iſt, was für ein Mann er iſt, was er verſteht, was er weiß; diejenigen, die ſchon eine Poſition gewonnen haben, bei denen es nicht mehr zweifelhaft iſt, welche Bedeutung ſie haben, die keine Stellung mehr zu gewinnen haben, mit denen wird leichter zu arbeiten ſein. Bei neuen Enqueten findet man ſehr häufig unrichtige Vorſtellungen über das, was für die Geſetzgebung überhaupt erreichbar iſt, alſo was der Herr Vorredner bezeichnete mit dem Monopolbedürfnis eines jeden einzelnen, über das ſich der Miniſter Turgot beklagt hätte. Das findet man bei den plötzlichen Enqueten, bei den Sachkundigen, die noch „grün“ ſind auf dieſem Gebiete, ſehr viel häufiger als bei denen, die ſchon einigermaßen eingelernt ſind.

Es iſt wirklich bedauerlich, daß ich vor Ihnen ſo lebhaft plaidieren muß für die Sorte Information, die wir zu brauchen glauben und über deren Bedürfnis, ohne den Rechten des Reichstags zu nahe zu treten, meines Erachtens die Regierungen allein urteilen können. Wir können natürlich, ſoweit es Geld koſtet, es nicht ohne Ihre Zuſtimmung machen; aber daß Sie uns den Brotkorb ſo hoch hängen, daß Sie uns die Information nicht gönnen, die wir zu brauchen glauben, das halte ich nicht der parlamentariſchen Billigkeit und dem Entgegenkommen entſprechend, welches die geſetzgebenden Körper einander leiſten ſollen.

Der Herr Vorredner meint, daß man in dem Wirtschaftsrate die objektive Wahrheit nicht finden würde. Ja, da möchte ich nur mit Pilatus fragen: was iſt Wahrheit auf dieſem Gebiete? Ich weiß nicht, ob wir darüber jemals vielleicht in einzelnen Fragen klar würden, ob wir jemals darüber einig würden, was objektive

Wahrheit ist. Die suchen wir auch in dem Sinne, wie der Herr Vorredner es meinte, nicht. Wir suchen Kenntniss über dasjenige, was dem bureaukratischen Blicke vermöge der Stellung, von der er allein ausgehen kann, entgeht. Wir suchen Belehrung, und ich wiederhole, wir glauben sie zu bedürfen, ohne unwissender zu sein wie andre.

Einer der Herren Redner hat mir gestern die Fähigkeit abgesprochen, in vier Jahren überhaupt etwas zu lernen. Nun, ich habe schon gesagt, daß ich meine Lernfähigkeit nicht über den Durchschnitt der Menschen stelle, aber ein Triennium, drei Jahre, sind doch das Aeußerste, was die meisten von den Herren hier, die etwas hierüber gelernt zu haben glauben, für sich anführen können. Ein Jahr mehr noch, namentlich wenn man durch eine fünfzigjährige bewußte Erfahrung im Leben für die Dinge, die man lernen soll, vorbereitet ist, kann mich wirklich dahin bringen, daß ich — vielleicht irre ich mich — von den Dingen doch eben so viel verstehe, wie der Durchschnitt von Ihnen, meine Herren, den Herrn Redner selbst eingerechnet. Von der Allgemeinheit — in einzelnen technischen Richtungen vielleicht nicht — aber in der Gesamtheit glaube ich darüber ebensoviel Urtheil zu haben, wie jeder von Ihnen. Die Herren müssen doch nicht glauben, daß ihnen die Wahl ihrer Mitbürger zugleich durch eine gewisse mystische Weihe alle die Intelligenz, die gesamte Klugheit der zehntausend Wähler überträgt, die hinter ihnen stehen. (Heiterkeit, Oh! links.) Meine Herren, Sie verstehen von der Sache nicht mehr als ich. Seien wir also beide bescheiden, und räumen wir beide ein, daß wir der Belehrung bedürfen, und setzen Sie sich nicht auf das hohe Pferd, daß Sie uns sagen: wir

— nämlich die Fraktion, der der Herr Vorredner angehört — wir wiſſen genug für beide, für Regierung und Reichstag, die Regierung braucht nichts von Sachkundigen zu lernen.

Der Herr Vorredner ſagte noch ganz beiläufig: „ſeitdem ich mich von Herrn Miniſter Delbrück getrennt habe,“ — es iſt das wieder einer der hiſtoriſchen Irrtümer, die einreißen, — der Herr Miniſter Delbrück hat ſich von mir getrennt und zwar einfach unter Berufung auf ſeine Geſundheit. Ich will die ärztlichen Details hier nicht erwähnen, die er mir anführte, und ich habe mich vergeblich bemüht, irgend ein andres Motiv, ein ſachliches von ihm herauszubringen unter dem Erbieten, ihm entgegenzukommen in dem, worüber er etwa klagen könnte. Er iſt einfach dabei beharrt, ſowohl Seiner Majestät dem Kaiſer gegenüber wie mir, ſich auf ſeinen Geſundheitszuſtand zu berufen, und ich habe nicht den entferntesten Grund, anzunehmen, daß er mir, der ich mit ihm ſeit dem Jahre 1851 pari paſſu in wiſchaftlichen Dingen, er in Zollvereinsgeſchäften und ich in Bundesgeſchäften in Frankfurt, zuſammen arbeitete, daß er jemandem, mit dem er ſo lange bekannt und vertraut wäre, irgendwie nicht die volle Wahrheit bekannt hätte; es liegt das überhaupt nicht in ſeinem Charakter, nicht die Wahrheit zu ſagen. Wenn ich damals geſagt habe: davon verſtehe ich nichts, fragen Sie Delbrück, — ſo muß das doch gegenüber einem Manne wie Delbrück nicht ſo buchſtäblich genommen werden; ich habe damit ſagen wollen, Delbrück verſteht davon mehr wie ich, er hat das Reſſort in Händen, ich greife ihm nicht leicht ein ohne Beſprechung mit ihm. Da iſt doch der Herr Vorredner mit den üblichen Formen, die zwiſchen Leuten wie dem Miniſter

Delbrück und ihm und mir bestehen, vertraut genug, um aus dieser meiner Aeußerung nicht gleich ein öffentliches parlamentarisches Argument für meine Unwissenheit machen zu dürfen. Ich habe schon öfters gesagt, ich habe mich in dieses Ressort nicht gemischt, so lange es in der Hand Delbrücks war, der eine große Autorität hatte, der seinerseits auch die Verantwortung und die Vertretung davon übernahm. Sie haben auch aus dem, was ich eben anführte, entnehmen können, daß über seine Geschäftsführung kein Meinungsstreit zwischen uns bestand, und daß meine Anerkennung seiner Autorität so groß war, daß die wesentlichen Zweifel, die bei mir zu keimen begannen, ob wir auf dem richtigen Wege wären, von mir unterdrückt wurden gegenüber der Bedeutung und technischen Ueberlegenheit dieses Mitarbeiters, auf den ich nicht verzichten wollte. Ich habe damals solchen Wirtschaftspolitikern gegenüber, die sich darüber beschwerten, daß nicht alles gut ginge — und ich glaube, ich kann Zeugen dafür aufrufen — gesagt: es ist möglich, daß wir stellenweis auf einem irrtümlichen Wege sind, und daß nicht alles richtig ist, was Minister Delbrück unternimmt; aber ich weiß nicht, wie ich die Lücke decken sollte, die entstehen würde, wenn er ausscheidet. Ich kann sein Anteil neben allem, was ich sonst zu thun habe, nicht übernehmen und weiß keinen Ersatz; ich muß mir, wie es so häufig im Leben ist, eine tüchtige Kraft mit ihrem Können und Leisten und mit ihren Irrtümern, wenn welche da sind, erhalten, und kann da nicht einen Mann von der Bedeutung wie Delbrück behandeln einfach wie einen vortragenden Rat, dem ich sage: ich habe Sie bitten lassen, nicht um Ihre Meinung zu hören, sondern um Ihnen die meinige zu sagen; so geht das nicht, sondern ich habe

mit Kollegen doch nur den Gesamtdurchschnitt und das Facit zu ziehen und abzuwägen, ob ich unerachtet einzelner Verschiedenheiten mit ihnen weiter arbeiten kann und muß, oder nicht, und kann nicht in Einzelheiten sagen: das verstehe ich besser.

Der Herr Vorredner hat nachher wieder auf eine rein preußische Frage, auf die Antwort, die ich in meiner Stellung als Handelsminister der Handelskammer zu Grünberg in Schlesien erteilt habe, Bezug genommen. Es ist vorauszusehen, daß darüber in Zukunft Verhandlungen im preußischen Landtage stattfinden werden, da werde ich als Handelsminister Rede stehen. Hier will ich zur Erläuterung bloß anführen, daß die Berichte der Handelskammern gesetzlich vorgeschriebene, amtliche Aktenstücke sind. Wenn ich in diesen amtlichen Aktenstücken aber solche Widersprüche in den Ziffern, solche Widersprüche der Schlußziehung mit den Ziffern finde, wie darin, so müßten die Herren Berichterstatter selbst und die ganze Welt annehmen, daß ein Handelsminister, der sich ruhig solche Berichte einreichen läßt, ohne darauf zu reagieren, sie gar nicht gelesen hat, und daß er seine Schuldigkeit nicht thut. In einem amtlichen Berichte verlange ich vor allen Dingen Wahrheit; die habe ich darin nicht gefunden, und das habe ich offen gesagt und bin es bereit zu vertreten, und wenn Zeit wäre, so würde ich es beweisen, indem ich alle diese Ziffern, die hier zur Hand liegen, Ihrem Sitzungsprotokoll einverleibe. Ich will Sie aber nicht damit langweilen, und Sie werden heut gewiß mit mir gern darauf verzichten.

Die Position des Stats für den Volkswirtschaftsrat wurde in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 83 Stimmen abgelehnt.

15. Die Ausbildung der Fabrikgesetzgebung.

9. Januar 1882.

In der 20. Sitzung des Reichstages, am 9. Januar 1882, brachte der Abgeordnete Dr. Freiherr v. Hertling, Mitglied des Zentrums, folgende Interpellation ein:

„Liegt es in der Absicht der verbündeten Regierungen, in ihrer Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen die bestehende Fabrikgesetzgebung einer weiteren Ausbildung zu unterziehen, insbesondere in der Richtung, daß die Sonntagsarbeit thunlichst beseitigt, die Frauenarbeit weiter eingeschränkt und eine übermäßige Ausdehnung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter verhindert werde, daß ferner spezielle Vorschriften über die im Sinne der Gewerbeordnung in den gewerblichen Anlagen vorzunehmenden Schutzmaßregeln erlassen und die mit der Fabrikinspektion beauftragten Beamten mit umfassenderen Befugnissen ausgestattet werden?“

Aus der Begründung der Anfrage durch den Interpellanten seien folgende Sätze hervorgehoben: „Die Allerhöchste Botschaft (vom 17. November 1881, vgl. Nr. 1 dieser Abteil.) drückt wiederholt die Ueberzeugung aus, daß die vielen sozialen Schäden unsres Volkslebens nicht durch einseitige Repressivmaßregeln gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen geheilt werden können, sondern daß positive Maßregeln zum Wohl der arbeitenden Klassen getroffen werden müssen. Nach der Lage der parlamentarischen Geschäfte scheint indessen keine Aussicht zu sein, noch in dieser Session den Reichstag mit solchen Maßregeln zu befragen. Meine politischen Freunde meinten trotzdem, es empfehle sich, jene Mahnung an den Reichstag nicht ohne Antwort zu lassen, und in diesem Sinne habe ich mir erlaubt, meine Interpellation bei dem Hohen Hause einzureichen.“ Nachdem der Redner Punkt für Punkt eine sehr ausführliche Empfehlung seiner Interpellation gegeben, schloß er mit den Worten: „Ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, daß diese Anregung bei den verbündeten Regierungen eine wohlwollende Aufnahme finden werde. Die liebste Antwort würde mir die sein, daß die ganze Anfrage überflüssig gewesen sei, daß alle darin berührten Punkte die Aufmerksamkeit und Thätigkeit der verbündeten

Regierungen seit lange in Anspruch genommen hätten. Ich würde dennoch glauben, daß auch dann die gegebene Anregung nicht ohne Nutzen gewesen sein würde." Fürst Bismarck antwortete darauf:

Die Antwort, welche der Herr Interpellant als die ihm liebste bezeichnet hat, kann ich ihm nach meiner Ueberzeugung vorweg geben. (Bravo! rechts und im Zentrum.) Ich glaube, daß die Anregung eine für den Augenblick unnötige war. Ich will nicht sagen, daß sie nicht eine dankenswerte Unterstützung der Bestrebungen der Regierung gewesen wäre, aber als solche halte ich sie wesentlich verfrüht. Der Herr Interpellant selbst ist sich darüber klar gewesen, daß die verbündeten Regierungen verwandte Anträge zu den seinigen noch in diesem Jahre voraussichtlich einbringen werden; er hat aber geglaubt, daß einige der von ihm angeregten Punkte unabhängig und vorweg erledigt werden könnten. Ich glaube im Gegenteil, daß sie nur in Verbindung mit den für das Frühjahr in Aussicht stehenden Vorlagen der verbündeten Regierungen sachgemäß erledigt werden können. Ich glaube, daß die meisten der Ziele, die der Herr Vorredner uns stellt, nur auf der Basis korporativer Assoziationen mit annähernder Sicherheit, ich will nicht sagen erreicht werden können, aber daß es nur auf dieser Basis möglich sein wird, ihnen so weit näher zu treten, wie es nach menschlicher Unvollkommenheit thunlich ist. Um diese Basis zu schaffen, steht uns noch mindestens ein arbeitsvolles Jahr, vielleicht mehr wie das bevor. Die Vorlage über die Berufsstatistik, welche Ihnen diese Session gebracht hat, ist die erste Grundlage davon, und es wäre mir lieber gewesen, diese Vorlage gefördert zu sehen, als eine Interpellation gestellt zu sehen, deren Beantwortung mir der Herr Vorredner

dadurch erschwert hat, daß er sie selbst beantwortet hat, und zwar so, daß ich seiner Beantwortung so sehr viel kaum hinzuzufügen haben werde.

Der Herr Vorredner hat die Schwierigkeiten und Schäden, von denen unsre Industrie und die Mitwirkung der Arbeiter an derselben begleitet ist, lebhaft und drastisch geschildert; er hat dadurch das Interesse der Regierung, die Sorgfalt, mit der die Regierung bemüht ist, diesen Schäden abzuhelpen, nicht steigern können, wenigstens die meinige nicht. Es ist, wie ich schon häufig wiederholt habe, die einzige Aufgabe, die mir die Notwendigkeit, im Dienste zu bleiben, willkommen macht, und der Herr Vorredner kann in dieser Richtung meinen Eifer nicht stärker beleben. Ob durch die akademische Diskussion, in die wir nach der erheblichen Rednerliste, die ich vor mir liegen habe, eingehen werden, diese unsre Aufgabe gefördert werden wird, — ich glaube es und hoffe es, denn diese Aufgabe gehört zu denen, die, je mehr sie diskutiert werden, je mehr sie von den Schlacken und den Vorurteilen befreit werden, von den Irrtümern, die absichtlich oder unabsichtlich darüber verbreitet werden, um so mehr gewinnen und um so mehr Hoffnung auf Lösung bieten werden. Ich bin also in dieser Beziehung dem Herrn Vorredner dankbar, daß er über die Fragen, die wir bearbeiten, eine öffentliche Diskussion angeregt hat.

Wenn ich vor dem Feste den Wunsch geäußert hatte, diese Interpellation selbst beantworten zu können, so bin ich dazu nicht veranlaßt worden durch das Bewußtsein, daß ich mehr darüber zu sagen hätte, als irgend ein anderer sagen könnte, sondern gerade durch die Empfindung, daß sich in dem jetzigen Stadium über diese Fragen nur wenig sagen läßt, und daß das wenige wesentlich

in der Kundgebung meiner perſönlichen Anſichten beſteht. Die verbündeten Regierungen ſind biſher nicht in der Lage geweſen, ſich ſchlüſſig zu machen; ſie warten dazu das Material ab, an deſſen Vorbereitung wir gegenwärtig arbeiten. Ich bin nicht einmal in dem Falle, wie ſonſt wohl, im Namen des Kaiſers beſtimmte, ſchon Geſtalt habende Ziele zu bezeichnen, da Seine Majeſtät der Kaiſer in Fragen von der Wichtigkeit, wie dieſe, die definitiven Entſchlüſſungen nicht faßt, bevor das Für und Wider ſorgfältig und funditus erwogen iſt. Die Ziele, welche der kaiſerlichen Politik vorſchweben, ſind durch die kaiſerliche Botſchaft gekennzeichnet. Es handelt ſich nun aber um die Wege, auf welchen ſie zu erreichen ſind, und die Wahl dieſer Wege iſt gleich wichtig wie die Feſtlegung des Zieles überhaupt, denn jeder Weg kann ein richtiger Weg ſein, er kann auch ein Irrweg ſein. Ich muß ſagen: ich ſelbſt bin meiner Ueberzeugung über die Wahl der Wege — über die Ziele bin ich mir ganz klar — aber der Wahl der Wege bin ich ſo unbedingt ſicher nicht, daß ich Ihnen heute mit Beſtimmtheit amtliche Andeutungen über das machen könnte, was ich hoffe etwa im Monat April dem Reichstage vorlegen zu können auf dieſem Gebiete. Ich bin theils noch nicht mit mir darüber einig, theils nicht mehr in dem Maße, wie ich es früher war; noch nicht, weil ich der Belehrung bedarf. Ich bin nicht durch die Weihe der öffentlichen Wahl gegangen und bin deſhalb auch nicht in der Lage, über alle Dinge der Welt eine feſte, unabänderliche Meinung (oh! links) raſch in promptu zu haben, ſondern ich überlege mir die Dinge ſelbſt, und wie ich in manchem Konzept über wichtige Sachen viel ſtreiche, viel ändere, ſie kaſſiere und wieder neu arbeite, ſo iſt es auch in

diesen Fällen. Ich glaube nicht, es schon erreicht zu haben; ich glaube nicht, diese Dinge, die sich der menschlichen Beherrschung in demselben Maße entziehen, wie der Organismus des menschlichen Körpers der ärztlichen, so zu durchschauen, daß meine Meinung nicht der Belehrung und Aenderung unterworfen wäre. Ich sage dies in der Erinnerung daran, daß ich über die Unfallversicherung erst seit der Vorlage des vorigen Jahres die Ueberzeugung gewonnen habe, daß ohne korporative Unterlagen die Sache faktisch nicht ins Leben zu führen sein wird. (Hört, hört! links.) Die bei der Vorlage vom vorigen Jahre uns vorschwebende, auf den ersten Anblick gewählte — ich möchte sie bureaukratische Einrichtung nennen (sehr richtig!), hat mich als Geschäftsmann überführt, daß die Masse der Geschäftsnummern, die entstehen würden, für keine Centralbehörde zu bewältigen sein würde. Es ist also notwendig eine Arbeitsteilung geboten, und zwar eine solche, die den Interessenten mit heranzieht, und welche den schließlichen Ersatz des Schadens kombiniert mit der Aufgabe, den Schaden durch Aufsicht zu verhindern und einzuschränken, — ich meine also, eine Beziehung der Fabrikinspektoren — um dies obiter zu berühren — zu den Korporationen. Die Korporationen sollen wesentlich aus den gleichartigen Gefahrenklassen bestehen, so daß derjenige, der die Schäden zu bezahlen hat, auf den die Beiträge umgelegt werden, der also zugleich das Interesse hat, sie zu verhindern, gerade wie eine Brandasssekuration feuergefährliche Einrichtungen zu verhindern sucht, daß der auch zugleich die Aufgabe habe, bei seinen Genossen darüber zu wachen, daß sie nicht leichtfertig Unfälle herbeiführen. Das Korporationsinteresse soll die Fabrikinspektion unterstützen, die ja

immer in ihrem ſtaatlichen Charakter beſtehen kann, aber meines Erachtens nicht iſoliert bureaukratiſch, ſondern getragen von irgend einer kollegialiſch oder unter öffentlicher Kontrolle arbeitenden Korrektur; ſonſt kommen wir in perſönliche Willkür, die ſelten, aber doch auch, in dieſem Fache vorkommt.

Wenn ich ſage, ich bin nicht mehr ſo feſt in meinen Ueberzeugungen, wie ich es war, ſo habe ich eine Urſache davon ſchon erwähnt: die, daß ich mich überzeugt habe, daß die korporative Organisaſion, die wir in der früheren Unfallverſicherungsvorlage nur fakultativ ermöglicht hatten, zwangsweiſe eingeführt werden muß. Ich glaube, es giebt keinen andern Weg, welcher zu praktiſchen Erfolgen zu führen verſpricht.

Eine andre Einwirkung, die mich einigermaßen irre gemacht hat in meinem Glauben an Erfolg, liegt im Ausfall der Wahlen. Ich kann mich der Thatsache nicht verſchließen, daß gerade in den induſtriellen und Arbeiterkreiſen vorzugsweiſe Gegner der Regierung gewählt worden ſind, nicht überall, aber doch vorwiegend nach der Majorität. Ich muß alſo daraus ſchließen, daß die Arbeiter im ganzen mit den ihnen doch kaum unbekanntem Intentionen der geſetzgebenden Initiative nicht einverſtanden ſind (Ruſe links: Sehr wahr!), daß die Arbeiter alſo von den Herren, die eben „ſehr wahr!“ rufen, von den Herren, welche die freie Konkurrenz aller Kräfte, der Schwachen wie der Starke in allen Beziehungen vertreten, alſo von den Herren des Freihandels, des Gehenslaſſens, wie der Herr Vorredner ſagte, des *laissez faire*, mit einem Wort, von der forſchrittlichen und ſeſſionistiſchen Politik mehr erwarten, als von den Reformverſuchen der Regierung. Das liegt unzweifelhaft in den Wahl-

ergebnissen eines großen Theiles unsrer Wahlkreise, und das ist es, was mir in den Ergebnissen der letzten Wahlen am meisten zu Herzen gegangen ist. Ob die politischen Parteien sich etwas verschoben, ob etwas mehr von den Mittelparteien nach den extremen hin abgeht oder umgekehrt, das muß ich mir gefallen lassen und das macht mich nicht irre; aber diese Wahrnehmung, daß die Massen der Arbeiter selbst, den Versuchen der Regierung, ihre Lage zu verbessern, in dem Maße mißtrauisch gegenüberstehen, daß sie lieber Vertreter der Richtung wählen, welche auf dem Gebiete der Wirtschaftlichkeit das Recht des Stärkeren befürwortet (Rufe links: Oho — Hört!), und welche den Schwachen in seinem Kampfe gegen die Macht des Kapitals, gegen all die Gefahren, die der Herr Interpellant beredet, als ich es vermag, geschildert hat, im Stiche lassen, ihm jeden Beistand versagen und ihn dafür auf seine eigne Menschenwürde, auf die freie Konkurrenz und die Privatassekuranz und auf ich weiß nicht was noch für Worte hinweisen, kurz die ihm jede Staatshilfe versagen. — Ich habe als das System, welches ich nach dem Willen Seiner Majestät des Kaisers zu vertreten habe, bei früheren Gelegenheiten aufgestellt: wir wollen dahin streben, daß es im Staate womöglich niemanden oder doch so wenige wie möglich gebe, die sich sagen: wir sind nur dazu da, um die Lasten des Staates zu tragen, wir haben aber kein Gefühl davon, daß der Staat um unser Wohl und Weh sich irgendwie bekümmert, — daß die Zahl dieser nach Möglichkeit vermindert werde. Es gehört zu den Traditionen der Dynastie, der ich diene, sich des Schwachen im wirtschaftlichen Kampfe anzunehmen. Friedrich der Große sagte schon: je serai le roi des gueux, und er hat es nach seiner

Art durchgeführt in strenger Gerechtigkeit gegen Hoch und Gering nach der Art, wie seine Zeit es mit sich brachte. Friedrich Wilhelm III. hat dem damals hörigen Bauernstande eine freie Stellung verschafft, in der es ihm gegeben gewesen ist — bis zu einer rückläufigen Bewegung, die vor etwa 15 Jahren anfing —, zu prosperieren und stark und unabhängig zu werden. Unser oder mein jetziger Herr ist von dem edlen Ehrgeiz befeelt, in seinem hohen Alter wenigstens noch die Hand angelegt und den Anstoß gegeben zu haben, daß für die heutzutage schwächste Klasse unsrer Mitbürger, wenn auch nicht die gleichen Vorteile und Ziele wie für den Bauernstand vor 70 Jahren, aber doch eine wesentliche Besserung der Gesamtsituation, des Vertrauens, mit dem dieser ärmere Mitbürger in die Zukunft und auf den Staat, dem er angehört, sehen kann — daß noch zu Lebzeiten Seiner Majestät hieran Hand angelegt wird, und daß die Bewegung, die damit angeregt wird, vielleicht in einem weiteren Menschenalter ihre Ziele erreicht, wenn sie vielleicht auch wieder ersterben mag unter dem Drange der Zeit und der Gewalt andrer Kräfte. Er hat es sich als Ziel gesetzt, auf diesem Gebiete nach einem früher oder später erreichbaren analogen Zustand der Arbeiter zu streben, wie Sein hochseliger Vater in der ewig denkwürdigen Emanzipation der Bauern, die an die Namen Stein, Hardenberg und Friedrich Wilhelm III. sich knüpft. Mit dieser Tendenz ist ja das Gehenlassen, das Anweisen des Schwachen auf seine eignen Kräfte und auf Privat-hilfe im diametralen Widerspruch. Nichtsdestoweniger und bei der vielbewährten Treue, mit welcher der gemeine Mann bei uns an seiner Dynastie und an seinem Königtum hängt, sind die Verheißungen, die Anerbietungen,

die Anfänge einer emanzipierenden Gesetzgebung in den großen Zentren der Industrie von dem Arbeiter mit weniger Vertrauen aufgenommen worden, als die Anerbietungen der Herren, die kühl und legal sagen: helft euch selbst, ihr seid dazu imstande, ihr seid stark genug, eure Unabhängigkeit erfordert das, vom Staate habt ihr nichts zu erwarten; kurz, die Niederlage, welche die Regierung oder die ich persönlich mit meinen Reformbestrebungen in den großen Zentren der Industrie bei den Arbeitern in der Wahl erlitten habe, hat mich bis zu einem gewissen Grade entmutigt; allein diese Entmutigung kann mich nicht abhalten, meine Schuldigkeit zu thun, solange ich im Dienste bin, und wenn ich auch ganz sicher bin, einer ausnahmslosen Opposition gegen das, was ich den Herren vorlege, entgegenzugehen — ich sehe den Korb, den ich bekommen werde, schon vor mir, ich muß ihn aber bekommen, und zwar öffentlich bekommen, um das Bewußtsein zu haben, meine Schuldigkeit gethan zu haben. Ich kann also auch nicht einmal meiner eignen Ueberzeugung, meiner Entmutigung, unter der ich spreche, im Hinblick auf die Arbeiterwahlen, einen vollen und unbegrenzten Ausdruck geben, sondern muß meinen Dienst weiter thun. Ich muß wiederholen, und bin gewiß viel zu wortreich, um zu entwickeln, daß ich eigentlich wenig zu sagen habe, und ich will daher lieber ohne weiteres dem Wortlaut der Interpellation näher treten.

Wenn ich sie in der Allgemeinheit beantworten könnte, wie die Frage gestellt ist, dann wäre es ja außerordentlich leicht, dann brauchte ich die verbündeten Regierungen nicht zu fragen. Unter ihnen ist keine so übelwollend, daß sie nicht dem Arbeiter seine Sonntagsruhe und die Möglichkeit, seinem Gottesdienste zu folgen, daß sie nicht

dem Arbeiter und seiner Frau die Möglichkeit gönnte, mit der kürzesten Arbeitszeit die notwendige Einnahme sich zu sichern, deren er das Jahr hindurch bedarf, um zu existieren. Ich glaube aber, eine so kurze Antwort ist wohl nicht die Absicht der Herren Interpellanten gewesen, mit denen ich sonst wesentlich in ihren Bestrebungen auf diesem Gebiet, nicht überall, auch nicht vollständig, aber in der Hauptsache mich einverstanden erkläre; sondern sie haben gewiß beabsichtigt, daß ich zu der akademischen Diskussion, die uns bevorsteht, auch meinerseits mein Scherflein beibringe und Material der Kritik entgegenbringe, und das wird ja auch geschehen. Die Ansprüche des Herrn Vorredners — ich bitte um Verzeihung, wenn ich unter Schwierigkeiten spreche, ich bin noch nicht ganz hergestellt, wollte mich aber heute der gestellten Aufgabe nicht entziehen. Die Anforderungen des Herrn Vorredners könnte ich um so sicherer mit einem einfachen Ja beantworten und mich dann wieder hinsetzen, weil ich mich dabei ganz innerhalb des Gebiets befinde, was ich mir erlaubte bei einer früheren Gelegenheit „praktisches Christentum“ zu nennen, das heißt Bethätigung unsrer christlichen Sittenlehre auf dem Gebiet der Nächstenliebe. Ich habe gefunden, daß in der Presse mehr als im Parlament diese Bezeichnung manchen Anstoß gegeben und manche Gegner geschaffen hat, denen das Wort „christlich“ unangenehm ist, es so scharf accentuiert zu sehen, — ich meine nicht von konfessionellen Unterschieden, ich meine nur von dem Unterschiede in dem Grade des Glaubens oder Nichtglaubens. Aber auch diejenigen, die an die Offenbarungen des Christentums nicht mehr glauben, möchte ich daran erinnern, daß doch die ganzen Begriffe von Moral, Ehre und Pflichtgefühl, nach denen

sie ihre andern Handlungen in dieser Welt einrichten, wesentlich nur die fossilen Ueberreste des Christentums ihrer Väter sind (sehr gut!), die unsre sittliche Richtung, unser Rechts- und Ehrgefühl noch heute, manchem Ungläubigen unbewußt, bestimmen, wenn er auch die Quelle selbst vergessen hat, aus der unsre heutigen Begriffe von Zivilisation und Pflicht geflossen sind. Ich glaube also, auch ihnen und selbst denen, die einer andern Konfession angehören, ist doch das Gebot der Nächstenliebe, das Gebot der Wohlthätigkeit auch in ihrer Konfession ein vorherrschendes. Ich sehe daher nicht ein, mit welchem Recht wir für unsre gesamten Privathandlungen die Gebote des Christentums, lebendig oder fossil, anerkennen und sie gerade bei den wichtigsten Handlungen, bei der wichtigsten Bethätigung unsrer Pflichten, bei der Teilnahme an der Gesetzgebung eines Landes von 45 Millionen in den Hintergrund schieben wollen und sagen: hier haben wir uns daran nicht zu kehren. Ich meinerseits bekenne mich offen dazu, daß dieser mein Glaube an die Ausflüsse unsrer offenbarten Religion in Gestalt der Sittenlehre vorzugsweise bestimmend für mich ist und jedenfalls auch für die Stellung des Kaisers zu der Sache (Unruhe links) und daß damit die Frage von dem christlichen oder nichtchristlichen Staate gar nichts zu thun hat. Ich, der Minister dieses Staates, bin Christ und entschlossen, als solcher zu handeln, wie ich glaube, es vor Gott rechtfertigen zu können. (Bravo! rechts.)

Wenn ich also von diesem Standpunkt die Ansprüche — deren lebhafteste Schilderung der Interpellant uns nach den Bedürfnissen und der Lage der Arbeiter gemacht hat — die Ansprüche, die er darauf gründete, ohne seinerseits etwas zur positiven Lösung der Frage beizutragen — wenn

ich die als vollständig gerechtfertigt anerkenne, so bin ich doch als Minister in einer andern Lage, als ein einfacher parlamentarischer Redner, der von dem, was er sagt, eine unmittelbar praktische Folge, für die er selbst eine Verantwortlichkeit fühlte, nicht erwartet, und ich kann deshalb so dreist und entschlossen der Sache nicht näher treten, wie das in der Interpellation geschehen ist. Es liegt in all den Aufgaben, die aus der Interpellation für unsre Gesetzgebung hervorgehen, die Frage: wo ist die Grenzlinie, bis an welche man die Industrie belasten kann, ohne dem Arbeiter die Henne zu schlachten, die ihm die Eier legt? Wenn man an die Industrie Anforderungen stellt zur Erfüllung staatlicher Zwecke — und ein staatlicher Zweck ist die Herstellung eines höheren Maßes von Zufriedenheit bei allen Angehörigen, die der Industrie an sich ziemlich gleichgiltig sein kann — wenn man die Anforderungen zur Herstellung staatlicher Zwecke an die Industrie stellt, so muß man sich die Grenze der Tragfähigkeit dieser Industrie doch sehr genau vergegenwärtigen; (sehr richtig! links) das kann man wiederum meines Erachtens, wie der Herr Vorredner auch bemerkte, nicht en bloc und im ganzen, das wird man mit einzelnen Berufsclassen vielleicht können, unter deren Zustimmung und mit deren Mitwirkung. Aber, wenn man ohne diese Grenze zu respektieren, ohne sie auch nur zu ermitteln — und gerade dazu, meine Herren, nehme ich Ihre und die Hilfe des von Ihnen verkannten Wirtschaftsrats in Anspruch, um diese Grenze richtig zu finden — wenn man hineingeht, ohne die Grenze zu suchen, ohne sie zu respektieren, so läuft man Gefahr, die Industrie mit Anforderungen zu belasten, zu deren Erfüllung sie gar nicht im stande ist. Mit Schaden betreibt

niemand eine Industrie, oder auch selbst für geringen Gewinn betreibt sie niemand; wer mit fünf Prozent seines Kapitals zufrieden ist, hat es bequemer, wenn er sich rein auf die Couponschere verläßt, die brennt nicht ab, die versagt auch nicht, es ist ein reinliches Geschäft. Wer ein Risiko unternimmt durch Anlage großer Kapitalien in Unternehmungen, deren Verlauf niemand vorhersehen kann, der thut es für den Gewinn, den er dabei zu machen hofft, zur Vermehrung seines Vermögens, zur Versorgung seiner Familie. Schwindet dieser Gewinn, so tritt das Unglück für den Arbeiter ein, welches meines Erachtens viel größer ist als die lange Dauer der Arbeitszeit, nämlich die Gefahr der Brotlosigkeit mit dem Uebergangsstadium der Lohnverringerung. Das ist das erste, worin sich das Uebel fühlbar macht, daß es die Löhne verringert, wenn der Bedarf an Arbeit sich so mindert, daß anstatt daß jetzt geklagt wird, es wird zuviel Arbeit verlangt, dann zu wenig verlangt wird, und daß dann für sechs Tage nur für drei Arbeit geboten wird, ja, daß schließlich die Industrie, an die der Arbeiter nach seinem Wohnort, nach dem, was er gelernt hat, nach dem, was er gewohnt ist, angewiesen ist, ganz eingeht, und die schwierige Frage der vollständigen Brotlosigkeit in drohender Form erscheint. Man kann sich darüber nicht täuschen, daß jede von den Verbesserungen, die wir für den Arbeiter erstreben, mit einer Belastung der Industrie verbunden ist. Sind wir, wenn wir, auch selbst ohne es zu wollen, die Grenze berühren, wo die Belastung für die Industrie für diese nicht erträglich ist, sondern die Folgen eintreten, die ich erwähnt — sind wir dann entschlossen, der Industrie, deren Opfer wir für Erfüllung der Staatszwecke in Anspruch nehmen, staatliche Zuschüsse

zu geben? Die Fraktion, der der Herr Interpellant angehört, hat ſich biſher dem verſagt. Ich ſchreke vor der Frage nicht zurück. Ich bin ſehr weit entfernt davon, einem Teil der Staatsbürger ſein Gewerbe zu erleichtern durch Zuſchüſſe von ſeiten der andern; ich faſſe die Sache nur ſo auf: wenn man von einem Teil der Staatsbürger zur Erfüllung von Staatszwecken verlangt, daß er über das hinausgeht, was ſein Gewerbe an ſich von ihm fordert, nämlich den Arbeiter zu nutzen, wenn er Nutzen davon hat, ihn laufen zu laſſen, wenn er keinen hat, — wenn man ihm die Pflicht auferlegt, eine kürzere Arbeitszeit mit demſelben Tageslohn einzulegen, ſo muß man auch darauf gefaßt ſein, daß die Induſtrie, um nicht zu Grunde zu gehen, durch künstliche Zuſchüſſe zu halten ſein wird. Das iſt die Frage, vor der man ſteht, und die Herren, welche die Grenze, bei der ſie beginnt, nicht überſchreiten wollen, erlaube ich mir auf die Reſultate der Erfüllung aller der in der Interpellation geſtellten Forderungen kurz hinzuweiſen.

Der Herr Vorredner hat von Arbeitszeiten geſprochen, die mir ganz unbekannt ſind. Ich habe Fabriken in meiner Nachbarschaft, da iſt die eigentliche Arbeitszeit eine neunſtündige, mitunter eine zehnſtündige, die Schicht eine zwölfſtündige mit drei Stunden Ruhe; es ſind das auch Induſtrien, die vierundzwanzig Stunden die ganze Woche durch arbeiten und wo die Leute auch zwölf Stunden in der Fabrik oder in ihrer Wohnung, danebenliegend, in der Nähe der Fabrik, anweſend ſind und von dieſen zwölf Stunden in beſtimmter Einteilung in mehreren Abſchnitten drei Stunden ruhen und neun Stunden in der Fabrik ſich aufhalten. Wenn in irgend einer Induſtrie eine ſechzehnſtündige Arbeitszeit gefordert

wird, so bedaure ich die Lage dieser Industrie, denn ich halte das für eine Last, die auf die Dauer nicht zu tragen ist. Wenn man sich aber vergegenwärtigt — ich will nicht von sechzehn Stunden sprechen, ich halte das für eine Ausnahme — den Unterschied zwischen einer vierzehnstündigen und einer zehnstündigen Arbeitszeit, wenn für die Herstellung eines Quantums verkäuflicher Ware hundert Arbeitsstunden erforderlich sind: welches ist der Unterschied, der sich für den Unternehmer herausstellt, wenn er für diese hundert Stunden sieben Arbeitstage zu vierzehn Stunden oder zehn Arbeitstage zu zehn Stunden zu bezahlen hat? Es macht das auf das gesamte Lohnkonto eines solchen Unternehmers einen Unterschied von $\frac{3}{7}$, also sagen wir über 40 Prozent. Wenn Sie nun ein mäßiges industrielles Unternehmen ins Auge fassen, welches hundert Arbeiter nach dieser Rechnung hat, und jeder Arbeiter hat einen Jahresverdienst, wie das gewöhnlich angenommen wird, von 750 Mark, so ist das ein Gesamtaufwand des Unternehmers von 75 000 Mark. Nehmen Sie davon 40 Prozent, $\frac{4}{10}$, als Zuschlag wegen der verkürzten Arbeitszeit ohne Reduktion des Lohns, so haben Sie einen Zuschlag von 30 000 Mark Arbeitslohn und steigern die Kosten der Fabrik von 75 000 auf 105 000 Mark. Es wird mich freuen, wenn die Industrie das tragen kann. Kann sie es aber nicht tragen, dann schädigen wir den Arbeiter in viel höherem Maße, als wir ihn erleichtern, indem wir ihm die Industrie stören, auf die sein ganzer Lebensunterhalt basiert ist, wir kommen dann zu trostlosen Zuständen bei einem großen Teil der Bevölkerung, für die der Gesetzgeber die Verantwortung hat, weil sein Eingriff — ich möchte sagen — roh, gewaltthätig und ohne sorgfältige Prüfung der Situation

erfolgt ist, und dem Arbeiter ist damit am allerwenigsten gedient.

Wenn man nun diese drei Punkte, die in der Interpellation voranstehen, die Sonntagsarbeit, die Frauenarbeit und die Ausdehnung der Zeit der Männerarbeit — sie haben das miteinander gemein, daß sie die Zeitfrage betreffen — wenn man sie kumuliert, die Beseitigung der Sonntagsarbeit in denjenigen Geschäften, wo sie bisher üblich ist, — ich will es ja nicht rechtfertigen, aber ich rechne mit den gegebenen Verhältnissen, wie wir sie tatsächlich haben, es repräsentiert immer, sowohl für das Einkommen des Arbeiters wie für den Unternehmer, ein Item von $\frac{1}{7}$ des Lohns. Kann der Arbeiter nun das Siebentel Lohn, also 14 oder 15 Prozent seines wöchentlichen und jährlichen Einkommens, etwa auf die andern Wochentage schlagen, so ist es gut, dann bleibt seine Jahreseinnahme dieselbe; kann er das nicht, so vermindert sein Budget sich um $\frac{1}{7}$, also bei einem Durchschnittseinkommen von 750 Mark etwas über 100 Mark. Mir liegt — ich will nachher darauf kommen, es betrifft die Arbeitszeit der Männer — eine Jahresrechnung vor, die Arbeiter in einer Petition aufstellten, wobei ich sagen muß, daß 100 oder gar 107 Mark bei dieser Rechnung in keiner Weise zu erübrigen sind in dem Budget eines Arbeiters, aber man muß sich doch klar machen: wo soll das Ergebnis der Sonntagsarbeit in dem Budget des Arbeiters oder in den 14 Prozent, die etwa noch auf die Lohnausgabe des Unternehmers aufzuschlagen sind, im Zusatz zu der Rechnung von 40 Prozent, die wir vorhin hatten, herkommen? Ich weiß es nicht. Kann die Industrie solche Auflage tragen? Wir müssen uns die Ziele nicht zu hoch stellen; wie hoch wir sie stellen

dürfen, werden wir meines Erachtens erst beurteilen können, wenn wir zu korporativen Bildungen gelangt sein werden, wo wir dann mit jeder einzelnen verhandeln können und wissen, wie weit sie in Konzessionen den Staatszwecken gegenüber gehen kann ohne Zuschuß. Das werden wir aber frühestens im nächsten Frühjahr auf Grund der Ihnen dann zu machenden Vorlagen in Angriff nehmen können; bis jetzt bin ich außer Stande, darüber ein Urteil zu geben. Eine Verminderung des Arbeitstages von 14 auf 12 Stunden, von 12 auf 10, beträgt immer noch etwas wie 20 Prozent; können wir die auferlegen? und wenn ich den Sonntag noch abziehe und 14 Prozent noch weitere Reduktion zuschlage, können wir, kann die Industrie die decken?

Daselbe findet auf die Frauenarbeit Anwendung. Ich halte es im höchsten Maße wünschenswert, wenn die Fabrikarbeiter auf den Fuß gelangen könnten, auf dem die ländlichen Tagelöhner fast überall stehen, daß die Frau in der Regel nicht mit auf Arbeit geht, sondern den ganzen Tag zu Hause bleibt, mit alleiniger Ausnahme der Zeit, wo in der Landwirtschaft Not an Mann ist, also der verschiedenen Ernteprozeduren. Ob das bei den Fabrikarbeitern erreichbar ist, das weiß ich nicht, aber das, was die Frau bisher verdient, mag es die Hälfte, $\frac{1}{3}$ oder $\frac{2}{3}$ von dem Verdienst des Mannes sein — es ist zum Budget von 750 Mark immer ein Zuschuß, der bisher nicht entbehrt werden kann. Ich erinnere mich aus meinen eignen Erlebnissen, als zuerst die Einrichtung zum Schutz der jugendlichen Arbeiter bei uns erfolgte, daß die Mütter auf dem Lande zu mir gekommen sind, mir Vorwürfe gemacht und verlangt haben, ich sollte ihnen angeben, was sie mit diesen unbeschäftigten

und ihnen zur Last liegenden Jungen zu Hause machen sollen; früher habe er etwas verdient, jetzt verfalle er dem Müßiggang und andern schlimmeren Lastern mit den übrigen Kameraden. Es hat ja diese sehr humane und vortreffliche Einrichtung, die Jugend und die zartere Konstitution schützen zu wollen, auch ihre Rehrseite, wie sich hier jeder vergegenwärtigen kann, der weiß, was für Neigungen in einem Jungen, der sich in den sogenannten Flegeljahren befindet, von 12 bis 16 Jahren, auftauchen, wenn er zum Müßiggang gesetzlich verurteilt wird.

Dann, was die Arbeitszeit der Männer betrifft, so findet auf diese, da diese drei Fragen sehr verwandt sind, die Sonntags-, die Frauen- und die Männerarbeit, dasselbe Anwendung. Im Gegensatz zu dem Herrn Interpellanten darf ich aus den Petitionen schließen, die mir zugehen, daß die Hauptklage über die zu lange Arbeitszeit der Männer geführt wird; mir ist noch nie eine Petition gegen die Arbeit der Frauen oder Kinder zugegangen, vielleicht deshalb, weil die Schreiber der Petitionen eben die Männer sind; aber die Klagen über die zu lange Arbeitszeit der Männer, namentlich infolge der jüngsten Aufbesserung der Geschäfte, besonders in den Bergwerken, die Klage über die Ueberschichten, die ist eine sehr allgemeine. Eine Gesellschaft von Petenten begleitet die mir vorliegende Anforderung auf Verminderung der Arbeitszeit mit der Darstellung des Budgets eines Arbeiters, aus welchem folgt, daß dieses Budget einen Ausfall durch Kürzung der Arbeitszeit nicht verträgt, falls nicht der Unternehmer in der Lage ist, den Schaden einzubüßen; da wird aufgestellt bei einem Budget von 750 Mark im Jahr, das heißt 300 Arbeitstage

zu 2 Mark 50 Pfennige, ein Bedarf an Hausmiete von 100 Mark, Feuerungsbedarf an Kohlen 30 Mark, Seife 15 Mark, Del 26 Mark, Steuern 29 Mark; nun vermute ich, daß diese Steuern hauptsächlich in Kommunalzuschlägen bestehen, denn es ist ja dies eine der größten und am meisten belasteten rheinischen Städte, denn an Staatssteuern kann ein Arbeiter mit 750 Mark Einkommen unmöglich 29 Mark bezahlen, und ich hoffe, wenn die Herren uns das Tabakmonopol bewilligt haben werden, (Heiterkeit) daß diese Klasse im Staate ganz steuerfrei gestellt, und die Klassensteuer als ein Uebel vollständig aus der Welt geschafft werden kann, aber wie es scheint, dauert dies noch lange — also 29 Mark Steuern, Kleidungsstücke für die Familie 150 Mark, das macht also ohne leibliche Pflege 350 Mark. Diese abgerechnet von 750 Mark, bleiben 400 Mark, und davon kann nach der Erklärung der Bittsteller eine Familie von 5 bis 6 Gliedern nicht leben. Nun vermute ich, daß in der Familie von 5 bis 6 Personen Frau und Kinder auch etwas verdienen, und daß das hinzutritt, und Ziffern sind bekanntlich unzuverlässig, vielleicht auch diese, aber die Nennung von Ziffern führt meines Erachtens die Diskussion auf das praktische Gebiet, wo im Raume die Dinge sich hart aneinander stoßen, während die Gedanken den Zusammenstoß leicht überfliegen, und deshalb möchte ich das vorgetragene Budget zu beherzigen bitten. Soll es nicht durch Verminderung der Arbeitszeit noch verkürzt werden, so fragt es sich: kann man den Unternehmer zu einem Zuschuß nötigen, ohne daß er zur Geschäftsauflösung schreitet, ohne daß infolgedessen der Arbeiter brotlos wird, denn mit Schaden arbeitet kein Unternehmer? —

Es sind das alles Fragen von großer Schwierigkeit,

deren Lösung wir bisher nicht näher getreten sind, auch nicht durch Mittel, die uns die Interpellation angegeben hätte. Ich bin indessen sehr gespannt, ob nicht in der Diskussion die Herren, die das Wort ergreifen werden, der Regierung zu Hilfe kommen werden mit praktischen Vorschlägen, die den Uebelständen abhelfen, ohne die Schäden, die ich befürchte, und die mich ängstlich machen. Die Rednerliste, die vorliegt, besteht ja aus den Herren, die sich am meisten und mit dem größten Erfolg mit solchen wirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben; ich hoffe also noch in diesen Reden einigen Ersatz zu finden für die Versagung des Wirtschaftsrats, der wir uns gegenübersehen. (Heiterkeit.)

Ich erlaube mir noch in Bezug auf die allgemeine Beschränkung einer Arbeitszeit, die der Herr Vorredner schon selbst abgelehnt hat, einiges zu bemerken. Auch in dem einzelnen Geschäft kann man doch genau und diktatorisch die Arbeitszeit nicht für alle Fälle beschränken. Jedes Geschäft hat seine Ebbe und Flut. Wir brauchen bloß an die Zeit der Festtage hinter uns zu erinnern. Welches Berliner Geschäft hat nicht seine Flut gehabt im Monat Dezember vor Weihnachten? und so ist bei andern Geschäften in andern Jahreszeiten in regelmäßiger Wiederkehr Ebbe und Flut. Wollte man dieselbe Arbeitszeit oder ein Maximum der Arbeitszeit ansetzen, was nicht überschritten werden darf, in einer Weihnachtszeit, wo die Leute, um zu verdienen, mit Vergnügen die Nächte daran setzen, um zu arbeiten, so würde man hart und störend in ihre freie Erwerbsthätigkeit eingreifen. Aber auch in andern Geschäften unabhängig von Festen und von solchen Zeiten kommen nach der Natur des Verkehrs doch Ebbe und Flut vor. Wenn nun zu Zeiten, wo

großer Begehr nach einem bestimmten Produkt ist — wir wollen sagen, nach den Kohlen — die Kräfte nicht mehr angespannt werden können und dürfen, wie in denjenigen Zeiten, wo man die Kohlen umsonst anbietet und kann sie nicht los werden, und wo die Schichten so reduziert werden müssen, daß nur drei dem einzelnen in der Woche bewilligt werden, dann kommt die gesamte Bergwerksindustrie, die auf dem Jahresverkehr beruht, zu kurz. Es muß eine Freiheit der Bewegung sein, bei stärkerem Verkehr die Arbeitskräfte stärker heranzuziehen, als es bei schwächerem Verkehr der Fall ist.

Es tritt ferner bei der Normierung eines Arbeitstages noch eine Gefahr ein, das ist diejenige, daß das Maximum, welches damit bestimmt wird, an vielen Orten die bestehende Arbeitszeit übersteigt, denn man kann das Maximum nicht zu niedrig halten. Wenn man also da, wo zu meiner Verwunderung 16- oder 14stündige Arbeitszeit üblich ist, eine 12stündige Arbeitszeit einführt, so werden alle die Geschäfte, die bisher eine 10stündige haben, sich sagen: warum sollen wir nicht 12 Stunden annehmen? und man würde dann diese Arbeiter schädigen, wenn man nicht abwartet, bis die Berufsclassen sich gebildet haben, die in sich eine Korporation herstellen können, die ungefähr gleichartige Interessen vertritt, mit der man nachher verhandeln könnte, und von der man erwarten kann, daß sie auch ihre eignen Interessen dabei wahrnehmen wird.

Ich erlaube mir noch, auf die Fabrikinspektoren in bestimmterer Weise als vorher zurückzukommen und darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausbildung dieser Institution von den Regierungen keineswegs aus den Augen verloren ist, sondern daß wir nur eine Pause

gemacht haben, um wo möglich die korporativen Grundlagen auch hierfür zu gewinnen, so daß demnächst der Fabrikinspektor unter der Kontrolle der Korporation ebenso wohl wie des Staates steht. Als ich zuerst praktisch mit diesen Fabrikinspektoren in Berührung gekommen bin, habe ich sofort das Bedürfnis empfunden: hier muß die Kontrolle der Öffentlichkeit und ein Appell an irgend eine der Sache fremdstehende kollegiale Entscheidung sein; es kann von einer einzelnen Person und ihrem Dafürhalten nicht definitiv abhängen, was geschehen muß. Unter diesen Herren sind ja ganz ausgezeichnete Beamte, welche die Hoffnung der Zukunft auf Vervollkommnung der Einrichtung bilden. Es sind aber auch andre, die mit weniger Sicherheit und weniger zweckmäßig sich bewegen, und bei solchen isoliert stehenden bureaukratischen Beamten kommt häufig das Selbstgefühl und die Vorliebe für eigne Erfindungen und Theorien in einer Weise mit in Frage, daß da der Gewerbetreibende mit den geringen Rechten, die er dem Beamten gegenüber hat, fürchtet, sich diesen zum Feind zu machen, und lieber in Schädigung und in einen Zustand von Bedrückung und Verstimmung gerät. Deshalb glaube ich, daß auch diese Einrichtung, wenn sie weiter ausgebildet wird, wofür ich durchaus stimme, der Kontrolle und der Mitwirkung der Korporation der Beteiligten unterzogen werden sollte. Es kann das um so wirksamer sein, wenn die Körperschaft der Beteiligten zugleich diejenige ist, welche unter fehlerhaften Einrichtungen durch Deckung der Unfälle, die daraus hervorgehen, zu leiden hat. Dieselbe Solidarität der Interessen, die wir in den Korporationen erstreben, kann zugleich dahin wirken, daß die Kräfte, die der Arbeitgeber zu verwenden hat, mehr als bisher geschont

werden; namentlich wenn wir dahin gelangen sollten, was im weiten Felde steht, auch zur Altersversorgung zu kommen, dann liegt es im Interesse der gesamten Korporationen, die Behandlung des Arbeiters bei allen seinen Kollegen in der Korporation, bei allen Mitgliedern so eingerichtet zu sehen, daß das Bedürfnis der Altersversorgung nicht zu früh eintritt.

Ich hatte mir noch gewisse Einzelheiten notiert, ich glaube aber, ich habe sie im Laufe meiner Aeußerungen schon berührt und kann also mit der Versicherung schließen, daß mich die ganze Darlegung des Herrn Vorredners sympathisch berührt hat, daß ich aber auch ihn und seine Gesinnungsgenossen bitte, die Schwierigkeiten, die einer praktischen Ausführbarkeit des Wünschenswerten — die Wünsche teilen wir ja — entgegenstehen, auch ihrerseits zu würdigen und nicht zu große Hoffnungen, nicht unerfüllbare Hoffnungen zu erregen, und daß ich Sie bitte, mit Geduld den Zeitpunkt abzuwarten oder den Zeitraum — ich hoffe, er wird im April d. J. beginnen —, wo die verbündeten Regierungen in der Lage sein werden, nach den Intentionen des Kaisers das Bestreben zu bethätigen, daß auch bei den bisher Schutzlosen im Staate sich die Ueberzeugung aus der Praxis allmählich einbürgert, daß der Staat nicht bloß sich ihrer erinnert, wenn es gilt, Rekruten zu stellen, oder wenn es gilt, Klassensteuern zu zahlen — ich hoffe, daß wir über diesen Fehler unsrer steuerlichen Einrichtungen mit der Zeit ganz hinwegkommen können —, sondern daß er auch an sie denkt, wenn es gilt, sie zu schützen und zu stützen, damit sie mit ihren schwachen Kräften auf der großen Heerstraße des Lebens nicht übergerannt und niedergetreten werden. (Bravo! rechts.)

Der Abgeordnete Richter (Hagen) machte nach dieser Rede dem Reichskanzler den Vorwurf, er habe sich darin mehr als den Anwalt des Großkapitals und der Arbeitgeber, als denjenigen des armen Mannes hingestellt, welchen Vorwurf Fürst Bismarck ohne Antwort ließ. Die Besprechung der Interpellation, an welcher ferner die Abgeordneten Ebert, Grillenberger, Stöcker, Lasker, v. Schorlemer sich beteiligten, dauerte in der nächsten Sitzung noch mehrere Stunden lang; einen praktischen Erfolg hatte die Interpellation zunächst nicht.

16. Die Verantwortlichkeit der Minister und ihre Stellung zur Krone.

24. Januar 1882.

Der Reichs- und Staatsanzeiger brachte am 4. Januar 1882 folgenden vom Kaiser Wilhelm gezeichneten, vom Reichskanzler gegengezeichneten Erlaß „an das Staatsministerium“:

„Das Recht des Königs, die Regierung und die Politik Preußens nach eigenem Ermessen zu leiten, ist durch die Verfassung eingeschränkt, aber nicht aufgehoben. Die Regierungsakte des Königs bedürfen der Gegenzeichnung eines Ministers und sind, wie dies auch vor Erlaß der Verfassung geschah, von den Ministern des Königs zu vertreten, aber sie bleiben Regierungsakte des Königs, aus dessen Entschlüssen sie hervorgehen und der seine Willensmeinung verfassungsmäßig durch sie ausdrückt. Es ist deshalb nicht zulässig und führt zur Verdunkelung der verfassungsmäßigen Königsrechte, wenn deren Ausübung so dargestellt wird, als ob sie von den dafür verantwortlichen jedesmaligen Ministern und nicht von dem Könige selbst ausginge. Die Verfassung Preußens ist der Ausdruck der monarchischen Tradition dieses Landes, dessen Entwicklung auf den lebendigen Beziehungen seiner Könige zum Volke beruht. Diese Beziehungen lassen sich auf die vom Könige ernannten Minister nicht über-

tragen, denn sie knüpfen sich an die Person des Königs. Ihre Erhaltung ist eine staatliche Nothwendigkeit für Preußen. Es ist deshalb Mein fester Wille, daß sowohl in Preußen wie in den gesetzgebenden Körpern des Reiches über Mein und Meiner Nachfolger verfassungsmäßiges Recht zur persönlichen Leitung der Politik Meiner Regierung kein Zweifel gelassen und der Meinung stets widersprochen werde, als ob die in Preußen jederzeit bestandene und durch Artikel 43 der Verfassung ausgesprochene Unverletzlichkeit der Person des Königs oder die Nothwendigkeit verantwortlicher Gegenzeichnung Meiner Regierungsakten die Natur selbständiger königlicher Entschlüsse benommen hätte. Es ist die Aufgabe Meiner Minister, Meine verfassungsmäßigen Rechte durch Verwahrungen gegen Zweifel und Verdunkelung zu vertreten; das Gleiche erwarte Ich von allen Beamten, welche Mir den Amtseid geleistet haben. Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen, aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung Meiner Regierungsakte betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinalgesetz enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auf Vertretung der Politik Meiner Regierung auch bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde Ich mit Dank erkennen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihren Eid der Treue von jeder Agitation gegen Meine Regierung auch bei den Wahlen fernhalten.

Berlin, den 4. Januar 1882.

Wilhelm.

An das Staatsministerium.

von Bismarck.

Die Provinzialkorrespondenz bemerkte erläuternd zu diesem Allerhöchsten Erlaß: „Nachdem der Monarch sich mittelst der Botschaft (vom 17. November 1881) offen und deutlich zu der Politik seines Ministeriums bekannt hatte, nachdem aber in Reichstag und Presse von neuem die Frage aufgeworfen worden, ob der König

von Preußen noch das Recht seiner persönlichen Meinung habe, schien es ihm an der Zeit, die parlamentarischen Zwirnsfäden, mit welchen man seine Stellung einzuschränken und zu vernichten droht, durch einen kräftigen Hinweis auf den Beruf des Monarchen, wie er im Volksbewußtsein lebt, zu zerreißen.“

Im Reichstage machte gelegentlich der Statberatung in der 33. Sitzung am 24. Januar 1882 der Abgeordnete Hänel den Königlichen Erlaß zum Gegenstande einer längeren staatsrechtlichen Erörterung, wobei er zunächst das formelle, von einigen Seiten bezweifelte Recht des Reichstages zur Besprechung dieses Erlasses nachwies, welcher nicht vom Deutschen Kaiser als solchem, sondern vom Könige von Preußen ausgegangen sei. Die praktische Bedeutung und Veranlassung des Erlasses finde er allerdings unmittelbar in der Mitte des Reichstages selbst, in jenen Verhandlungen, in welchen zum höchsten Erstaunen und zur größten Ueberraschung plötzlich in ungewohnter Weise die Person des Monarchen in die Debatten gezogen wurde, und in dem Umstande, daß man durch diese Hereinziehung der Person des Königs in die Debatten den Anschein erweckte, als ob man die Verantwortlichkeit der höchsten Staatsbeamten fernerhin durch die unverantwortliche Person des Königs decken wollte. Man habe es erlebt, daß von seiten des preußischen Ministers des Innern (Herrn v. Puttkamer) ein königlicher Dank für unberechtigte Wahlbeeinflussungen ausgesprochen wurde. Diese Hineinziehung des Königs in die leidenschaftlichste Debatte der Wahlbewegung solle nun noch durch das neue und bisher ungewohnte Verfahren des Königlichen Erlasses gebilligt und bestätigt werden. Bei aller Ehrerbietung vor demselben muß der Redner erklären, daß er einer solchen Auffassung des Erlasses entschieden entgegenstehe und ihn tief beklage. Der König gewinne nicht dabei, der wahre Wert und die wahre Würde in der Stellung des Königtums leide Einbuße, wenn durch persönliches Eingreifen in die Debatten bei kritischen Zeiten, wo die Minister stürzen, der Monarch gehindert sei, das erlösende Wort zu sprechen, welches von einem deutschen Könige (Max II. von Bayern) dahin formuliert sei: „ich will Frieden haben mit meinem Volk“. Der Redner wiederholte nachdrücklich, der Königliche Erlaß sei praktisch nur dazu da, es zu rechtfertigen, daß man die Person des Königs in die politischen Verhandlungen verwebe, daß man

die Verantwortlichkeit der Minister mit der Person des Königs decke. „Ich sehe, schloß der Redner, in derartigen Rundgebungen eher eine Gefahr, als eine Förderung der königlichen und kaiserlichen Stellung in Deutschland und in Preußen. Diejenigen, welche die Verantwortung dafür zu tragen haben, haben sich dabei überall zu erinnern, daß die Liebe, die Treue, die Anhänglichkeit an das deutsche Kaisertum und an das preußische Königtum der Dynastie Hohenzollern identisch ist mit der Liebe, der Anhänglichkeit und der Treue an die konstitutionelle Verfassung.“

Der Reichskanzler, welcher erst während dieser Rede in den Saal getreten war, nahm unmittelbar nach derselben das Wort:

Der Herr Vorredner ist, wie ich höre, im Anfang seiner Rede zweifelhaft gewesen über seine Legitimation, hier im Reichstage einen Erlaß des Königs von Preußen, an seine Minister gerichtet, zu besprechen. Ich muß ihm überlassen, sich mit seiner Legitimation als Reichstagsabgeordneter abzufinden; ich bestreite sie nicht. Die meinige ist mir ganz zweifellos. Wenn ich hier als Reichskanzler und nur als solcher existierte, so wäre ich vielleicht zweifelhaft, aber ich muß da eine Fiktion — der Verfassung gegenüber ist es eine Fiktion — berichtigen: der Reichskanzler, so oft er hier genannt wird, ist eigentlich hier gar nicht anwesend. Nach Artikel 9 der Verfassung haben die Mitglieder des Bundesrats und nur diese, resp. die vom Bundesrat ernannten Kommissarien, das Recht, hier zu erscheinen und jederzeit gehört zu werden, um die Ansichten ihrer Regierung — so steht es in der Verfassung — zu vertreten. Ich bin also vollständig berechtigt, wenn ich die Ansicht meiner Regierung über den von mir kontrasignierten und verantwortlich vertretenen Erlaß hier nach Artikel 9 der Verfassung vertrete.

Nach Artikel 6 der Verfassung werden die Mitglieder

des Bundesrats, die also allein berechtigt sind, hier zu erscheinen, von den „Bundesgliedern“ ernannt, der Reichskanzler aber wird von Seiner Majestät dem Kaiser ernannt, und der Kaiser gehört nicht zu den bei der Einteilung der Ernennung der Bundesratsmitglieder aufgeführten Bundesgliedern. Der Kaiser als solcher ist im Bundesrat nicht stimmführend vertreten. Der Reichskanzler hat den Vorsitz, aber wenn es Seine Majestät der Kaiser nicht für gut findet, einen der preussischen Bevollmächtigten im Bundesrat zum Reichskanzler zu ernennen, weil vielleicht keiner derselben ihm dazu geeignet scheint, dann ist es sehr fraglich, ob der Reichskanzler hier das Vergnügen haben kann, wenn es eins ist, vor Ihnen zu reden. Ich bin also hier und spreche hier in meiner Eigenschaft als königlich preussischer Bevollmächtigter. Als solcher ist meine Legitimation nicht zweifelhaft; im Gegenteil, ich ergreife mit Vergnügen die Gelegenheit, die Ansichten meiner Regierung hier auszusprechen. Ich würde nicht den Mut gehabt haben, meinerseits hier die Initiative dazu zu ergreifen; nachdem sie aber ergriffen ist, so bin ich dafür dankbar.

Der Erlaß hat in keiner Weise den Zweck, neues Recht zu schaffen, steht auch in keiner Verbindung mit irgend welchen Aussichten auf Konflikt. Wenn der Herr Vorredner von dem hochseligen Könige von Bayern sprach, der Frieden mit seinem Volke haben wollte, so hat den der jetzt regierende König von Preußen im vollsten Maße. (Bravo! rechts.) Er hat nur mit einigen Fraktionen des Landtags nicht den vollen Frieden, wie er wünschte, aber doch auch keinen Konflikt; und einen Konflikt — meine Herren, das sind fromme Wünsche — einen Konflikt, den werden Sie nicht haben. (Heiterkeit rechts.) Und wenn

der Herr Vorredner das an Wiener Blätter — und an was für Wiener Blätter! an solche, die in französischem Solde stehen — anknüpft, so sollte man solche Autoritäten in diesen Räumen doch überhaupt nicht zitieren; gegen den Konflikt übernehme ich die Garantie, meine Herren! — ja, auch selbst, wenn er von anderer Seite gesucht werden sollte, Sie werden ihn nicht finden!

Aber, wenn der Erlass kein neues Recht hat schaffen wollen, so hat er den Zweck, wie aus seinem Inhalt ja hervorgeht, die Verdunkelung des bestehenden Rechtes zu verhüten, die konstitutionellen Legenden zu bekämpfen, welche sich wie wucherische Schlingpflanzen an den ganz klaren Wortlaut der preussischen Verfassungsurkunde legen, als ob es noch andre Rechtsquellen für uns gäbe außer dem preussischen geschriebenen Rechte, als ob die zufällig in andern Ländern bestehenden Traditionen oder Verfassungen auf irgend welche Giltigkeit bei uns in Preußen Anspruch hätten. Das Ergebnis dieser Legendenbildung, die wir ja im vollsten Umfange in wucherischer Ueppigkeit in der Rede des Herrn Vorredners hier vor uns haben entstehen sehen, geht in der letzten Konsequenz dahin, daß eben in Preußen der König zwar regiere, im Sinne des französischen régner — wir, nach richtigen preussischen Traditionen, unterscheiden beides nicht —, aber nicht regiere im Sinne des französischen gouverner, sondern daß die aktive Bethätigung der Regierungsgewalt in den Händen einer ministeriellen Regierung wäre, die neben dem Könige steht und, wenn sie ganz korrekt und in Ordnung ist nach dem Sinne des Vorredners, getragen wird von der Mehrheit eines oder beider Körper des preussischen Landtags. Wie man sich nach französischen Begriffen eine solche Regierung denkt, finde ich in dem

ausgezeichneten Werk von Taine „L'origine de la France contemporaine“ gesagt, nach welchem der König der Girondins „serait une espèce de président honoraire de la république, auquel ils donneraient un conseil exécutif nommé par l'Assemblée, c'est-à-dire par eux-mêmes“.

Das ist ungefähr das konstitutionelle Ideal der ministeriellen Regierung, die dem selbstregierenden König von Preußen gegenübergestellt werden könnte, und die dann allerdings, gestützt auf eine sichere und wohlgeschulte Majorität, sehr wohl imstande wäre, das Ideal zu realisieren, was beispielsweise der Abgeordnete Mommsen in seinen Wahlreden als ein Schreckbild bezeichnete, nämlich den ministeriellen Absolutismus, neben welchem unser Königtum verschwinden würde zu der Rolle schattenhafter Erbkönige, die, wenn man einen neuen Minister braucht, aus den Coulissen vorgeführt werden und unterschreiben und dann wieder verschwinden, nachdem sie auf diese Weise der landtäglichen Opposition ein neues Ziel zur Bekämpfung, eine neue Festung zur Belagerung, ein neues Ministerium — mit andern Worten — angewiesen haben. Also diese konstitutionelle Hausmeierei, die der Abgeordnete Mommsen mit einer für einen so angesehenen Geschichtsschreiber ungewöhnlichen Feindschaft gegen die Wahrheit (Heiterkeit rechts) mir vormirft — ich kann nur annehmen, daß die Vertiefung in die Zeiten, die zweitausend Jahre hinter uns liegen, diesem ausgezeichneten Gelehrten den Blick für die sonnenbeschienene Gegenwart vollständig getrübt hat (Heiterkeit rechts), — sonst hätte er unmöglich in Reden, die er gehalten hat, mir Schuld geben können, „daß die ‚Reaktivierung des absoluten Regiments‘ erstrebt werde“, in der Rede: „Es

geht um die Zukunft des deutschen Verfassungsstaates! — Rettet, was noch gerettet werden kann! es gilt die Reaktivierung des absoluten Regiments.“ Es ist wirklich eine nationale Beschämung für mich, wenn ich einen so ausgezeichneten Gelehrten, der unsern Ruhm dem Ausland gegenüber als Historiker vertreten soll, bezüglich der Gegenwart so reden höre. — Also dieses Ministerregiment, diese Kanzlerdiktatur ist etwas, was gerade dann möglich wird, wenn Sie überhaupt das Ministerregiment an die Stelle des königlichen Regiments setzen, wenn es Ihnen gelingt — es wird Ihnen aber nicht gelingen, denn Sie haben gar keine Unterlage hinter sich, die preußische Verfassungsurkunde weiß davon gar nichts. Es ist das eine Urkunde, die, fürchte ich, viel zu wenig gelesen wird; viele Leute haben sie auf ihrem Tische liegen, sehen sie aber niemals an. Ich will nur den Titel von dem Könige lesen: von den Ministern ist nur ganz kurz in der Verfassung die Rede, wo gesagt wird, daß sie verantwortlich sein sollen, und wie sie angefaßt werden sollen, wenn Sie das Mißfallen der Majoritäten sich zugezogen haben.

Es heißt in Tit. 3, „vom Könige“, Art. 43:

Die Person des Königs ist unverleglich.

Nun, das ist sie, Gott sei Dank, in Preußen immer gewesen, und es hat außer einigen Verbrechern, die dem Strafgesetz verfallen, noch nicht jemand über sich gebracht, die Person des Königs zu berühren, zu schädigen, kurz, seine Unverleglichkeit zu mißachten. Zu derselben rechne ich auch, daß das königliche Ansehen, die königliche Würde, die Ehre des Königs in Worten geschont wird überall, wo der König erwähnt wird. Dieser Paragraph sagt meines Erachtens: in allen Diskussionen, wo vom Könige

die Rede ist, — wenn ich etwa, wie Luther die zehn Gebote in seinem Katechismus weiter ausspinnt, hier die feineren Konsequenzen ausführen soll, so heißt dies nach der Verfassung: ihr sollt vom Könige nicht anders als in Ehrerbietung sprechen und nicht in so unehrerbietiger Weise, wie es hier in diesem Jahre vorgekommen ist. (Bewegung und Widerspruch links.) Meine Herren, ich meine die Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Virchow. (Bravo! rechts.)

Die Minister des Königs sind verantwortlich. Nun, gut! Gewiß sind wir das, und ich schreke vor dieser Verantwortlichkeit nicht zurück. Mein Name steht auch unter diesem Erlaß, und ich bin, obschon im Krankenrecht, heute erschienen, weil mein Name darunter steht. Die Minister sind verantwortlich: ich kann mich verantwortlich machen für meine eignen Handlungen und kann mich auch verantwortlich gemacht haben durch eine Bürgschaft, die ich übernehme für Handlungen eines andern, und ich habe mich verantwortlich gemacht auch für alle Handlungen meines Königs, die ich gegenzeichne, und auch für die, welche ich nicht gegenzeichne, werde ich am letzten Ort die Verantwortlichkeit gern übernehmen. (Bravo!) Das ändert also gar nichts am Königsrecht; die Regierungsakte, welche zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung bedürfen, sie bleiben doch Regierungsakte des Königs. Sie werden ja als solche hier in der Verfassung ausdrücklich bezeichnet:

Regierungsakte „des Königs“ bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung.

Sind sie gegengezeichnet, werden sie dadurch etwa „ministerielle“ Akte? ist der König dabei Nebensache und der Minister die Hauptsache? die ministerielle Unterschrift,

die tief unten in der Ecke steht? — Ja, meine Herren, wie Sie das mit der weitgetriebenen Verehrung, die der Herr Borredner für die königliche Stellung hat, zusammenbringen wollen, daß Sie den Hauptaccent von den beiden Unterschriften, die untereinander stehen, wie unter diesem Erlaß, auf die Ministerunterschrift legen, verstehe ich nicht. Es ist ganz erklärlich, wenn man sich denkt, daß in Ihrer Verehrung der König so hoch steht und noch höher, bis in die Wolken hinein, wo ihn kein Mensch mehr merkt und kein Mensch mehr spürt vor lauter Verehrung; nicht aus Herrschsucht stellen Sie ihn so hoch, nein, aus lauter Verehrung für das Königtum, so daß er zuletzt, wie früher der geistliche Kaiser in Japan, alle Jahre einmal an einem hohen Festtage gezeigt wird, von unten, auf einem Gitter gehend, so daß man nur seine Sohlen sehen kann. Auf diese Weise wird jedenfalls eine konstitutionelle Hausmeierei ausgebildet, noch mehr, als sie bei den Karolingern mit ihren Schattenkönigen bestand; bei uns aber regiert der König selbst, die Minister redigieren wohl, was der König befohlen hat, aber sie regieren nicht. „Dem König allein“, sagt die Verfassung, „steht die vollziehende Gewalt zu“, — von den Ministern ist gar nicht die Rede; „der König besetzt alle Stellen in allen Zweigen des Staatsdienstes“, — auch da ist von Ministern nicht die Rede. „Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und zwei Kammern ausgeübt.“ Ja, das preußische Volk hat die beiden Kammern acceptiert, so daß die früher dem König allein zustehende gesetzgebende Gewalt geteilt wurde; der König hat den Kammern zwei Drittel der Legislative abgetreten, das ist bei uns geschriebenes Recht; aber wenn dieses letzte Drittel

noch auf ein Miniſterium, das der König ernennen kann, etwa, wie ich früher einen Juſtitiar ernennen konnte und noch unter Umſtänden einen Pfarrer ernennen kann — iſt er aber einmal ernannt, ſo ſteht er mir gegenüber unabſegbar, und unabſegbar iſt ein Miniſter, wenn er eine ſtarke Majorität in einer Kammer oder gar in beiden Kammern oder im Reichstage hat und dieſe Majorität befriedigt mit Rechten und Konzefſionen, die er dem König abgewinnt. Ein ſolcher Miniſter kann ſich dem König gegenüber genau in der Lage befinden, wie ein Pfarrer, den ich vociert habe, und der mir, nachdem ich ihn vociert habe, das Leben ſo ſauer macht wie möglich.

Die Verfaſſung ſagt:

Die Uebereinkunft des Königs und beider Kammern iſt zu jedem Geſetze erforderlich. Dem Könige ſowie jeder Kammer ſteht das Recht zu, Geſetze vorzuſchlagen. Geſetze, die vom König einmal verworfen worden ſind, können . . . nicht wieder eingebracht werden.

Der Miniſter iſt alſo ein in der Verfaſſung kaum genannter Lückenbüßer; ob das nun in die konſtitutionelle Theorie paßt oder nicht, iſt mir vollſtändig gleichgiltig, es ſteht das in der preußiſchen Verfaſſung, und ich kenne kein andres Grundgeſetz, nach dem in Preußen zu regieren und zu leben iſt; Se. Majeſtät der König von Preußen hat aber den Eindruck gehabt, daß dieſe Seine zweifel-loſen verfaſſungsmäßigen Berechtigungen einigermaßen verkannt zu werden anfangen, namentlich auch aus den letzten Diſkuſſionen hier, und Er hat das Bedürfniß gehabt, das geltende Verfaſſungsrecht ſo, wie wir alle es beſchworen haben, auch der König, neu in Erinnerung zu bringen in ſeiner ganzen nüchternen Nacktheit, frei

von den Thaten legendärer Gebilde, die der Herr Vorredner uns vorgetragen hat, und daran ändert weder die Unverletzlichkeit, noch die Verantwortlichkeit das Geringste.

Die preußischen Traditionen entsprechen auch vollständig den Bestimmungen der Verfassung; es ist von den preußischen Königen ihre Stellung niemals in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Rechte, sondern in erster Linie aus dem Gesichtspunkt der Pflichten aufgefaßt worden. Unsere Könige, bis zu den Kurfürsten zurück, haben nie geglaubt, daß sie „*fruges consumere nati*“ wären und zu ihrem Vergnügen an der Spitze des Staates ständen, sondern sie haben das streng dienstliche Gefühl der Regentenpflicht gehabt, wie Friedrich der Große es in seinem Ausspruch bethätigt, daß er sich selbst für den ersten Diener des preußischen Staates erklärte. Diese Tradition ist in unsern Regenten, wie wir ja alle wissen — ich erzähle ja nichts Neues, wir wissen, wie unser jetziger Herrscher lebt und seine Zeit ausfüllt vom Morgen bis zum Abend — in dem Maße lebendig, daß in der That bei uns in Preußen innerhalb des Ministeriums der König befiehlt, und die Minister gehorchen, so lange sie glauben, die Verantwortlichkeit tragen zu können. Könnten sie das nicht mehr, so ist der Wechsel eines Ministers so sehr schwierig nicht; wir haben ja von Politikern jeder Art sehr reichliche Auswahl auf Lager (Heiterkeit), und der König, wenn er nicht ganz etwas Exzentrisches will, würde für alles, was seine gegenwärtigen Minister nicht kontrasignieren wollen, leicht andre Minister finden, welche bereit sind, die Verantwortung dafür zu tragen. Es wird uns aber nichts Exzentrisches angesonnen, sondern in den festen,

tiefen Geleisen, die die Politik Preußens im Deutschen Reich allein gehen kann, bestimmt Seine Majestät der König im Prinzip. Er bestimmt, was geschehen soll, wie die preussischen Vertreter am Bundesrat danach instruiert werden sollen, bestimmt, daß danach die Vorlagen im Landtag und im Reichstag gemacht werden sollen, nach der eignen Ueberzeugung, und die Ausarbeitung, das Formale in der Sache, ist Sache der Minister. Nun können ja Minister abweichender Meinung sein, — dann findet ein Kompromiß statt, wie ich schon früher sagte, das konstitutionelle Leben besteht aus Kompromissen, und ein König, der einen Minister nicht ohne weiteres entlassen will, konzediert ihm wohl etwas, was er eigentlich lieber nicht gewollt hätte. Noch häufiger aber kommt es vor, daß die Minister für eine Arbeit oder eine Schrift, die ihrer Meinung nach aus einem Guß und richtig war, die königliche Zustimmung nicht gewinnen können und sich dann fragen müssen: soll ich nun die ganze Sache fallen lassen? soll ich sie zu einer Kabinettsfrage machen, zurücktreten, oder es für das Vaterland und für den Dienst nützlicher finden, dem königlichen Willen Konzessionen zu machen? Der königliche Wille ist und bleibt der allein entscheidende. Der wirkliche, faktische Ministerpräsident in Preußen ist und bleibt Seine Majestät der König. Ich, der vor Ihnen steht, habe meinen Kollegen gar nichts zu befehlen, ich habe sie nur zu bitten und ihnen Briefe zu schreiben, die sie nicht immer überzeugen; das ist sehr angreifend, und ich thue es deshalb nicht immer, sondern wenn ich glaube, daß etwas geschehen muß, und ich kann es nicht durchsetzen, dann wende ich mich an den wirklichen Ministerpräsidenten, an Seine Majestät den König; finde

ich da keinen Anklang, so lasse ich die Sache fallen; finde ich ihn, so kommt ein königlicher Befehl, es so und so zu machen, und dann geschieht's, oder es folgt eine Kabinettskrisis, die sich dann ruhig vollzieht.

Diese Regentenpflicht, die Freude an der Arbeit, wenn überhaupt eine Freude bei dem Regieren ist, wird nun von dem Könige von Preußen innerhalb der Schranken, welche die Verfassung gezogen hat, mit derselben Hingebung geübt und erfordert vielleicht noch eine größere Arbeit, weil die Schranken die Bewegung erschweren, und der Raum, auf dem man sich bewegt, ein sehr viel engerer ist. Die Könige von Preußen waren im Vollbesitz der Macht, der gesetzgebenden wie jeder andern, zu der Zeit, wo die Verfassung erlassen wurde. Die Herren, die mit mir, es werden wenige sein, in den Jahren 1849, 1850 und 1851 an der Verfassung gearbeitet haben, und die noch parlamentarisch thätig sind, die mit mir 1851 die Verfassung beschworen haben, wissen, wie fern uns damals die konstitutionelle Theorie der Majoritätsregierungen lag, und wie stark die Vorbehalte waren, die der hochselige König bei der Beeidigung machte über die „Möglichkeit“, mit dieser Verfassung zu regieren. Es waren, wenn Sie es vom Gesichtspunkt des *contrat social* betrachten wollen, wie dieser Vertrag geschlossen wurde, die Ansprüche der parlamentarischen Einflüsse hinter dem heute vom Herrn Abgeordneten Dr. Hänel uns skizzierten Ideal damals noch sehr weit zurück.

Daß es so in Preußen ist, ist doch ein großes Glück. Bedenken Sie mal, wenn es anders wäre, dann wären wir ja gar nicht hier, ich hätte gar nicht den Vorzug, zu Ihnen hier in dieser Saale zu reden, wir hätten gar

keinen deutschen Reichstag. Nehmen Sie mal an, daß von 1860 ab Seine Majestät, unser konstitutioneller König, die Konstitution nach den Hänel'schen Grundsätzen ausgelegt hätte und bis zur Entlassung der Minister die ministerielle Politik, also beispielsweise die auswärtige Politik meiner beiden Vorgänger, zur Ausführung gebracht, sich ihr gefügt hätte, und daß Seine Majestät die Minister so gewählt hätte, wie die Majorität der Kammer, des Landtags es damals angezeigt erscheinen ließ, daß also der König seine Politik der Majoritätspolitik untergeordnet, die Hänel'sche Legende ins praktische Leben geführt hätte, dann hätten wir zunächst keine reorganisierte Armee gehabt, das ist doch klar; (sehr wahr! rechts) denn die Herren im Parlament verstanden die politischen Möglichkeiten in Europa so wenig, daß sie sich darüber nicht klar waren, daß, wenn man die deutsche Einheit wollte, das erste, was man dazu brauchte, eine starke preußische Armee war und die Unterschrift des Königs von Preußen. (Sehr richtig! rechts.) Statt dessen wurde dieser König von Preußen in seinem Versuch, diese Armee so stark zu bilden, daß er die deutsche Einheit nicht nur herstellen, sondern auch nachher in den zweifellos ferner zu führenden Kriegen weiter vertreten konnte, aufs äußerste bekämpft, und wir hätten zunächst die Armeereorganisation gar nicht, wir hätten die Armeereorganisation behalten, die den tapfersten Soldaten — das war der damalige Kriegsminister zur Olmücker Zeit — doch veranlaßte, mir, als ich, als Abgeordneter und Landwehroffizier einberufen, mich bei ihm meldete, zu sagen: wir können uns gar nicht schlagen, wir sind gar nicht in der Lage, wir haben erst in 14 Tagen 70 000 Mann zwischen Oder und Elbe, wir können die Dester-

reicher gar nicht hindern, Berlin zu besetzen, wir müssen mobilisieren in zwei getrennten Lagern, das eine in Königsberg, das andre in Koblenz, von da müssen wir unser Land und Hauptstadt wieder erobern; also, ich „muß Sie bitten“, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen haben — Sie haben Urlaub von Ihrem Regiment — wiegeln Sie ab, was Sie können, wir können mit der Landwehr heute nicht schlagen, wir haben Kadres von 150 000 Mann in Baden stehen und haben sie nicht zusammen. — In derselben Verfassung wären wir militärisch bis heute geblieben, wenn es nach dem Parlament ging.

Die zweite Folge, wenn der König nicht in der Lage gewesen wäre, seine eigne Politik durchzusetzen, sondern die parlamentarische, ministerielle, legendare Politik, war, daß wir 1863 unter der Leitung des damaligen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Behrend aus Danzig, für die polnische Insurrektion Partei nahmen gegen Rußland, daß wir die polnische Insurrektion ermutigten — ich erinnere Sie an den Antrag Donalies aus Ostpreußen und dergleichen, ich habe das im Gedächtnis, die sogenannte Seeschlange. (Heiterkeit.) — Kurz, die königliche Politik war, Rußland zu schonen für künftige Kriege, für große Zeiten; die parlamentarische Politik war: mein Gott, da ist Lärm, da ist Aufstand, da ist Insurrektion, kurz und gut, da wird eine Regierung angegriffen, das erregt unsre Sympathie, (Heiterkeit) und ohne weitere Ueberlegung wurde parlamentarisch *Śeszcze Polska* gesungen, und damit vorwärts. Das war die Politik, die man dem König aufgezwungen haben würde, wenn er nicht seine eigne befolgt hätte.

Es würde weiter im Jahre 1864 in Bezug auf die

Elbherzogtümer Preußen sich, wenn es nach der Mehrheit des Parlaments damals ging, in den Dienst der Frankfurter Majorität gestellt haben. Das war ja die damals im Abgeordnetenhaufe populäre Politik. Wir würden also im Dienste dieser Frankfurter Majorität wahrscheinlich eine Bundesexekution auf Grund der Bundesprotokolle mit Preußens Mitteln vollzogen haben. Lesen Sie doch die damaligen Verhandlungen: wie bin ich vilipendiert worden, weil es mir neben der Bundesexekution gelungen war, Oesterreich für gemeinsame Operationen zu gewinnen! Wir hätten also Oesterreich den Kauf aussagen, auf den gemeinschaftlichen Feldzug verzichten müssen und dafür die Bundesexekution vollziehen müssen, um dann ein gutes Zeugnis des Bundespräsidiums zu erhalten und den Bund zu verewigen, nachdem wir für ihn gethan hätten, was wir konnten. Wir würden aber ohne Oesterreich viel wahrscheinlicher durch Europa, von dem europäischen Seniorenkonvent, gemäßregelt worden sein und uns bundesprotokollarisch gefügt haben; wir würden eben ein zweites Olmütz erlebt haben.

Das wären die Folgen gewesen, wenn damals parlamentarische Politik und nicht königliche Politik getrieben wäre, wir würden dann wahrscheinlich, meine Herren, noch heute in der Eschenheimer Gasse festsetzen, und wenn ich auch nicht mehr Bundestagsgesandter sein würde, so wäre ein anderer dort und würde meinen Instruktionen gemäß Exekutionen und Protokolle beschließen, und Sie alle wären hier gar nicht vorhanden.

Statt dessen hat der König an seiner eignen Politik festgehalten, und hat, trotzdem die königliche Minorität in der Kammer auf 11 Stimmen reduziert

war — es waren 11 Konservative —, festgehalten an dem, was die Traditionen der preußischen Dynastie, die Traditionen seiner Vorfahren ihm als Politik vorzeichnen, was sein deutsches Herz, sein deutsches Gefühl ihm als Ideal vorzeichnen. Seine Majestät hat damals in den holsteinischen Sachen, als ich nicht rasch genug im deutschen, im nationalen Sinne vorgehen wollte, mir in einiger Erregung das Wort gesagt: „Sind Sie denn nicht auch ein Deutscher?“ — So waren die Gesinnungen Seiner Majestät in nationaler Richtung engagiert, und so genau war die Politik, für deren Gelingen man der Armee danken kann, für deren Beginn und Durchführung aber der Dank bei mir an eine falsche Adresse gerichtet ist, — er gebührt für die politische Konzeption einzig Seiner Majestät dem Könige, — (Bravo! rechts) und dadurch, daß der König seine Minister gewechselt hat, bis er ein Ministerium fand, welches bereit war, dem Könige den Willen zu thun, und, was man sagt, flott mitzugehen, losgesagt von der Aengstlichkeit der drei Vorgänger, die ich im auswärtigen Dienst gehabt habe, eine nationale Politik, auf die Spitze des Schwertes gestellt, durchzuführen, dadurch, daß der König eben keine ministerielle Hausmeierei sich bilden ließ, gestützt auf erdrückende Majoritäten, die der Krone entgegenstanden; und lesen Sie die Verhandlungen von damals durch, noch heute lassen an Lebhaftigkeit die Redner nichts zu wünschen übrig, aber es ist doch seit zwanzig Jahren einiger Fortschritt in der Höflichkeit parlamentarischer Diskussion zu bemerken gegen damals. (Heiterkeit.) Nichtsdestoweniger hielt der König seine Politik fest, setzte sie durch, und was wir haben, danken wir nicht der parlamentarischen, sondern der königlichen Aktion. Deshalb, meine Herren,

ſollten wir, glaube ich, die königliche Aktion, die lebendige Wechſelbeziehung zwiſchen dem Könige und dem Volke, wie ſie in Preußen immer geweſen iſt und nie zum Schaden der Monarchie gereicht hat, nicht anrühren. Der Herr Vorredner hat keine preußiſchen Jugendeindrücke, wenn er glaubt, daß der direkte Verkehr mit dem Volke und ſeiner Vertretung dem Anſehen der Monarchie ſchaden könnte; unſere Monarchen gewinnen bei näherer Bekanntschaft (Bravo! rechts), und je mehr ſie heraustreten und mit dem Volk in engere Beziehungen treten, wie dies früher ohne jede miniſterielle Vermittlung der Fall war, wie unſer König, und noch Anno 1847 bei den Vorlagen für den vereinigten Landtag, ohne verantwortliche Miniſter im konſtitutionellen Sinne direkt der parlamentariſchen Diſkuſſion, die auch mitunter die Rohheit des Neulings hatte, gegenüberſtand, — das hat dem Königtum bei uns nichts geſchadet; im Gegenteil, auf dieſem Boden der Wechſelbeziehungen zwiſchen Volk und König iſt das Königtum ſo ſtark und ſo groß geworden, daß Sie, meine Herren (nach links), nicht in direkte Beziehung mit ihm zu kommen wünſchen, ſondern Sie wünſchen das Königtum durch einen Vorhang verdeckt. (Bravo! rechts.)

Aber wenn wir ſehen, was das Königtum bei uns geleistet hat, ſo ſollten wir uns doch bemühen, es zu fördern, zu pflegen, zu beleben und nicht dahin zu wirken, daß es gewiſſermaßen durch Nichtgebrauch obſolet wird. Alles in der Welt, was man in den Schrank ſtellt und nicht benützt, das verliert an ſeiner Anwendbarkeit und ſeiner Brauchbarkeit, und ſo iſt es auch mit dem für Preußen ganz unentbehrlichen monarchiſchen Element, welches in unſerem ſtark monarchiſch geſinnten Volke herrſcht. Nehmen

Sie uns das, was können die Herren dann an dessen Stelle setzen? „Was kannst du armer Teufel geben“ — womit ich aber niemanden in diesem Saale meine — (Bravo! rechts) wenn Sie uns diesen starken, in unsrer hundertjährigen ruhmvollen Geschichte tiefwurzelnden König zersetzen, verderben, in ein Wolkenfuchucksheim verflüchtigen wollen, so hoch, daß wir es gar nicht mehr erblicken? Sie bringen uns damit das Chaos, und Sie haben, glaube ich, in Ihrem ganzen Vermögen nichts, was Sie an dessen Stelle setzen, wenn Sie dem Preußen die ausreichende hausbackene direkte persönliche Beziehung zum Königtum nehmen; und weil ich das weiß aus meinen eignen Erlebnissen — ich bin alt genug, ich habe im Volke in allen Provinzen gelebt —, weil ich das weiß aus der preußischen Geschichte und aus den Traditionen meiner Väter und meiner Verwandten, daß wir gar nichts haben an dessen Stelle, darum fechte ich und trete ich ein mit meiner Unterschrift für den lebendigen König, der entschlossen ist, sein Recht zu vindizieren, und welcher sagt: ich habe das Recht und lasse es mir nicht nehmen, durch keine Reden und falsche Auslegungen der Verfassung, durch keine Legenden, die sich an die Verfassung knüpfen, und die nicht drin stehen. (Bravo! rechts.)

Lassen Sie das Königtum durch Nichtgebrauch schwach werden, was sind dann die Vorteile davon? Ja, die Belagerung dieser kleinen Ministercitadelle hier wird allerdings wesentlich erleichtert; wenn dem Königtum die Verpflichtung auferlegt wird, stets incognito zu bleiben, es darf nicht genannt werden, es darf seinen Namen nicht laut nennen, es darf nur mit einer ministeriellen Maske vor Ihnen erscheinen, — da ist jeder Angriff außerordentlich viel leichter. In solchem monarchisch gesinnten

Volk wie das unsrige kann man bei den Wahlen das leicht erreichen, daß das Volk sich die Minister getrennt und isoliert von dem Könige denkt und dahinter den König, der zwar unterschrieben hat, weil er gerade keinen Ministerwechsel wollte, aber doch mit seinem Herzen, mit seiner Ueberzeugung, mit seinen Traditionen nicht bei der Sache ist. Wenn das geglaubt wird, so ist es sehr leicht, dem Volk zu sagen: was hat das Volk an mir und meinen Kollegen, es sind unbekannte Leute! man sieht auch recht gern einen Wechsel, zwanzig Jahre derselbe Minister, ist sehr langweilig; — aber sobald von dem König die Rede ist, müssen die Herren ganz andre Glacéhandschuhe anziehen, wenn sie die Regierung in dem Maße herunterreißen wollen, wie es geschehen ist. Die politische Brunnenvergiftung, möchte ich sagen, wie sie bei den Wahlen stattgefunden hat, ist gar nicht möglich, wenn all die Verdächtigungen, deren die Regierung geziehen wird, nicht den unglücklichen Reichskanzler, sondern den König von Preußen, den deutschen Kaiser treffen, — da würde man ja gar nicht den Mut haben, diesen Unsinn in die Welt zu schicken. Auch der Beamteneid fällt ja dem Minister gegenüber gar nicht ins Gewicht — ich komme nachher auf die Sache und finde mich da zu meiner Freude mit dem Herrn Vorredner fast wesentlich einverstanden, — wir sind darin gar keiner verschiedenen Meinung; er hat auch soviel gouvernementales Gefühl für zukünftige Möglichkeiten, daß er so ganz die Sache des Erlasses nicht wegwerfen will, und ich habe einzelne Aeußerungen von liberalen Abgeordneten gehört, daß sie für den Fall, daß ihnen angesonnen würde, ein Ministerium anzunehmen, doch in einer für die Beamten erschreckenden Weise aufräumen würden, sie würden so

gelinde, so milde, wie wir jetzt, von der Dispositions-
befugnis ganz sicher nicht Gebrauch machen, und sie
würden wohl daran thun; denn wir sind darin bisher
viel zu milde gewesen.

Ich komme auf den Vorwurf, den auch der Herr
Vorredner wiederholt heute ausgesprochen hat, und der
in allen Zeitungsblättern toto die zu lesen ist, als ob
die Minister, wenn sie den Namen des Königs nennen,
damit einen Akt niedriger Feigheit begingen, indem sie
sich mit dem Könige als mit einem Schilde gegen die
Angriffe des Parlaments decken wollten. Meine Herren,
so gefährlich sind Ihre Angriffe nicht — bilden Sie sich
das doch nicht ein! —, daß die Minister dafür eine
andre Deckung brauchen, als die der eignen Brust; da
überschätzen Sie sich, wenn Sie meinen, daß ich gegen-
über einer Parlamentsrede, wie ich sie tausende in meinem
Leben gehört habe, daß ich deshalb meine Ehrerbietung
vor dem Könige, meine, ich hätte fast gesagt soldatische
— meine Pflicht eines Unterthanen, wie ich sie meinem
Könige gegenüber erkenne, verletzen, meinen König auch
nur der leisesten Unannehmlichkeit aussetzen sollte, um
mich Ihnen gegenüber zu decken. Jemand, der mir das
sagt, muß die Geschichte der letzten zwanzig Jahre gar
nicht gelesen haben. (Sehr richtig!) rechts. Habe ich
nicht seit 1862 kämpfend auf der Bresche gestanden? habe
ich das Königtum nicht gedeckt, nicht bloß mit meinen
körperlichen, sondern auch mit meinen geistigen Leistungen,
die ich zur Verfügung habe? Aber im Jahre 1862, wie
sah denn da die Situation aus? Da waren sehr wenige,
die bereit waren, diese Deckung des Königtums, die ich
damals leistete, zu übernehmen. Lesen sie die Zeitungen
Ihrer eignen Partei, da werden Sie finden — ich habe

das schon einmal gesagt, aber Sie vergessen es so rasch — daß die Wohlwollenden bezüglich meiner damals von Strafford und Polignac sprachen, die gemeineren Blätter aber von Wollekrempeeln im Zuchthause, was mein natürliches und berechtigtes Ende sein würde. Ich selbst habe wenigstens geglaubt, daß man mir unter Umständen, wenn Gegner ans Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruinieren würde, und hatte für meine Kinder damals in Sicherheit gebracht, was ich von meinem Vermögen in Sicherheit bringen konnte. (Heiterkeit.) Als bonus pater familias werden Sie mir das nicht verargen. Ich führe das nur an, um zu beweisen, was es damals hieß, auf die Bresche zu treten: auf der einen Seite Straffords Schafott, auf der andern Zuchthaus, auf der dritten Vermögenskonfiskation — ich weiß nicht, wie viel Millionen ich hätte herauszahlen müssen, und es waren damals sehr wenig Leute geneigt, mit mir dieses Risiko zu übernehmen. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre! Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen! (Bravo! rechts. — Oh! oh! links.) Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er deckt sich mit dem König! (Sehr gut! rechts. — Große Unruhe links.) Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören. (Widerspruch links.) — Die Herren scheinen ihn

wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus, nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen! (Ruf links: Den Vorwurf hat niemand gemacht!) — Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist, den Sie mir gemacht haben. (Große Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe, es dürfen hier keine Zwiesgespräche geführt werden. (Ruf links: Der Herr Reichskanzler hat das gethan!) — Darauf haben Sie nicht zu antworten.

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Die Herren haben mich unterbrochen und haben mich angegriffen in dem Augenblick, wo ich sagte, der Vorwurf der Feigheit trifft mich nicht. (Ruf links: Den Vorwurf hat niemand gemacht, das ist Erfindung!)

Meine Herren, was fesselt mich denn überhaupt noch an diesen Platz, wenn es nicht das Gefühl der Diensttreue und des Vertreters des Königs und der königlichen Rechte ist? Viel Vergnügen ist dabei nicht. Ich habe in früheren Zeiten meinen Dienst gerne und mit Passion gethan und mit Hoffnungen gethan; die Hoffnungen haben sich zum großen Teil nicht verwirklicht. Ich war damals gesund, ich bin jetzt krank; ich war jung, ich bin jetzt alt — und was hält mich hier? Ist es denn ein Vergnügen, hier zu stehen wie der „Auff“ vor der Krähenhütte, nach dem die Vögel stoßen und stechen, und der außer stande ist, sich frei zu wehren gegen persönliche Injurien und Verhöhnungen, die in wohlverklaußulierte zweistündige Reden eingeflochten sind, gegen unartifulierte Unterbrechungen sich zu verteidigen? Ein Vergnügen ist das wahrhaftig nicht. Wenn ich im Dienste des Königs nicht wäre, und wenn mich der König heute in Gnaden

entlassen würde, so würde ich von Ihnen, meine Herren, mit Vergnügen und auf Nimmerwiedersehen Abschied nehmen.

Wir haben, wie ich schon erwähnte, vor der Verfassung und seitdem die Erfahrung gemacht, wie werbend das Königtum bei uns wirkt. Und, meine Herren, wirklich, wenn wir auf die Zukunft anderer Länder in Europa rund um uns blicken, sollten wir alles, was bei uns niet- und nagelfest ist, was feststeht, was wie eine Burg aussieht, das sollten wir doch schonen und pflegen. Und also, lassen Sie dem König doch seinen werbenden Charakter, gönnen Sie ihm doch, daß er aus dem ministeriellen Infognito heraustritt und direkt zu dem Volke spricht. Im Elsaß machen wir wenig Fortschritte — zu meinem Bedauern — aus dem Grunde, weil wir uns dort an die Pariser und nicht an die früheren Franzosen wenden. Das sind zwei Nationen, die in ganz Frankreich getrennt leben. Die Pariser im Elsaß werden wir nie gewinnen, die Bevölkerung werden wir gewinnen. Aber was hat denn am meisten dort bisher gewonnen und erworben? Nächst dem Militärdienst die Persönlichkeit des Kaisers. Wenn Sie diesen Kaiser sequestrieren, so hoch über die Wolken, daß ihn kein Mensch sieht, wären solche Erfolge gar nicht möglich; kein Minister kann das; ich führe das nur an als Beleg für meine Politik, daß die richtig ist, wenn sie dahin geht; alles, was wir Aktives und an Realitäten haben, das sollten wir schonen, pflegen und verwerten, aber nicht zinslos zurückschieben auf Nichtgebrauch und durch Nichtgebrauch wertlos werden lassen. Und so ist für Preußen das monarchische Prinzip und das Königtum das Wertvollste.

Wenn auch in der Verfassung etwas anderes stände,

als diese ganz klaren und der freien Thätigkeit des Königs günstigen Bestimmungen, so würden, meine Herren, die artikulierten Bestimmungen eines Staatsgrundgesetzes doch allein nicht entscheidend sein für das Maß, was jedesmal ein Parlament, ein König, ein Minister an Gewicht übt. Es liegt zwar in der Tradition der Zeit, anzunehmen, daß alle Personen gleich schwer wiegen, ein Wähler ist ein Wähler und eine Stimme ist eine Stimme; sie wird voll gezählt, ein Unterschied ist nicht. Aber das ist auch wieder eine von den Legenden und Fiktionen. Es macht einen ganz außerordentlichen Unterschied, ob Sie an der Spitze eines Staates einen König wie Friedrich den Großen, oder auch nur Friedrich Wilhelm I. haben, oder ob Sie — ich will niemanden nennen — aber einen König an der Spitze haben, der seinerseits weniger begabt ist, als die meisten Regenten aus unsrem Hause gewesen sind. Es macht ferner einen gewaltigen Unterschied, was für ein Parlament Sie haben, wenn Sie ein Parlament haben, was eine fest gesicherte Majorität hätte, homogen organisiert, unter einer Führung, wie sie in England die beiden Pitt oder Canning, oder selbst noch Palmerston, Peel geleistet haben, — ja, das ist ein Schwergewicht, eine Masse, wo schon ein sehr starker König wie Wilhelm von Oranien, ein sehr geschickter König wie Leopold I. von Belgien gegenüberstehen kann und doch nur mit Mühe seinen Willen zur Geltung bringt; aber er bringt ihn auch zur Geltung. Immerhin wird ein solches Parlament eine gewaltige Macht sein, welche unter Umständen das Oberhaus und die Krone auf einen sehr kleinen Raum und geringe Bewegung beschränkt. Wenn wir das haben, meine Herren, dann kommen Sie wieder, dann wollen wir einmal über die Sache sprechen.

Aber ein Parlament, welches aus einer erheblichen Anzahl Fraktionen, acht bis zehn, besteht, welches keine konstante Majorität, keine einheitliche, anerkannte Führung hat, das sollte froh sein, wenn neben ihm der Ballast einer königlichen Regierung, eines königlichen Willens im Staatschiffe besteht. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde eben alles zu Grunde gehen, das Chaos eintreten.

Ich komme auf den zweiten Teil des Erlasses, wie der Herr Vorredner ihn nannte, was die Beamten anlangt. Auch die Frage würde, wie ich schon sagte, sehr viel einfacher liegen, wenn man nicht die Figur des Königs aus der Bildfläche zu verdrängen bemüht wäre und ihr die Fiktion unterzuschieben, als wenn das Ministerium Bismarck-Puttkamer u. s. w. einzig die Regierung von Preußen führe, — eine unwahre Fiktion, diese Legende, die darauf berechnet ist, die königliche Gewalt abzuschwächen — vielleicht nicht mit der weiteren Aussicht berechnet, aber sie hat diese Wirkung. Wenn das nicht wäre, wenn die Beamten sich immer bewußt wären, daß sie dem König gegenüberstehen, dem sie den Eid geschworen haben, wenn sie sich klar machten, daß der König, dem sie den Eid der Treue und des Gehorsams geleistet haben, an der Spitze der Politik steht, dann würde auch deren Haltung manchmal eine andre sein. Der König hat den Eindruck gehabt, daß der den Beamten gegenüber zu sehr in den Hintergrund, sozusagen in das Hintertreffen geschoben wird, und hat das Bedürfnis gefühlt, den Beamten den Eid, den sie geleistet haben, in Erinnerung zu bringen. Hat er dazu nicht das Recht? Er thut das in der schonendsten Weise, so daß selbst dem Herrn Vorredner eigentlich ein Objekt seines Zornes mangelte. Er

sagte, es sei das unklar gesagt, und wahrscheinlich seien dabei zwei Federn thätig gewesen, wobei er mir vielleicht den unklaren Teil zuschreibt — oder den klaren, ich weiß es nicht. Aber soviel kann ich sagen: der ganze Erlaß ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben aus einem Gusse, nach dem Willen des Königs. Die Ansprüche, die der König den Beamten gegenüber stellt, gehen nicht zu weit und durchaus nicht so weit, wie in dem Eulenburgschen Erlasse vom Jahre 1863. Ich weiß nicht, ob ich den, so wie er da steht, gegengezeichnet haben würde. Damals in heißspornigem Kampfeszorn war er möglich, heutzutage nicht, er geht mir zu weit. Daß ein Beamter in seiner eignen Wahl sich seines Eides erinnern sollte, das wird gar nicht verlangt; seine eigne Wahl, die Ausübung seines Wahlrechtes ist vollständig frei (hört, hört! links), sie wird nicht berührt, sondern es ist ja ausdrücklich im Erlaß gesagt: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen.“ Der Erlaß bezieht sich ja — und ich begreife nicht, wie der Herr Vorredner darin Klarheit vermissen konnte, der Erlaß ist ihm vielleicht nicht übel, nicht böß genug, aber klar ist er vollständig — der Erlaß wendet sich ausdrücklich an die Art der Beamten, außerhalb der eignen Wahl thätig zu sein, und unterscheidet da zwischen zwei Kategorien der Beamten, den politischen und den unpolitischen. Beiden soll die Freiheit, zu wählen, wie sie wollen, gar nicht beschränkt werden; aber von den politischen Beamten spricht Seine Majestät die Meinung aus, daß ihr Eid der Treue sie verpflichtet, „die Politik Meiner Regierung zu vertreten“, nachdem vorher gesagt ist in Bezug auf die Minister, daß „gegen Zweifel, Verdunkelung und Entstellung die Vertretung der königlichen Rechte erwartet wird“. Der Herr Vor-

redner fragte, was unter dieser „Vertretung“ verstanden würde. Da ich den Erlaß gegengezeichnet habe, so wird meine Auslegung auch wohl die authentische sein. Ich verstehe darunter, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin „politische Brunnenvergiftung“ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen; und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Uebertreibung. Das ist es, was ich vom politischen Beamten erwarte; und wenn er das nicht einmal leistet, daß er einer notorischen Lüge und Entstellung, wie sie bei den Wahlen so oft vorkommt, entgegentritt, daß er der Wahrheit nicht die Ehre gibt, daß er die Intentionen der Regierung nicht gegen Entstellung, Irrtum und Verleumdung schützt, wenn sie ihm besser bekannt sind, — also ein Oberpräsident zum Beispiel, der in dieser Beziehung fehlte, der wäre viel zu lang Oberpräsident gewesen, der sich nicht angelegen sein ließe, dergleichen Verleumdungen der Regierung zu widerlegen; er mag in seinem Herzen und in seinem verdeckten Stimmzettel sein Botum geben, für wen er will, danach wird nicht gefragt, das erfahren wir auch nicht, denn ein Mann von Bildung wird immer so geschickt sein, das zu verbergen. Das wird also niemals ein Grund sein, nämlich die Ausübung des eignen Wahlrechtes, gegen einen Beamten einzuschreiten. Man würde sich schon genieren, ihm zu sagen, daß das der Grund sei, und ich würde dazu nie die Hand bieten. Aber von diesen politischen Beamten wird erwartet, daß

sie die Wahrheit, soweit sie ihnen bekannt ist, der Unwahrheit gegenüber vertreten. Ist das zu viel? sollen sie sich der Lüge mitschuldig machen, indem sie dazu schweigen, wenn sie es besser wissen? sollen sie in bestimmten Wahlkreisen zusehen, ganz ruhig, wie den Anwohnern der königlichen Forsten gesagt wird: der König hat mit den liberalen Abgeordneten einen Vertrag geschlossen, wonach ihr freie Weide in der Forst bekommt, wenn ihr liberal wählt? soll der Beamte dies ruhig anhören und nicht sagen: Kinder, das ist eine Lüge!? Meine Herren, das Gegenteil ist doch gewiß nicht zuviel verlangt! Und von den unpolitischen Beamten verlangt eigentlich Seine Majestät nichts. Der Erlaß erwartet, daß sie sich der Agitation, feindlichen oder nicht, aber der Agitation gegen die Regierung des Königs auch bei den Wahlen enthalten werden. Meine Herren, das ist eine Forderung, ich möchte sagen des Anstandes. Der Erlaß schreibt ja nichts vor, er befiehlt nicht, er droht nicht, er stellt keine Nachteile in Aussicht, er sagt bloß, welche Tragweite der König, dem sie geschworen haben, dem Eide beilegt, er bringt diesen Eid in Erinnerung und überläßt es nun dem Takte und Gewissen des beteiligten Beamten, seinen Weg danach zu finden. Wenn z. B. ein solcher Beamter, königlicher oder kaiserlicher Beamter, einen Arbeiter, der zur Wahl geht, anhält und sagt: was hast du für einen Zettel? und er findet, daß der Zettel für einen regierungsfreundlichen Kandidaten ist, er reißt ihm denselben aus der Hand und giebt ihm einen entgegengesetzten und bedroht ihn mit Ungnade, wenn er nicht diesen abgebe — meine Herren, das ist doch eine verwerfliche Agitation gegen die Regierung! (Rufe: Wo?) — Ich werde sehr gern bereit sein, die

Namen, den Ort und die Zeugen seiner Zeit zu nennen, denn ich habe gegen einen solchen Beamten die Disziplinaruntersuchung angeordnet.

Meine Herren, etwas weiteres als Enthaltung von Agitation wird nicht einmal erwartet von den Beamten, namentlich aber keine Amtshandlungen, die beeinflusst werden könnten durch die Art, wie ein Dritter seine Stimme abgegeben hat, oder die einen Zwang irgendwie zur Wahl enthalten. Meine Herren, ein solcher Beamter würde strafbar werden, und ich glaube, nicht bloß disziplinarisch; und wenn der Herr Vorredner sagte, er findet zwischen diesem Erlaß und meinen früheren Aeußerungen einen „diametralen“ Widerspruch, so kann ich doch bei seiner sonstigen Schärfe in der Logik ihm darin nicht recht nachkommen. Er bezieht sich vermutlich darauf, daß ich mich beschwerte, daß ein herzoglich sachsen-meiningischer Landrat eine Einwirkung auf die Wahlen im Herzogtum Meiningen ausgeübt und seine amtliche Autorität gegen die Regierung ins Gewicht geworfen hat. Meine Herren, das war gerade eine solche feindliche Agitation gegen seine ihm vorgesezte herzoglich meiningische Regierung, die ihrerseits mit den Gesetzen und der Politik, die vom Reiche betrieben und von Seiner Hoheit dem Herzoge von Meiningen mit beschlossen war, vollständig einverstanden war. Ich bin also der Meinung, daß ein solcher politischer Beamter, der in Meiningen, wie ich damals hörte, fehlerhafterweise nicht absezbar ist (Seiterkeit links), — über solche Kleinigkeiten können sie immer lachen, über Meiningen reicht der Fehler nicht hinaus — wenn ein Beamter in seiner Stellung gegen seine eigne Regierung, gegen die Reichsregierung, gegen die von seiner Regierung gebilligte Reichspolitik seine amtliche Auto-

rität in die Waagschale legt, — ich weiß nicht, ob er gelobt worden wäre, wenn er für die Regierung etwas gethan hätte; aber dagegen — das fällt unter den Erlaß, wenn es in Preußen vorkommt, und wird jedenfalls danach gehandelt werden.

Ich kann mich also dahin resumieren, daß Seine Majestät der König vollständig berechtigt war nach der Verfassung und nach den preussischen Gesetzen, sich in der Weise, wie geschehen, zu äußern, daß ich vollständig im stande bin, die Verantwortlichkeit, die ich durch die Kontratsignatur übernommen habe, der Verfassung und dem Gesetze gegenüber zu tragen, daß ich als Reichskanzler ebenso berechtigt war, den Reichsbeamten das mitzuteilen, was ich für sie von Interesse oder Nutzen zu lesen halte. Sie haben keine Weisung bekommen, irgend etwas zu thun; ich habe es bloß für zweckmäßig gehalten, daß sie wissen, wie ihr Kaiser, dem sie ihrerseits Treue und Gehorsam geschworen haben, als König von Preußen über die Tragweite eines solchen Eides denkt. Es ist vielleicht doch der eine oder andre darunter feinfühlig genug, um sich zu sagen: ist es eigentlich, wenn ich so evident mit der Agitation heraustrete, daß ich einem Arbeiter seine Zettel wegreiße und ihm andre gebe, ihn bedrohe, — ist das eigentlich mit meinem Eide ganz übereinstimmend? Das Nachdenken darüber hat Seine Majestät anregen wollen; kein Befehl, keine Drohung ist da.

Die Verfassung also, meine Herren, ist klar; Sie haben selbst nichts beibringen können, was dem widerspricht, und ich habe hier als preussischer Bevollmächtigter im Namen des Königs zu erklären, daß Seine Majestät der König sich seine verfassungsmäßigen Rechte weder

nehmen noch verkümmern, noch sich selbst so hoch in die Wolken schrauben läßt, daß er sie nicht ausüben könnte, sondern daß der König entschlossen ist, in dem durch seine Vorfahren überkommenen und gewohnten, durch die Regentenpflicht ihm vorgeschriebenen Wechselverkehr mit seinem Volke zu bleiben, und daß ich als Minister entschlossen bin, dem Könige auch dabei kämpfend zu dienen, aber als Diener und nicht als Vormund. (Lebhaftes Bravo rechts.)

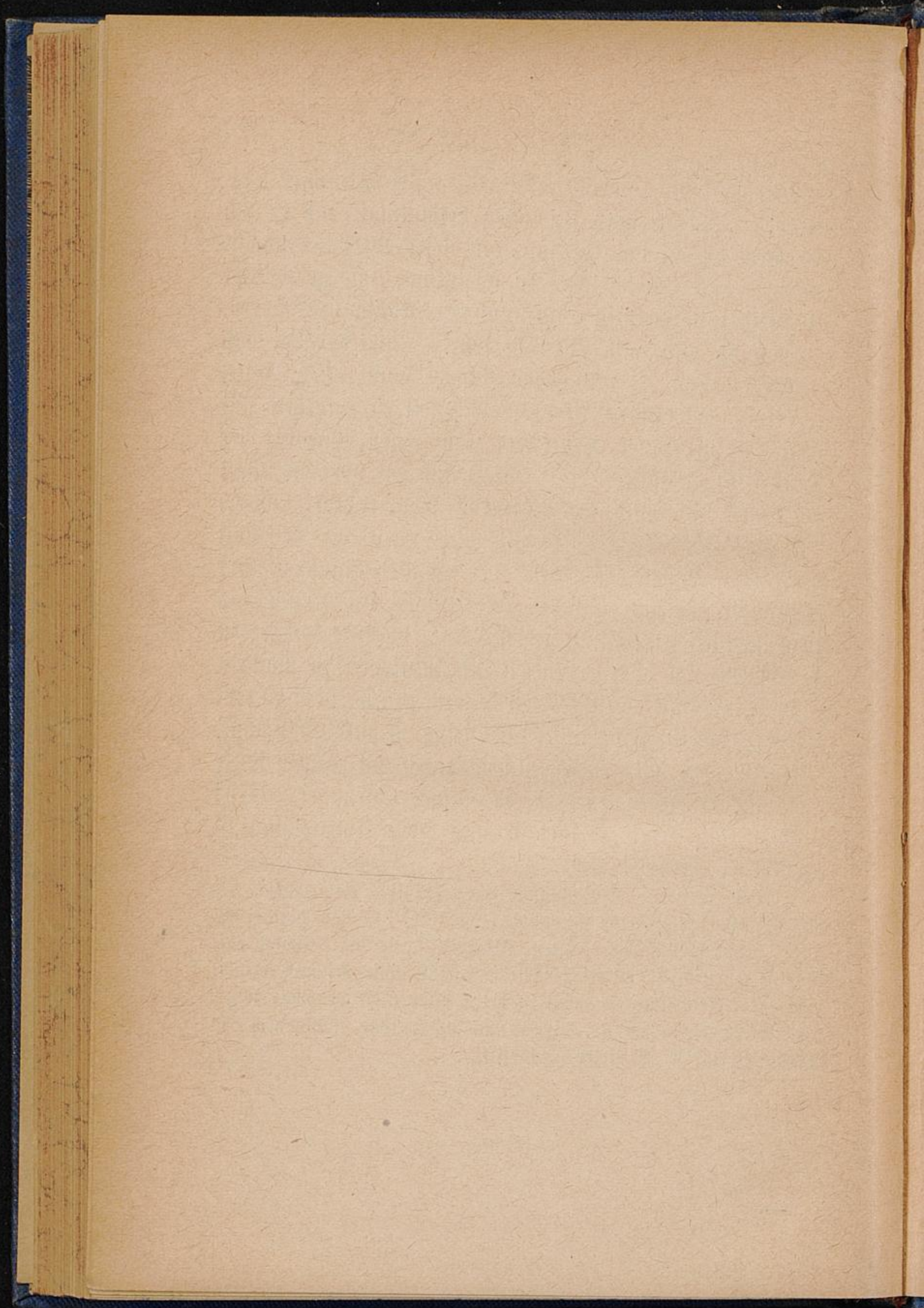
Der Abgeordnete Dr. Hänel führte hierauf aus, nach der durch den Präsidenten ihm erteilten Rüge fühle er sich zu der Erklärung verpflichtet, daß die Unterschabung des Reichskanzlers, es sei ihm der Vorwurf persönlicher Feigheit gemacht worden, rein und einfach aus der Luft gegriffen sei und lediglich der Phantasie des Reichskanzlers entstamme. Es hätte kein Anlaß zu der vorangegangenen leidenschaftlichen Scene vorgelegen; der Reichskanzler, der einen solchen Satz gebrauchte, habe denselben, da er ihn in der Rede nicht fand, wohl selbst hineingestellt. (Großer Lärm, Glocke und Rüge des Präsidenten.) Reichskanzler Fürst Bismarck:

Meine Herren, ich bin zu wenig Rhetoriker und ich lege zu wenig Gewicht auf rhetorische Effekte, um dergleichen Vorwand zu einer Aeußerung zu brauchen. Der Herr Vorredner ist viel geschulter in der Rhetorik, und ich habe mich etwas geschämt, in meinem hausbackenen Deutsch nach seiner wohlgeschulerten Rede sprechen zu müssen. (Oh! links.) Ich kann es aber nicht anders geben, als es mir gewachsen ist. Aber das lasse ich mir denn doch nicht aufreden, daß der Herr Vorredner nun mit so starker Tonart und mit solcher Unterstreichung und bloß durch den rhetorischen Accent, den er auf seine Sache legte, nun die Wirkung dessen, was er und vor ihm andre gesagt haben, abschwächen oder gar vollständig verleugnen wollte. (Ruf links: Gewiß!) — Sie werden

nachher das Wort nehmen können; lassen Sie mich ausreden! — Wenn man jemanden beschuldigt, daß er sich mit dem Herrn, der für ihn auf dieser Welt der höchststehende und am meisten zu schätzende und zu ehrende ist, also mit meinem angestammten König und Herrn, — daß ich mich mit dessen Person, — und das hat doch der Herr gesagt — mit dessen Namen mich decken wollte, um einer gesetzlichen Verantwortlichkeit zu entgehen, die sonst auf mir lastet, wenn das nicht einen Vorwurf der Feigheit im Dienste enthält, dann sind wir über die Logik der Worte nicht einig. (Oh! links. Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Vorredner hat mich zweifellos beleidigt durch seine Worte; ich bin aber an Beleidigungen hier vollständig gewöhnt und bin zu alt, um mit Fleisch und Blut darüber zu Rade zu gehen. Aber ich bitte den Herrn Vorredner, sich doch darüber keine Illusionen zu machen, daß er eine unprovizierte Beleidigung gegen einen Ehrenmann, der in seinem Dienste seine Schuldigkeit thut, ausgesprochen hat, die er nicht dadurch gut machen sollte nach meiner Idee, daß er sie einfach ableugnet. (Oh! links.) Sie haben es gesagt und Ihre Ableugnung ist unrichtig! (Bravo! rechts.)

Nach weiterer sehr langwieriger Debatte, an welcher der Reichskanzler nicht mehr teilnahm, ergab sich, daß das Haus nicht mehr beschlußfähig war (Fürst Bismarck hatte die Sitzung verlassen), wodurch die Angelegenheit von selbst ohne Beschluß erledigt war. Der Reichskanzler nahm in der Session nicht mehr das Wort, dieselbe wurde in der 38. Sitzung am 30. Januar 1882 durch den Staatssekretär v. Bötticher geschlossen.



Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Berlin, Leipzig.

Vortreffliche Geschenklitteratur!

Am Kreuz.

Ein Passionsroman aus Oberammergau

von

Wilhelmine von Sillern.

2 Bände geheftet M. 10.—, eleg. gebunden M. 12.—

Die Verfasserin der „Geier-Wally“ bietet in ihrem neuen Roman „Am Kreuz“ eine dichterische Darstellung der Oberammergauer Passionsspiele. Die hinreißende Gewalt der Sprache, die wahrhaft künstlerisch durchgeführte Handlung, eine Seelenmalerei, welche dem Leser, oft gegen seinen Willen, das Herz rührt, vereinen sich, den Roman hoch über das Maß des Alltäglichen zu erheben.

Lindau, P., Berlin I. Der
Zug nach d. Westen. 7. Aufl.
Brosch. M. 6.—, eleg. geb. M. 7.—

Lindau, P., Berlin II. Arme
Mädchen. 6. Aufl.
Brosch. M. 6.—, eleg. geb. M. 7.—

Lindau, P., Berlin III.
Spitzen. 5. Aufl. 2 Bände.
Brosch. M. 10.—, eleg. geb. M. 12.—

Scherr, Johs., Porkeles und
Porkelesja. 3. Aufl.
Brosch. M. 6.—, eleg. geb. M. 7.—

Scherr, Johs., Gestalten u.
Geschichten. 2. Aufl.
Brosch. M. 9.—, eleg. geb. M. 10.75.

Scherr, Johs., Letzte Gänge.
2. Aufl.
Brosch. M. 6.—, eleg. geb. M. 7.75.

Brehm's Vorträge.

Vom Nordpol zum Aequator.

Populäre Vorträge

von

Dr. A. E. Brehm.

Mit Illustrationen von R. Frieße, G. Mützel, Fr. Specht u. a.

Brosch. M. 10.—, eleg. geb. M. 12.—

„Vom Nordpol zum Aequator“ wird überall, wo man sich liebevoll in das Werk vertieft, in hohem Grade anregend, bildend und nutzbringend wirken. Vor allem sollten diese Vorträge in den Hauschatz der deutschen Familie aufgenommen werden als Meisterwerke, die nicht nur den Geist mit neuem Wissen bereichern, sondern an denen auch der Sinn für die Schönheit der deutschen Sprache und für vollendete Darstellung geübt werden kann.

— Zu haben in den meisten Buchhandlungen. —

Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, Berlin, Leipzig.

Pierer's



Konversations-Lexikon

7. vollständig umgearbeitete Auflage.

„Der alte Pierer“, das seit Jahrzehnten durch treue Beraterdienste sich auszeichnende Nachschlagebuch, erscheint in einer vollständig neuen, der 7. Auflage. Von allen ähnlichen Erscheinungen ist das „Pierersche Konversations-Lexikon“ das weitaus billigste, artikelreichste und neueste. Als Konversations-Lexikon an sich schon ein umfassendes Handbuch menschlichen Wissens, wird der „Pierer“ durch ein damit organisch verbundenes

Universal-Sprachen-Lexikon

nach Joseph Kürschners System

in 12 Sprachen (böhmisch, dänisch, englisch, französisch, griechisch, holländisch, italienisch, lateinisch, russisch, schwedisch, spanisch, ungarisch), welches durch das Abonnement gratis mit erworben wird, zu einem Werke erweitert, welches in der Litteratur des In- und Auslandes einzig dasteht, in welchem das im Konversations-Lexikon verkörperte Prinzip des Universalbuches in seinen letzten Konsequenzen durchgeführt ist. So erscheint der „Pierer“ als ein

Haus- und Familienschatz allerersten Ranges

zu einem so billigen Preise, wie er für ähnliche Unternehmungen bisher unerhört war. Er kann bezogen werden:

in 230 Lieferungen à 35 Pfennig,

in 24 gehefteten Halbbänden à M. 3. 25,

in 12 elegant gebundenen Halbfranzbänden à M. 8.50.

Umtausch anderer, alter Konversations-Lexika. Bequeme Anschaffung in monatlichen Teilzahlungen. Prospekte gratis. Abonnements und Probebände durch jede Buchhandlung.

- Praxis. D. edle Waidw. V. Altar u. aus d. Klosterzelle. Universität und Studenten. Aus Künstlerwerkstätten 3. leht. Ruhestätte.
56. **Wohlgefülltes Schachkästlein deutschen Scherzes und Humors.**
Reichhaltigste Sammlung alles dessen, was an Scherz u. Humor vereinzelt vorkommt als Unterhaltung u. Kürzung müßiger Stunden, wie als Beitrag zur Erkenntnis deutschen Gemüthes und Verstandes wertvoll.
55. **Wolzogen. C. v.,** Agnes v. Lilien.
21. **Wurm, B.,** Das Wasser.
38. **Ziemssen, Ludw.,** Umwege zum Glück.
10. 11. **Zolling, Th.,** Reise um d. Paris. Welt.

II. Griechische Litteratur.

109. 110. **Aeschylus, I.** Agamemnon. D. Choe-
phoren. Die Cumeniden. II. Die Sieben vor
Theben. Die Perser. Die schuchjuchend. Mäd-
chen. Prometheus. Uebers. m. Einleitung u.
Anmerk. von Prof. Jak. Mähly.
125. **Aristophanes, Die Wolken. Die Frösche.**
Uebers. m. Einleitung u. Anmerk. von Prof.
Jak. Mähly.
123. **Euripides, Alkestis. Der rasende Herakles.**
129. — — Jon. Die Bacchantinnen.
124. **Herodots Geschichten.** Uebersetzt von Dr.
K. Abicht. I. 1. u. 2. Buch nebst Einleitung
und sachl. Erläuterung.
12. 104. **Homer, I.** Odyssee, II. Ilias, übers.
v. J. H. Voß, m. Einl. v. Prof. J. Mähly.
118. **Longos, Daphnis und Chloe.** Uebers. u.
mit Einleitung v. Franz Passow.
103. **Plato, I.** Verteidigungsrede d. Sokrates.
Krito. Phädo. Uebers. u. eingel. v. Direkt.
G. Heß.
126. 127. — II. III. Der Staat. 1. u. 2. Bd.
Uebers. u. eingel. v. Direktor G. Heß.
130. **Plutarch, I.** Maximen v. Königen u. Feld-
herren. Maximen röm. Feldherren. Lafon.
Maximen. Von den Tugenden der Frauen.
131. — — II. Ueber den Genius des Sokrates.
Politische Vorschriften.
113. 116. **Sophokles, I.** König Oedipus. Oedi-
pus in Kolonos. II. Antigone, Nias, Elektra.
Uebersetzt mit Einleitung und Komm. v. Dr.
B. Pannschmidt.

III. Römische Litteratur.

132. **Catull, Properz u. Tibull,** Ausw. ihrer
Gedichte.
107. 108. **Cäsar, I.** Denkwürdigkeiten über den
Bürgerkrieg. Uebers. m. Einl. u. Komm. v.
Dr. R. Zwirnmann. II. Denkwürdigkeiten
über den gall. Krieg. Uebers. u. mit Einleit.
u. Komm. v. Dr. Th. Gelbe.
115. 117. 119. **Cicero,** Uebers. m. Einleitung u.
Komm. v. Dr. P. Hestw. a. I. 1. Rede gegen
Verres. 1. u. 2. Catil. Rede. Für Cäsar.
Für Milo. II. 4. u. 5. Rede gegen Verres.
3. u. 4. Catil. Rede. III. Ueb. d. höchste Gut
112. **Nepos, Lebensbeschreibungen.** Uebers. m.
Einl. u. Komm. v. Dr. R. Zwirnmann.
111. 114. **Ovid, „Die Verwandlungen“, I. u.**

- II. Bd. In Auswahl übers. v. J. H. Voß.
Neu bearbeit. u. eingel. v. F. Leo.
105. 106. **Sueton, Cäsarenbilder. I.** Cäsar.
Augustus. Tiberius. II. Cajus Caligula.
Claudius Nero. Galba. Otho. Vitellius.
Vespasian. Titus. Domitian. Uebers. und
eingel. von Dr. J. Sarrazin.
101. 102. 120. 123. **Tacitus, I.** Bd. Germania.
Agricola. Die Redner. II. Bd. Historien.
III. Bd. Annalen I. IV. Bd. Annalen II.
121. 122. **Vergil,** Uebersetzt u. eingel. v. Dr.
H. Dütsche. Bd. I. Eklogen. Georgika.
Bd. II. Aeneis.

IV. Englische Litteratur.

306. 307. 308. **Besant, Walter,** Die gute alte
Zeit
32. 33. **Bulwer, Ed. L.,** Eugen Aram. Mit e.
Einl. von L. Proescholdt. 2 Bde.
152. **Burns', Rob.,** Werke. I. Lieder u. Bal-
laden. Uebers. v. A. Baißch.
172. 173. 174. 175. 176. **Byron, I.** Bd. Man-
fred, Cain, Himmel u. Erde, Sardanaral.
II. III. Bd. Don Juan. IV. Bd. Der Ge-
fangene v. Chillon. Der Giaur. Die Braut
von Abydos. Der Korjar. Lara. Die Be-
lagerung von Korinth. Parisina. V. Bd.
Mazeppa. Beppo. Harold's Pilgerfahrt.
Die Insel. Uebers. mit Einl. u. Anmerk. v.
Dr. Adalb. Schraeter.
156. **Carlyles, Thomas,** Werke I. Goethe.
Schiller. Graf Cagliostro. D. Diamanten-
halsband. Uebersetzt von A. Krehshamer, mit
einer Einleitung von J. Scher.
- 157—159. **Dickens', Ch.,** Werke I. — III. Dav.
Copperfield. Uebers. v. H. Lobedan, m. einer
Einl. v. L. Proescholdt.
- 153—155. **Fielding, H.,** Tom Jones. 3 Bde.
Mit einer Einl. von J. Schmidt.
163. **Goldsmith, Der Landprediger v. Wake-
field.** Mit ein. Einl. v. Prof. Dr. J. Schmidt.
301. 302. **Gray, Maxwell,** Der Defak von
Belmminster.
304. 305. **Hatton, Joseph,** Klytie. Ein Roman
aus dem modernen Leben
151. **Milton, John,** Das verlorene Paradies.
Mit einer Einl. von Ludwig Proescholdt.
318. **Murray, Christie,** Gabriel Kenyon. Ein
Roman, deutsch von L. Wechsler.
164. 165. **Ossians Gedichte.** Uebers. v. Gd.
Brindmeyer.
310. **Quida, Verfehlte Spekulationen oder Die
Leiden einer Anstandsdame.**
166. 167. **Scotts, Walter,** Werke I. u. II.
Waverley. Uebers. mit einer Einleitung von
L. Proescholdt.
169. 170. 171. **Smollet, T. G., I. — III.** Peregrin
Pickles Abenteuer, Fahrten und Schwänke.
Mit einer Einleitung von L. Proescholdt.
168. **Swift, Ein Märchen von der Sonne.**
Nicht feingespigte Pfeile d. Satire versendet
Swift, sondern ernstgemeinte kräftige Keulen-
schläge werden in d. „Märchen“ ausgeteilt,
denen man d. Verbissenheit des Verf., aber doch

Jeder Band ist einzeln käuflich.

— 2 Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer. —

auch sein Streben nach sittlicher Besserung der firchl. und sozialen Zustände wohl anmerkt.
 160—162. **Chackeray, M.**, Eitelkeitsmarkt. Uebers. v. H. Lobedan, mit einer Einleitung von Joh. Prölß.
 Dieses Werk des geistvollsten u. originellsten Satirikers d. 19. Jahrh. spiegelt dessen litterar. Physiognomie in so unmittelbarer Schärfe u. drastischer Frische wieder wie kein andres.

V. Französische Litteratur.

319. **Am Glück vorbei.** Von *.. Uebers. von J. V. Devrient.
 215. **Balzac, Honoré de**, Oberst Chabert. Uebers. v. Fabian Philipp. Mit einer Einl. v. Ferd. Lottheisen.
 Ein Hauptvorzug der Balzacschen Romane ist die psychologische Wahrheit, die sich besond. i. d. Zeichnung d. Frauen-Charaktere befundet. Er ist ein Pessimist durch u. durch u. reizt häufig zum Widerpruche.
 219. **Chateaubriand, I.** Atala. René. Der Letzte der Abencerragen. Uebersetzt und mit einer Einl. von Steph. Born.
 In „Atala“ u. „René“, welche beide im Urwalde von Louisiana ihren Schauplatz haben, ist der Dichter zum Maler geworden und wirkt durch alle Zauber einer uns fremd. tropischen Welt auf die Phantasie des Lesers.
 76. **G. Daudet**, Ein Märtyrer der Liebe. Die Baronin Amalti. Uebers. v. Ahmus u. König.
 89. **France, Anatole**, Sylvester Bonnard. Uebers. von F. Alsberg.
 Ein fesselndes und psychologisch hoch interessantes Produkt der neueren französischen Schule liegt in obigem Roman vor uns, dessen Autor es wohl verstanden hat, die Klippen der modern-realistischen Richtung zu vermeiden.
 207. 208. **Hugo, V.**, Notre Dame v. Paris
 214. 216. **La Brundre**, Die Charaktere Uebers. und mit einer Einl. von R. Hamel.
 Ein überraschender Reichtum an anregenden Gedanken tritt uns aus diesen Essays, welche im glänzendsten Stile geschrieben sind, entgegen.
 8. **Le Sage**, Der hintende Teufel. Mit einer Einleitung von Ferd. Lottheisen.
 213. **Merimee, Prosp.**, Colomba, Carmen. Uebers. u. mit einer Einl. von D. Mylius.
 In vorzüglicher Uebersetzung werden hier zwei Novellen geboten, von denen die zweite um so mehr interessieren wird, als aus ihr der Stoff zu einer beliebten Oper der Jetztzeit entnommen ist.
 303. **Pentrebrune, Madame de**, Das Fräulein von Tremor.
 218. **Racine, I.** Andromache. Britannicus. Mithridat. Uebers. u. eingel. v. F. Schröder.
 Das Wort Friedrichs des Großen: „Wer nicht wie Racine schreibt, sollte auf die Poesie verzichten“, ist wohl hinreichende Empfehlung für das vorstehende Werk.

201—203. **Rousseau, J. J.**, Bekenntnisse. Mit einer Einleitung von Prof. Dr. St. Born.
 211. 212. — — Die neue Heloise.

210. **Sainfine, F. B.**, Picciola. Uebers. und mit einer Einleitung von Olfred Mylius.
 Jeder Leser dieses Buches wird das Aufsehen verstehen, welches dasselbe bei seinem Erscheinen machte, und sich unwiderstehlich von dem tiefen Gemüt des Verfassers angezogen fühlen.

204. **Saint-Pierre, P. de**, Paul und Virginie. Mit einer Einleitung und in neuer Uebers. von R. Saar.

217. 220. **Saint-Simon**, Memoiren. 2 Bde. Mit einer Einleitung von Ferd. Lottheisen.
 Diese an Tacitus gemahnenden Schilderungen des französischen Staatslebens und des Versailler Hofes werden nie ihren Wert verlieren.

209. **Sand, George**, Ind'ana. Uebers. von H. Meister, mit einer Einl. von St. Born.
 Diese Jugendarbeit gehört in ihrer packenden Durchführung, durch die Kraft der Charaktere und das spannende Fortschreiten der Handlung zu dem Besten, was die geniale Frau geschrieben hat.

314. 315. **Sue, Eugen**, Pater Rodin. Episode aus dem „Ewigen Juden“, für die Gegenwart bearbeitet von Martin Deutschländer.

206. **Sévigné, Madame de**, Ausgewählte Briefe. Uebers. u. eingel. von F. Lottheisen.
 Die Briefe der Mad. de Sévigné zeichnen sich durch lebhaften Geist und wahres Gefühl aus und bieten die lebendigsten Schilderungen der franz. Hofverhältnisse im 17. Jahrhundert.

205. **Tissier, Claude**, Mein Onkel Benjamin. Uebers. und eingeleitet von R. Saar.

Ein Roman, welcher durch seine Eigenart in der ganzen Litteratur dieses Jahrhunderts kaum seinesgleichen hat und zu den Werken gehören wird, welche bleiben.

82. **Töpffer, Rud.**, Genfer Novellen. Uebers. von H. Zichofke.

VI. Italienische Litteratur.

96. **De Amicis, Edm.**, Skizzen aus dem Soldatenleben. Uebers. von Agn. Burchard.

311. 312. 313. **Fogazzaro, A.**, Malombra. Roman in 3 Bänden.

23. **Mancini, Lydia**. Uebers. von H. Lobedan, mit einer Einleitung von F. Lewald.

258. — — Vom Fenster aus. Uebersetzt von H. Lobedan.

253. 254. **Manzoni, Aless.**, Die Verlobten. Uebers. und mit einer Einl. von W. Raden.
 Einer der vorzüglichsten histor.-nation. Romane der Weltlitteratur, der das ital. Leben im 17. Jahrhundert mit Meisterhaft schildert, mit einer Wahrheit, einem Farbenreichtum, der das Geschriebene als Wirklichkeit erscheinen läßt.

63. **Misasi, Nicola**, Kalabrische Novellen. Uebers. und eingel. von Woldemar Raden.

251. 252. **Petrarcas** Gedichte. I. Sonette und

Jeder Band ist einzeln käuflich.

— Bei Bestellung genügt Angabe der Bandnummer. —



auch sein Strebe
kirchl. und sozi
160-162. Chack
Ueberf. v. H. S.
von Joh. Prö
Dieses Werk d
Satirikers d. 19.
Phyfiognomie i
draftijcher Freifd

V. Fran

319. Am Glück v
J. V. Devrient

215. Balzac, M
Ueberf. v. Fabi
v Ferd. Lothei
Ein Hauptvor
ist die psychologi
i. d. Zeichnung d
det. Er ist ein Be
häufig zum Wid

219. Chateaubria
Lezte der Abenc
einer Einl. von
In „Atala“ u.
walde von Luiti
ist der Dichter zu
durch alle Zaube
Welt auf die Ph

76. C. Daudet, C
Baronin Amalt

89. France, Au
Ueberf. von F.
Ein fesselnbes
tereffantes Prodi
Schule liegt in
dessen Autor es
Klippen der mod
vermeiden.

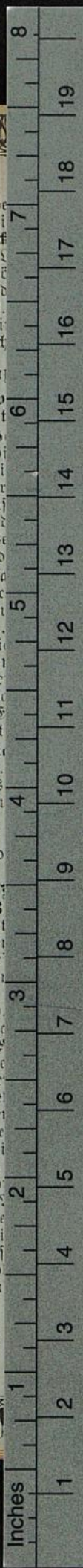
207. 208. Hugo, F
214. 216. La B
Ueberf. und mit
Ein überraschen
den Gedanken tr
welche im glänzer
entgegen.

8. Le Sage, D
einer Einleitune

213. Merimée, F
Ueberf. u. mit e
In vorzügliche
zwei Novellen ge
um so mehr inter
der Stoff zu eine
zeit entnommen i

303. Fenrebrune,
lein von Tremo

218. Racine, I. S
Mithridat. Uebe
Das Wort Frei
nicht wie Racine f
verzichten“, ist wo
für das verstehen



Centimetres

TIFFEN® Color Control Patches

© The Tiffen Company, 2007

Blue

Cyan

Green

Yellow

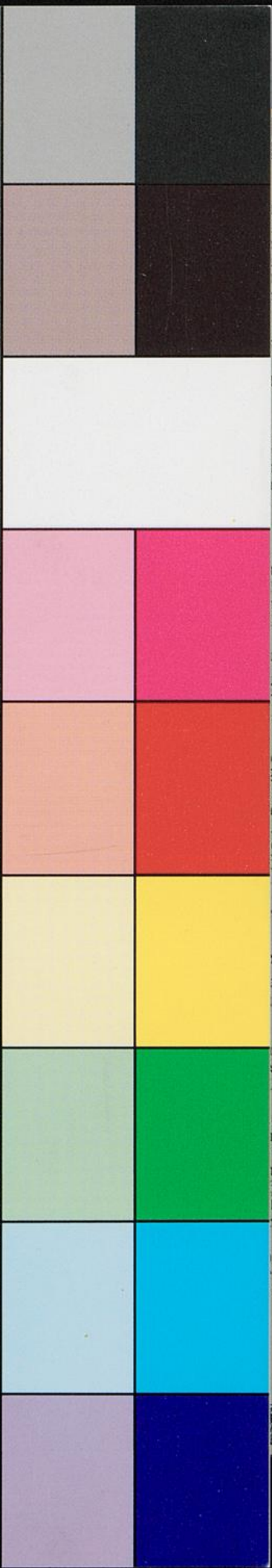
Red

Magenta

White

3/Color

Black



kenntnisse. Mit
Dr. St. Born.
ise.

a. Ueberf. und
stfrid Mylius.
wird das Auf-
lbe bei seinem
iderfichtlich von
ers angezogen

und Virginie.
neuer Ueberf.

voiren. 2 Bde.
rd. Vossheizen.
nden Schilde-
tslebens und
ie ihren Wert

Ueberf. von
on St. Born.
i ihrer packen-
kraft der Cha-
rischreiten der
s die geniale

odin. Episode
ir die Gegen-
Deutschländer.
Ausgewählte
F. Lotheizen.
igne zeichnen
lahres Gefühl
Schilderungen
Jahrhundert.
el Benjamin.
Saar.
eine Eigenart
Jahrhunderts
den Werken

llen. Ueberf.

tur.

en aus dem
n. Burchard.
Malombra.

H. Lobedan,
Lewald.
eberficht von

e Verlobten.
n W. Kaden.
stor.-nation.
s ital. Leben
haft schildert,
benreichtum,
lllichkeit er-

e Novellen.
mar Kaden.
Sonette und

